



**KLAUS JENSEN
STIFTUNG**

Zukunft braucht Versöhnung

Abschlussbericht des Projektes

Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz

Klaus Jensen Stiftung

2007



In Kooperation mit der Leitstelle „Kriminalprävention“, dem Landespräventionsrat und dem Rat für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen am Rhein



Impressum

Verfasser

Klaus Jensen Stiftung
Matthiasstraße 89
54290 Trier
E-Mail: info@klaus-jensen-stiftung.de
Tel.: 0651 99 340 69 / Fax: 0651 82 498 51

Projektleitung: Julia A. Jäger
Projektassistenz: Charlotte Heyl

Herausgeber

Ministerium des Innern und für Sport
Leitstelle „Kriminalprävention“
Wallstraße 3
55122 Mainz
E-Mail: Helmut.Liesenfeld@ism.polizei.rlp.de
Tel.: 06131 16 32 49

Druck

W. B. Druckerei GmbH
Dr.-Ruben-Rausing-Str. 10
65239 Hochheim
Tel.: 06146 / 8274-0

Auflage

1.000

Verantwortlich für den Inhalt

Helmut Liesenfeld,
Ministerium des Innern und für Sport
Leitstelle „Kriminalprävention“

Mit freundlicher Unterstützung von

BASF Aktiengesellschaft



Die Sparkassen
in Rheinland-Pfalz

Förderverein Kriminalprävention Rheinland-Pfalz e.V.

Vorwort

Gewalt zu verhindern und (potentielle) Opfer zu schützen, also Prävention zu betreiben, gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Gesellschaft und seiner unterschiedlichen Akteure. So verfolgt die Landesregierung das Ziel, einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz der Kriminal- und Gewaltprävention zu fördern. Hierzu gehört die Einrichtung eines möglichst flächendeckenden Netzes kriminalpräventiver Gremien in den rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden.

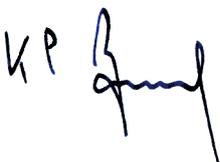
Die Idee, die Gesellschaft insgesamt, die Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände, aber auch die verschiedensten staatlichen und kommunalen Institutionen in die Verantwortung für die Verhütung von Kriminalität und Gewalt einzubeziehen, ist nicht neu. Bereits Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre entwickelten sich in Rheinland-Pfalz in einzelnen Städten und Gemeinden kriminalpräventive Räte. Viele Gemeinden zögerten allerdings zunächst und auch heute ist oft noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Wir dürfen nicht vergessen: Bis heute ist Kriminal- und Gewaltprävention auf kommunaler Ebene keine Pflichtaufgabe der Gemeinden. Sie leisten sie freiwillig.

Mit Einrichtung der Leitstelle „Kriminalprävention“ im Jahre 1997 und später auch des Landespräventionsrates Rheinland-Pfalz konnte den Gemeinden ein landesweites Informationsangebot gemacht und die Vernetzung vorangetrieben werden. Heute existieren in über 90 Städten und Gemeinden kriminalpräventive Räte, die unterschiedlich effektive Aktivitäten entwickeln. Neben diesen Gremien gibt es außerdem eine Vielzahl weiterer Netzwerke sowie einzelner Institutionen und Initiativen, die sich den Themen der Gewaltprävention widmen.

Vor diesem Hintergrund erarbeitete die Klaus Jensen Stiftung in Kooperation mit der Leitstelle „Kriminalprävention“ das Projekt „Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz“. Zentrales Anliegen des Projektes war, gemeinsam mit den Akteuren der Gewaltprävention und gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse erfahrungsbasierte und praxistaugliche Empfehlungen für eine Weiterentwicklung der Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz zu formulieren und diese Empfehlungen in einem Modellprojekt im Raum Ludwigshafen beispielhaft umzusetzen.

Finanziert durch Mittel der BASF, des Fördervereins Kriminalprävention in Rheinland-Pfalz e.V. und durch eine Spende des Sparkassen- und Giroverbands Rheinland-Pfalz startete das Projekt nach intensiven Vorbereitungen im September 2006. Die durch Befragungen, Gespräche, Workshops und Recherchen zusammengetragenen Informationen werden nun in dem vorliegenden Projektabschlussbericht zusammengefasst und in Form einer Empfehlungsliste für die Akteure der kriminalpräventiven Arbeit in Rheinland-Pfalz nutzbar gemacht.

Im Namen der Landesregierung und der Klaus Jensen Stiftung möchten wir uns bei allen Beteiligten für die fruchtbare Zusammenarbeit bedanken. Wir hoffen, dass dieses ertragreiche Projekt Auftakt einer dauerhaften Kooperation wird und dazu beiträgt, die Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz noch erfolgreicher und nachhaltiger zu gestalten.



Karl Peter Bruch

Minister des Innern und für Sport



Klaus Jensen

Staatssekretär a.D.

Inhaltsverzeichnis im Überblick

Zusammenfassung	6
1. Hintergrund, Ziele und Organisation des Projektes	9
1.1 Gewalt, Gewaltprävention und kommunale kriminalpräventive Gremien	9
1.2 Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz – Projektentwicklung	10
2. Aktivitäten	11
2.1 Sichtung der Trends und Best Practices in Forschung und Praxis	11
2.2 Bestandsaufnahme der Akteure und Aktivitäten in Rheinland-Pfalz	11
2.3 Feedback und Diskussion der Ergebnisse in Expertenworkshops	12
2.4 Formulierung von Empfehlungen	14
3. Ergebnisse der Studie	14
3.1 Gewaltpräventive Akteure in Rheinland-Pfalz nach Landkreisen	15
3.2 Befragung der kriminalpräventiven Gremien in Rheinland-Pfalz	16
3.3 Befragungen zur Gewaltprävention in Ludwigshafen	35
3.4 Kriminalpräventive Gremien auf Verbandsgemeindeebene	40
3.5 Befragung der Gebietskörperschaften ohne kriminalpräventive Gremien	42
3.6 Andere Gremien und Initiativen der Gewaltprävention	45
4. Empfehlungen	49
4.1 Allgemeine Empfehlungen zur Gewaltprävention	49
4.2 Empfehlungen an die Leitstelle „Kriminalprävention“ und den Landespräventionsrat	57
4.3 Empfehlungen an die kommunalen Akteure	59
Schlussbemerkung	73
Anhang	77

Inhaltsverzeichnis im Detail

Zusammenfassung	6
1. Hintergrund, Ziele und Organisation des Projektes	9
1.1 Gewalt, Gewaltprävention und kommunale kriminalpräventive Gremien	9
1.2 Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz – Projektentwicklung	10
2. Aktivitäten	11
2.1 Sichtung der Trends und Best Practices in Forschung und Praxis	11
2.2 Bestandsaufnahme der Akteure und Aktivitäten in Rheinland-Pfalz	11
2.3 Feedback und Diskussion der Ergebnisse in Expertenworkshops	12
2.3.1 Workshop „Kommunale Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz“ am 22. März 2007	12
2.3.2 Workshop „Gewaltprävention in Ludwigshafen“ am 28. März 2007	13
2.4 Formulierung von Empfehlungen	14
3. Ergebnisse der Studie	14
3.1 Gewaltpräventive Akteure in Rheinland-Pfalz nach Landkreisen	15
3.2 Befragung der kriminalpräventiven Gremien in Rheinland-Pfalz	16
3.2.1 Grunddaten der befragten kriminalpräventiven Gremien	16
3.2.2 Ziele der kriminalpräventiven Gremien	18
3.2.3 Inhalte der kriminalpräventiven Gremien	18
3.2.4 Arbeitsstrukturen und Methoden der kriminalpräventiven Gremien	20
3.2.5 Netzwerke und Kooperationen	23
3.2.6 Bewertungen der kriminalpräventiven Gremien	24
3.2.7 Entwicklungswünsche der kriminalpräventiven Gremien	29
3.3 Befragungen zur Gewaltprävention in Ludwigshafen	35
3.3.1 Befragung des Rates für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen am Rhein	35
3.3.2 Befragungen der Ortsvorsteher/innen	38
3.3.3 Zusammenfassende Bewertung	39
3.4 Kriminalpräventive Gremien auf Verbandsgemeindeebene	40
3.5 Befragung der Gebietskörperschaften ohne kriminalpräventive Gremien	42
3.5.1 Gewalt und Konfliktlinien in den Kommunen	42
3.5.2 Gewaltprävention in den Kommunen	42
3.5.3 Zukunftsperspektiven	44
3.6 Andere Gremien und Initiativen der Gewaltprävention	45
3.6.1 Soziale Einrichtungen, Jugendarbeit und Schulen	45
3.6.2 Eigenständige Bereiche der Gewaltprävention und Friedensarbeit	46

4.	Empfehlungen	49
4.1	Allgemeine Empfehlungen zur Gewaltprävention	49
4.1.1	Gewaltprävention als gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Aufgabe	49
4.1.2	Wissenschaftliche Fundierung der Gewaltprävention	52
4.1.3	Verstärkung und strukturelle Verankerung von Maßnahmen	52
4.1.4	Empfehlungen zur inhaltlichen Ausrichtung von Gewaltprävention	54
4.2	Empfehlungen an die Leitstelle „Kriminalprävention“ und den Landespräventionsrat	57
4.2.1	Ausbau des Unterstützungsangebotes für kommunale Akteure	57
4.2.2	Wertschätzung der Akteure	59
4.2.3	Informations- und Unterstützungsangebot an weitere interessierte Gebietskörperschaften	59
4.2.4	Verstärkte Lobbyarbeit und Vernetzung auf verschiedenen Ebenen	59
4.3	Empfehlungen an die kommunalen Akteure	59
4.3.1	Hauptaufgaben der kommunalen Gremien	60
4.3.2	Akteure der Gewaltprävention	61
4.3.3	Gewaltprävention als Sache der Chefs und der Mitarbeiter/innen	63
4.3.4	Unterstützung durch die Entsendeorganisationen	64
4.3.5	Koordination in und zwischen den Gremien	64
4.3.6	Institutionelle Verankerung der Gremien	65
4.3.7	Bereitstellung von Ressourcen	65
4.3.8	Struktur und Arbeitsweise	66
4.3.9	Kooperation und Kommunikation in den Gremien	66
4.3.10	Bedarfs- und Problemanalyse	68
4.3.11	Zielsetzung und Anspruch	68
4.3.12	Projektarbeit und Durchführung von Maßnahmen	69
4.3.13	Aufklärende Öffentlichkeitsarbeit	70
4.3.14	Qualitätssicherung	70
4.3.15	Organisations- und Personalentwicklung	71
	Schlussbemerkung	73
	Anhang	77

Zusammenfassung

Hintergrund des Projektes „Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz“ bildeten Gespräche der Klaus Jensen Stiftung mit der Leitstelle „Kriminalprävention“ des Ministeriums des Innern und für Sport und dem Landespräventionsrat. Dort wurde festgestellt, dass es in Rheinland-Pfalz im Bereich der Gewaltprävention viele Projekte und engagierte Kommunen gibt, jedoch keine flächendeckenden Aktivitäten. Zudem schien kein „Roter Faden“ erkennbar, an dem sich die Aktivitäten und Akteure orientieren können, was der Effizienz der Maßnahmen nicht zuträglich ist. **Ziel** des Vorhabens war eine Bestandsaufnahme der *gewaltpräventiven* Akteure und Aktivitäten in Rheinland-Pfalz mit besonderer Berücksichtigung kommunaler kriminalpräventiver Gremien und eine Sichtung des gegenwärtigen Stands der (inter)nationalen Praxis und Forschung. Als Ergebnis wurden handlungsleitende **Empfehlungen** für die gewaltpräventive Arbeit in den Kommunen und dem gesamten Land formuliert. Zudem wurde ein besonderer Fokus auf die Stadt Ludwigshafen am Rhein gelegt mit dem Ziel, Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Gewaltprävention in der Stadt auszusprechen und mit den Akteuren deren Umsetzung in einem Modellprojekt vorzubereiten.

Das Projekt wurde realisiert mit freundlicher Unterstützung der BASF Aktiengesellschaft, des Sparkassen- und Giroverbands Rheinland-Pfalz sowie des Fördervereins Kriminalprävention in Rheinland-Pfalz e.V. Es startete im September 2006 mit einer Laufzeit von neun Monaten unter der **Federführung** der Klaus Jensen Stiftung in **Kooperation** mit der Leitstelle „Kriminalprävention“, dem Landespräventionsrat und dem Rat für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen am Rhein.

Das Projekt gliederte sich in verschiedene **Phasen**: Zunächst wurde mittels Recherchen und Analysen eine Übersicht über die aktuelle Diskussion von Wissenschaft und Praxis der Gewaltprävention geschaffen. Die entsprechenden Literatur- und Internetquellen werden im Anhang aufgeführt. Die zweite Projektphase bestand in einer umfassenden Bestandsaufnahme der gewaltpräventiven Aktivitäten in Rheinland-Pfalz. Hierzu wurden allen Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden, Städten und Landkreisen Fragebögen mit dem Ziel zugesandt, Projekte, Maßnahmen und Institutionen innerhalb dieser Gebietskörperschaften zu erfassen. Weitere Datenquellen ergänzten diese Informationen. Die Bestandsaufnahme gestaltete sich in der Stadt Ludwigshafen umfassender als im restlichen Rheinland-Pfalz. Inhaltlich wurden in den Befragungen neben dem Status der aktuellen Aktivitäten und Akteure und dessen Hintergründe auch die Perspektiven sowie die Probleme und Visionen abgefragt. In der dritten Phase wurden zwei Workshops veranstaltet, einer auf rheinland-pfälzischer Ebene und einer in Ludwigshafen. Auf Basis der Studienergebnisse formulierten dort Vertreter/innen unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche Empfehlungen, die in den vorliegenden Abschlussbericht in Form eines Empfehlungskataloges eingingen.

Die vorgestellten **Ergebnisse** basieren auf: Fragebögen aus 73 von rund 90 kriminalpräventiven Gremien, zusätzlichen Datensätzen aus Ludwigshafen, Angaben aus 35 weiteren Gebietskörperschaften, sowie sonstigen Informationen aus Befragungen, Dokumentenanalysen und weiteren Recherchen.

Über die befragten **kriminalpräventiven Gremien** lässt sich sagen, dass nur etwa die Hälfte von ihnen aktiv bis sehr aktiv ist, konkrete Projektarbeit betreibt und ihre Arbeit als (sehr) effektiv einschätzt. Diese Netzwerke arbeiten meist in Arbeitsgruppen, beherbergen eine große Bandbreite an Mitgliedsinstitutionen und kooperieren häufiger mit Institutionen außerhalb ihres direkten Einflussbereichs. Der Rat für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen am Rhein sticht unter diesen Gremien durch besonders positive Eigenschaften und innovative Ansätze heraus. Drei weitere Gremien auf Verbandsgemeindeebene mit positiven Erfahrungen werden im Bericht exemplarisch vorgestellt. Neben diesen gut funktionierenden Netzwerken zeigt sich, dass knapp ein Viertel der Gremien wenig aktiv und effektiv sind. Sie zeichnen sich

u. a. durch eine geringere Bandbreite von Institutionen aus und arbeiten seltener in Arbeitsgruppen. Andere Gremien sind wiederum nur (noch) auf dem Papier existent. Die Gründe für den unterschiedlichen Erfolg kommunaler kriminalpräventiver Gremien sind vielfältig, sie reichen von strukturellen Bedingungen und der ungleichen Ausprägung der politischen Unterstützung vor Ort über mehr oder weniger effektive interne Organisationsformen bis hin zu einem unterschiedlichen Verständnis von Gewaltprävention und der damit einhergehenden Themenfindung und Schwerpunktsetzung. Insgesamt haben die Gremien v. a. Jugendliche als ihre Zielgruppe, was sich neben den eingerichteten Arbeitsgruppen und Projekten auch in ihrem Mitgliederspektrum widerspiegelt: noch häufiger als aus Verwaltung und Polizei entstammen die Teilnehmenden den Bereichen der Jugendarbeit und den Schulen. Alles in allem schenken die Akteure sichtbaren Gewaltphänomenen und Ordnungswidrigkeiten im Gegensatz zu versteckten Gewaltformen verstärkte Aufmerksamkeit.

Neben den kommunalen kriminalpräventiven Gremien ist auch die knappe Mehrheit der weiterhin befragten **Gebietskörperschaften**, die kein kriminalpräventives Gremium besitzen, im Bereich der Gewaltprävention aktiv; knapp die Hälfte jedoch nicht. Etwa zwei Drittel der Befragten können sich grundsätzlich vorstellen, ein kriminalpräventives Gremium einzurichten. Teilweise wird dafür jedoch (derzeit) kein Bedarf gesehen.

Neben den kommunalen kriminalpräventiven Gremien finden sich zahlreiche **andere Akteure**, die sich im unterschiedlichen Ausmaß der Gewaltprävention widmen. Dies sind zum einen Netzwerke, die zu allgemeinen oder spezifischen Gewaltthemen arbeiten (z. B. Runde Tische gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus) oder Organisationen, die sich vorrangig der konstruktiven Konfliktbearbeitung und der Friedensarbeit widmen. Besonders erwähnenswert ist das Projekt „Jung sein in Germersheim – Chancen und Gefahren“, das unter Rückgriff auf den innovativen Ansatz der „Thérapie Sociale“ mit dem Ziel durchgeführt wurde, das interkulturelle Zusammenleben in der Stadt zu verbessern. Weiterhin sind Institutionen zu nennen, die neben ihrem zentralen Auftrag – implizit oder explizit – *auch* Gewaltprävention leisten, wie beispielsweise Akteure der Jugendpflege oder auch Schulen mit z. B. Streitschlichtungsprogrammen. Ein Austausch zwischen diesen Institutionen ist nicht immer gewährleistet; insbesondere zwischen den „Szenen“ der Gewalt- bzw. Kriminalprävention und der Friedensarbeit und Konfliktbearbeitung scheint es wenig Kontakte zu geben.

Die formulierten **Empfehlungen** beziehen sich auf die inhaltliche, strukturelle und organisatorische Ebenen der Gewaltprävention; auch Grenzen und Risiken werden aufgezeigt. Im Folgenden werden einige wesentliche Forderungen skizziert:

Gewaltprävention muss nicht nur als gesamtgesellschaftliche, sondern auch als gesamtpolitische Aufgabe verstanden werden. Dies erfordert, auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zielgerichtet interdisziplinär und interinstitutionell zusammenzuarbeiten. Um gewaltpräventive Inhalte zu vermitteln und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu fördern, bedarf es weiterhin einer verstärkten Einbeziehung der Medien und deren aufklärendes Wirken. Erkenntnisse aus der internationalen Forschung und Praxis müssen mehr in der Arbeit berücksichtigt und Forschungsbemühungen verstärkt werden. Letzteres gilt nicht nur für den Bereich der Ursachenforschung, sondern auch für die Evaluationen und die Lageanalysen z. B. in Form von Dunkelfeldstudien und Opferbefragungen. Weiterhin muss dieses Wissen für die Akteure nutzbar gemacht werden. Um nachhaltige Gewaltprävention betreiben zu können ist weiterhin eine Abkehr von kurzfristig angelegten Projekten hin zu umfassenden Programmen, Strukturbildung und Institutionalisierung notwendig. Davon ist z. B. das Bildungssystem genauso betroffen, wie die Ausgestaltung kommunaler kriminalpräventiver Gremien. Insgesamt ist eine verstärkte Bereitstellung von angemessenen Ressourcen auf allen politischen Ebenen erforderlich.

Inhaltlich muss sich die (kommunale) Gewaltprävention verstärkt weniger sichtbaren Gewaltphänomenen wie z. B. der häuslichen Gewalt widmen. Maßnahmen sollten möglichst früh und niedrigschwellig angeboten werden, hierbei hilft eine Orientierung an Lebenslagen von Geburt an und ein Fokus auf Familien. Weiterhin ist eine verstärkte Konfliktperspektive, die alle Beteiligte und Betroffene einbezieht, notwendig.

Der **Leitstelle „Kriminalprävention“ und dem Landespräventionsrat** wird v. a. empfohlen, das Unterstützungsangebot für die Akteure der Gewaltprävention in Form von Informationsaustausch, Praxisberatung und Qualifizierungsmaßnahmen auszubauen.

Entsprechend der Schwerpunktsetzung des Projektes wird den **kommunalen Gremien** eine Vielzahl an Vorschlägen gemacht, die ihnen helfen können, ihre gewaltpräventive Arbeit noch besser zu organisieren, zu fokussieren und durchzuführen. Die Empfehlungen reichen von den Fragen, wer in die Netzwerke einbezogen und wie Organisation und Kommunikation konkret gestaltet werden sollten, über sinnvolle Strukturen und Arbeitsweisen bis hin zu Anregungen für die Planung, Durchführung und Qualitätssicherung von Maßnahmen und deren Begleitung durch eine aufklärende Öffentlichkeitsarbeit. Für Interessierte werden Empfehlungen zur Gründung eines gewaltpräventiven Gremiums gegeben.

Nach einer Zeit der Sensibilisierung für die Themen der (kommunalen) Gewaltprävention geht es nun insbesondere darum, die Akteure und deren gewaltpräventive Arbeit zu qualifizieren. Um dies zu leisten, sind staatliche und kommunale Institutionen auf Landes- und Bundesebene, aber auch zivilgesellschaftliche Anbieter gefragt. Vorhandene Kompetenzen müssen genutzt, neue müssen aufgebaut werden. Nun liegt es an den Entscheidungsträgern, auf das vorhandene Wissen zu bauen und die aktuellen Herausforderungen anzugehen. Die Klaus Jensen Stiftung ist optimistisch, dass der vorliegende Bericht hierzu eine nützliche Basis liefert.

1. Hintergrund, Ziele und Organisation des Projektes

Bevor die Inhalte und Ergebnisse des Projektes und der in ihr durchgeführten Studien vorgestellt werden, widmet sich der erste Absatz einer Erläuterung des allgemeinen Gegenstandes der Maßnahme. Zunächst werden die inhaltlichen Hintergründe des Projektes erläutert. In einem weiteren Abschnitt wird die Entstehung des Projektes dargestellt.

1.1 Gewalt, Gewaltprävention und kommunale kriminalpräventive Gremien

„Gewalt“ ist als Dauerthema in aller Munde, so auch in Deutschland. Menschliche Gewalt nimmt die unterschiedlichsten Formen an und ist in allen Bereichen des sozialen Zusammenlebens präsent. Gewalt zu verhindern, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander zu fördern und (potentielle) Opfer zu schützen, also Gewaltprävention zu betreiben, gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Gesellschaft. Das seit Jahren geprägte Verständnis von Gewaltprävention als „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ hat in Deutschland insbesondere seit den 1990er Jahren eine Bewegung in Gang gesetzt, die gewaltpräventive Aktivitäten auf kommunaler Ebene im Rahmen kriminalpräventiver Gremien verankert. Diese werden durch entsprechende Einrichtungen auf der Landesebene unterstützt. So gibt es in Rheinland-Pfalz inzwischen eine Vielzahl kommunaler kriminalpräventiver Gremien, unterstützt durch die Leitstelle „Kriminalprävention“ im Ministerium des Innern und für Sport in Mainz und dem Landespräventionsrat. Aber auch auf anderen Ebenen, in unterschiedlichen öffentlichen und privaten Institutionen, Organisationen und Einrichtungen wird Gewaltprävention betrieben.

Das Verständnis von Gewalt ist dabei nicht einheitlich, da es auch keine allgemein gültige und akzeptierte Definition von Gewalt gibt. In die Bewertung eines Phänomens als „Gewalt“ fließen immer Wertvorstellungen und normative Urteile ein. Gleichmaßen gibt es auch unterschiedliche Auffassungen und Ansätze der Prävention. Maßnahmen finden im Allgemeinen im Rahmen von „Gewaltprävention“ oder auch unter dem breiteren Begriff „Kriminalitätsprävention“ statt. Doch auch die Nennung von Gewalt und Kriminalität in einem Atemzug verwischt deutliche und wichtige Unterscheidungen: So haben straffähige Gewalttaten nur einen geringen Anteil an der Kriminalität insgesamt; insbesondere schwerwiegende Gewalttaten, die meist die öffentliche Wahrnehmung prägen, machen laut dem Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht der Bundesregierung nur ca. 3 % der Kriminalität aus. Dagegen dominiert die Alltagsdelinquenz, etwa in Form von leichten bis mittelschweren Eigentums- und Vermögensdelikten.

Das Projekt „Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz“, dessen Ergebnisse in dem vorliegenden Bericht dargestellt werden, hat sich bewusst auf „Gewalt“ und „Gewaltprävention“ konzentriert. Dies ist zum einen durch die Ziele und Arbeitsschwerpunkte der Durchführungsorganisation, der Klaus Jensen Stiftung bedingt. Zum anderen entspricht es auch der Schwerpunktsetzung des Auftraggebers und Hauptkooperationspartners, der Leitstelle „Kriminalprävention“ des Ministeriums des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz. Eine Trennung von der allgemeinen Kriminalität und deren Verhütung war jedoch im Laufe des Projektes nicht immer eindeutig, so zeigten sich z. B. bei Antworten in den Fragebögen Verwischungen, was sicherlich auch den genannten unterschiedlichen Definitionen geschuldet ist.

In der Präventionsarbeit, sei es in der Gewaltprävention, Kriminalprävention oder auch in der Sucht- und Krankheitsprävention, gibt es unterschiedliche Ansätze. Gewaltprävention wird zum einen nach Zielgruppen bzw. Zielobjekten unterschieden, je nachdem ob die Präventionsmaßnahmen an (potentiellen) Tätern, (potentiellen) Opfern oder an Situationen ansetzen, die (potentiell) Gewalt fördern. Eine weitere geläufige und hilfreiche Unterscheidung, die auch in dem vorliegenden Projekt genutzt wurde, betrifft die Frage des Zeitpunktes, in dem die Prävention ansetzt und die Spezifität dieser Maßnahme: So werden

primäre (allgemein ausgerichtete), sekundäre (spezifisch, nach bestimmten Risikogruppen oder -situationen ausgerichtete) und tertiäre (Vorbeugung einer Wiederholungstat) Prävention unterschieden.

Die vorliegende Studie fokussiert ihre Analyse auf primäre und sekundäre Gewaltprävention bei Menschen, schließt also bewusst eine vertiefende Betrachtung von tertiärer Prävention und situationsbezogener Prävention weitgehend aus. Weitere Einschränkungen bezüglich der Zielgruppen, Inhalte oder Methoden der Gewaltprävention wurden jedoch nicht vorgenommen, ergaben sich jedoch teilweise aus dem Untersuchungsgegenstand. Zum Umgang mit den unterschiedlichen Definitionen von Gewalt wurden verschiedene Vorgehensweisen abgewogen. So wurden den Befragten keine Definitionen vorgegeben, denn es sollten keine Konzepte aufgestülpt werden. Andererseits wurde auf die sehr auswertungsaufwendige Alternative verzichtet, Definitionen von den Akteuren abzufragen, zumal die Validität auf diese Art gewonnener Erkenntnisse in Frage gestellt wurde, und dadurch die Länge des Fragebogens und die Akzeptanz negativ beeinflusst worden wäre. Jedoch wurde mit einer expliziten, wissenschaftlich fundierten Arbeitsdefinition gearbeitet.¹

1.2 Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz – Projektentwicklung

Hintergrund des Projektes „Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz“ der Klaus Jensen Stiftung waren Gespräche mit der Leitstelle „Kriminalprävention“ und dem Landespräventionsrat, in denen festgestellt wurde, dass es in Rheinland-Pfalz im Bereich der Gewaltprävention viele vereinzelte Projekte und auch einige sehr engagierte Gemeinden gibt, jedoch keine flächendeckenden Aktivitäten. Zudem schien auch ein „Roter Faden“, an dem sich die Aktivitäten und Akteure orientieren können, nicht erkennbar, was auch der Effizienz der Maßnahmen nicht zuträglich ist.

Ziel des gemeinsam konzipierten Projektes war es, eine Bestandsaufnahme der gewaltpräventiven Akteure und Aktivitäten in Rheinland-Pfalz zu erstellen, mit besonderer Beachtung der kommunalen kriminalpräventiven Gremien. Deren Arbeitsstrukturen und Arbeitsinhalte sowie die Bewertung der Akteure ihrer gewaltpräventiven Arbeit sollten erfasst werden. Gleichzeitig sollte eine Recherche über die gegenwärtigen Trends und Best Practices in der nationalen und internationalen Praxis und Forschung der Gewaltprävention stattfinden. Als Ergebnis sollten handlungsleitende Empfehlungen für die gewaltpräventive Arbeit in den Kommunen und dem gesamten Land Rheinland-Pfalz vorgelegt werden.

Zusätzlich zu der landesweiten Analyse wurde ein besonderer Fokus auf den Rat für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen am Rhein gelegt mit dem Ziel, detaillierte Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Gewaltprävention in der Stadt auszusprechen und mit den Akteuren deren Umsetzung in einem Modellprojekt im Raum Ludwigshafen vorzubereiten.

Das Projekt wurde durch Mittel des Fördervereins Kriminalprävention in Rheinland-Pfalz e.V., der BASF und durch eine Spende des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz finanziert. Die Leitstelle „Kriminalprävention“ des Landes Rheinland-Pfalz und der Rat für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen unterstützen das Projekt inhaltlich und organisatorisch. Ohne diese Finanziere und Unterstützer wäre die Umsetzung des Projektes nicht möglich gewesen. Ihnen möchten wir an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön aussprechen.

Nach intensiven Vorbereitungen in Absprache mit den Akteuren startete das Projekt am 1. September 2006. Es wurde in der Klaus Jensen Stiftung durch eine hauptamtliche Projektleiterin und eine Honorarkraft als Projektassistentin mit Unterstützung des Vorstandes und des Kuratoriums der Stiftung durchgeführt. Das Projekt endete am 31. Mai 2007.

2. Aktivitäten

Das Projekt gliederte sich in vier Phasen, in denen jeweils unterschiedliche Aktivitäten und Maßnahmen im Vordergrund standen:

2.1 Sichtung der Trends und Best Practices in Forschung und Praxis

Mittels Literatur- und Internetrecherchen, Dokumentenanalyse, Experteninterviews und Teilnahme an Tagungen wurde ein Überblick über die aktuellen Diskussion, Trends und Best Practices bzw. Good Practices von Gewaltprävention in Deutschland geschaffen. Auch die internationale Evaluationsforschung fand hier Eingang.

Ziel der Analyse war keine umfassende Bestandsaufnahme, sondern diente der generellen Einschätzung der Lage der Gewaltprävention in Deutschland und bildete den Hintergrund für die Konzeption der Bestandsaufnahme in Rheinland-Pfalz und für die zu formulierenden Empfehlungen. Die recherchierten Dokumente und Internetseiten wurden in einer teilweise kommentierten Liste zusammengestellt und diesem Bericht als Anhang beigefügt.

2.2 Bestandsaufnahme der Akteure und Aktivitäten in Rheinland-Pfalz

In einer umfassenden Bestandsaufnahme mittels einer halbstrukturierten Fragebogenstudie wurden in Rheinland-Pfalz auf Ebene der Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden, Städten und Landkreise Personen zu den lokalen Akteuren und Aktivitäten der Gewaltprävention befragt mit dem Ziel, einen Überblick über die Projekte, Maßnahmen und Institutionen innerhalb dieser Gebietskörperschaften zu bekommen. Im Fokus standen die kriminalpräventiven Gremien. Weiterhin wurden die Jugendpfleger/innen der Landkreise und die politische Spitze der Gebietskörperschaften befragt, in denen solchen Gremien nicht existieren.

Interviews mit Experten aus Praxis und Wissenschaft, Gespräche mit und Informationen aus der Leitstelle „Kriminalprävention“, Dokumentensichtung und Internetrecherche ergänzten diese Informationen.

Die Bestandsaufnahme gestaltete sich in der Stadt Ludwigshafen umfassender als im restlichen Rheinland-Pfalz, so wurden hier z. B. zusätzlich die Vorsteher/innen der Stadtteile befragt. Auf Verbandsgemeindeebene wurden drei kriminalpräventive Gremien genauer unter die Lupe genommen, von allen lagen mehrere (jeweils 2-4) Fragebögen und zusätzliche Dokumente vor. Mit der Leiterin des Arbeitskreises Kriminalitätsverhütung Rennerod (AKVR) im Westerwaldkreis fand ein ausführliches Gespräch statt, der Kriminalpräventive Rat der Verbandsgemeinde Saarburg im Landkreis Trier-Saarburg lud zu einer Plenumsitzung ein, vom Kriminalpräventiven Rat der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim lagen Geschäftsordnung und Protokolle vor.

Inhaltlich wurden in den Befragungen neben dem Status (aktuelle Aktivitäten und Akteure) und dessen Hintergründen auch die Perspektiven (geplante Aktivitäten) sowie die Probleme (Was fehlt?) und Visionen (Wohin sollte es gehen? Was müsste passieren?) abgefragt.

Die Befragung fand in den Monaten November und Dezember 2006 statt.

2.3 Feedback und Diskussion der Ergebnisse in Expertenworkshops

Ein zentrales Anliegen des Projektes war, gemeinsam mit den Akteuren der Gewaltprävention und unterstützt durch wissenschaftliche Erkenntnisse erfahrungsbasierte und praxistaugliche Empfehlungen zu entwickeln. Zu diesem Zwecke wurden zwei Workshops veranstaltet, einer auf rheinland-pfälzischer Ebene und einer in Ludwigshafen. Sie werden im Folgenden näher beschrieben:

2.3.1 Workshop „Kommunale Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz“ am 22. März 2007

Nach der vorläufigen Datenauswertung wurden die Ergebnisse in einem Workshop am 22. März 2007 in der „alten Patrone“ in Mainz mit über 110 Teilnehmer/innen diskutiert und Konsequenzen und Empfehlungen daraus abgeleitet.

Die Einladungen gingen an alle kommunalen kriminalpräventiven Gremien, an Interessenten aus den Gebietskörperschaften ohne kriminalpräventive Räte sowie an Jugendpfleger/innen der Landkreise. Weiterhin wurden Vertreter/innen aus Wissenschaft und von rund 60 freien Trägern und Initiativen, die sich im Bereich der Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz betätigen, eingeladen.

Im Einzelnen meldeten sich zum Workshop u. a. an: über 30 Vertreter/innen aus den kommunalen Verwaltungen, darunter Vertreter/innen der politischen Spitze, 30 Polizisten/innen, 16 Vertreter/innen der Jugendarbeit, 12 Vertreter/innen von freien Trägern und Nichtregierungsorganisationen, sechs Wissenschaftler/innen sowie weiterhin Vertreter/innen der Staatsanwaltschaft, der Leitstelle „Kriminalprävention“, des Landespräventionsrates, der Klaus Jensen Stiftung und Einzelpersonen. Etwa die Hälfte der Teilnehmer/innen arbeitet in kommunalen kriminalpräventiven Gremien.

Das vorrangige Ziel des Workshops war es, gemeinsam mit den Teilnehmer/innen auf Basis der Studienergebnisse Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz und konkrete Handlungsempfehlungen für die kommunalen kriminalpräventiven Gremien auszusprechen.

Der Workshop wurde von Frank Baschab von der Klaus Jensen Stiftung moderiert. Das Programm gestaltete sich folgendermaßen:

Alle Teilnehmer/innen wurden gebeten, während des Workshops auf einem zur Verfügung gestellten Frageblatt ihre Empfehlungen und Ideen für die Weiterentwicklung der Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz zu notieren und am Ende der Veranstaltung in eine bereitgestellte Kiste zu legen.

Nach der Begrüßung stellte die Projektleiterin der Klaus Jensen Stiftung, Julia A. Jäger, als ersten Programmpunkt die wesentlichen Ergebnisse der Fragebogenstudien von November/Dezember 2006 vor. Es folgte Herr Professor Dr. Roland Eckert, Soziologe an der Universität Trier, Mitverfasser des Zweiten Periodischen Sicherheitsberichts der Bundesregierung und Kuratoriumsmitglied der Klaus Jensen Stiftung, der in seinem Vortrag Empfehlungen für die gewaltpräventive Arbeit auf kommunaler Ebene aus wissenschaftlicher Sicht aussprach. Im Plenum wurde Raum für Fragen und Diskussionen gegeben.

Am Nachmittag diskutierten rund 80 Personen in acht freien interdisziplinären Arbeitsgruppen folgende Frage: „Wie können wir die gewaltpräventive Arbeit in den Kommunen verbessern?“. Weitere Detailfragen halfen, die Diskussion zu strukturieren. Die Gruppen wurden vorab zusammengestellt, um eine möglichst große Durchmischung von Erfahrungshintergründen zu erreichen; ebenfalls wurde auf eine ausgewogene Repräsentanz von Vertreter/innen aus Verbandsgemeinden und Städten geachtet. Die Gespräche wurden durch Mitarbeiter/innen der Leitstelle „Kriminalprävention“ und der Klaus Jensen Stiftung protokolliert. Nach

knapp zwei Stunden Diskussion in den Gruppen wurden die Ergebnisse im Plenum durch Interviews zusammengetragen. Alle Gespräche im Plenum wurden aufgezeichnet und so nutzbar gemacht.

Alle Anregungen aus den Arbeitsgruppen, Plenumsdiskussionen, der Ideensammlung und dem wissenschaftlichen Vortrag wurden im Empfehlungskatalog (Kapitel 4) berücksichtigt.

2.3.2 Workshop „Gewaltprävention in Ludwigshafen“ am 28. März 2007

Um die Entwicklung der gewaltpräventiven Arbeit in der Stadt Ludwigshafen voranzutreiben und ein Modellprojekt zu entwickeln, fand am 28. März 2007 im Ludwigshafener Rathaus ein Workshop mit rund 30 Teilnehmer/innen aus Stadtverwaltung, Stadtteile, Polizei, Schule, Sozialarbeit, freien Trägern und weiteren Engagierten aus dem Netzwerk des Rates für Kriminalitätsverhütung statt. Der Workshop wurde mit der Geschäftsführung des Gremiums vorbereitet und von den Projektmitarbeiterinnen der Klaus Jensen Stiftung moderiert.

Im Einzelnen wurden mit der Veranstaltung folgende Ziele verfolgt: Identifizierung der aktuellen und künftigen Anforderungen an die Gewaltprävention in Ludwigshafen; Erörterung der Möglichkeiten des Rates für Kriminalitätsverhütung, auf diese Anforderungen zu reagieren; Aufzeigen von Handlungsempfehlungen und Entwicklungsmöglichkeiten für das Gremium; Finden von Ideen für konkrete Projekte und Vereinbarung eines ersten nächsten Schrittes.

Das Programm gestaltete sich folgendermaßen:

Zunächst stellte Frau Angelika Stock, Geschäftsführerin des Rates für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen, die Arbeit des Gremiums in Kürze dar und verdeutlichte dadurch auch seine Hintergründe und Philosophie. Es folgten Kurzpräsentationen von drei Arbeitskreisen bzw. Projektarbeitsgruppen (PAG): Der AK Schule, Soziales, Polizei, die PAG Argumentationstraining und der AK Gewalt gegen Frauen stellten sich inklusive ihrer Ziele, Zielgruppen, Mitwirkenden, Kooperationspartner sowie aktueller und künftiger Projekte vor.

Im Anschluss stellte die Projektleitung der Klaus Jensen Stiftung einige Ergebnisse der Befragung „Gewaltprävention in Ludwigshafen“ vor. Befragt wurden Mitglieder des Rates für Kriminalitätsverhütung und Ortsvorsteher/innen zum Thema Gewalt sowie zu den Akteuren und Aktivitäten der Gewaltprävention in der Stadt und den Stadtteilen.

In der anschließenden Bedarfsanalyse bearbeiteten die Teilnehmer/innen folgende Frage: Was sind die aktuellen (und künftigen) Herausforderungen an die Gewaltprävention in Ludwigshafen? Im Detail wurden akute Problemlagen identifiziert, die im Sinne von sekundärer Prävention angegangen werden sollten; zudem wurde der Bedarf an primärer Prävention erörtert, u. a. anhand von Konfliktlinien, die in naher Zukunft zu Gewalt führen könnten. Daraufhin wurde eine Kapazitätenanalyse des Rates für Kriminalitätsverhütung vorgenommen und die Fragen diskutiert „auf welche Stärken und Potentiale“ das Gremium aufbauen kann und „welche Schwächen und Entwicklungsbedarf“ es gibt.

Auf Basis dieser Analyse wurden nach folgenden Leitfragen Ideen generiert: Welchen Bedarf können wir gut durch unsere Stärken decken? Wie können wir uns entwickeln, um neuen Herausforderungen zu begegnen? Welche (ungenutzten) externen Ressourcen, Akteure etc. gibt es? Die Ideen wurden anschließend in eine Rangfolge gebracht und für das prominenteste Thema „Migration“ wurden Vereinbarungen für die Zukunft getroffen. Konkret wurde eine Klausurtagung zu dem Thema in Ludwigshafen im Herbst 2007 verabredet.

2.4 Formulierung von Empfehlungen

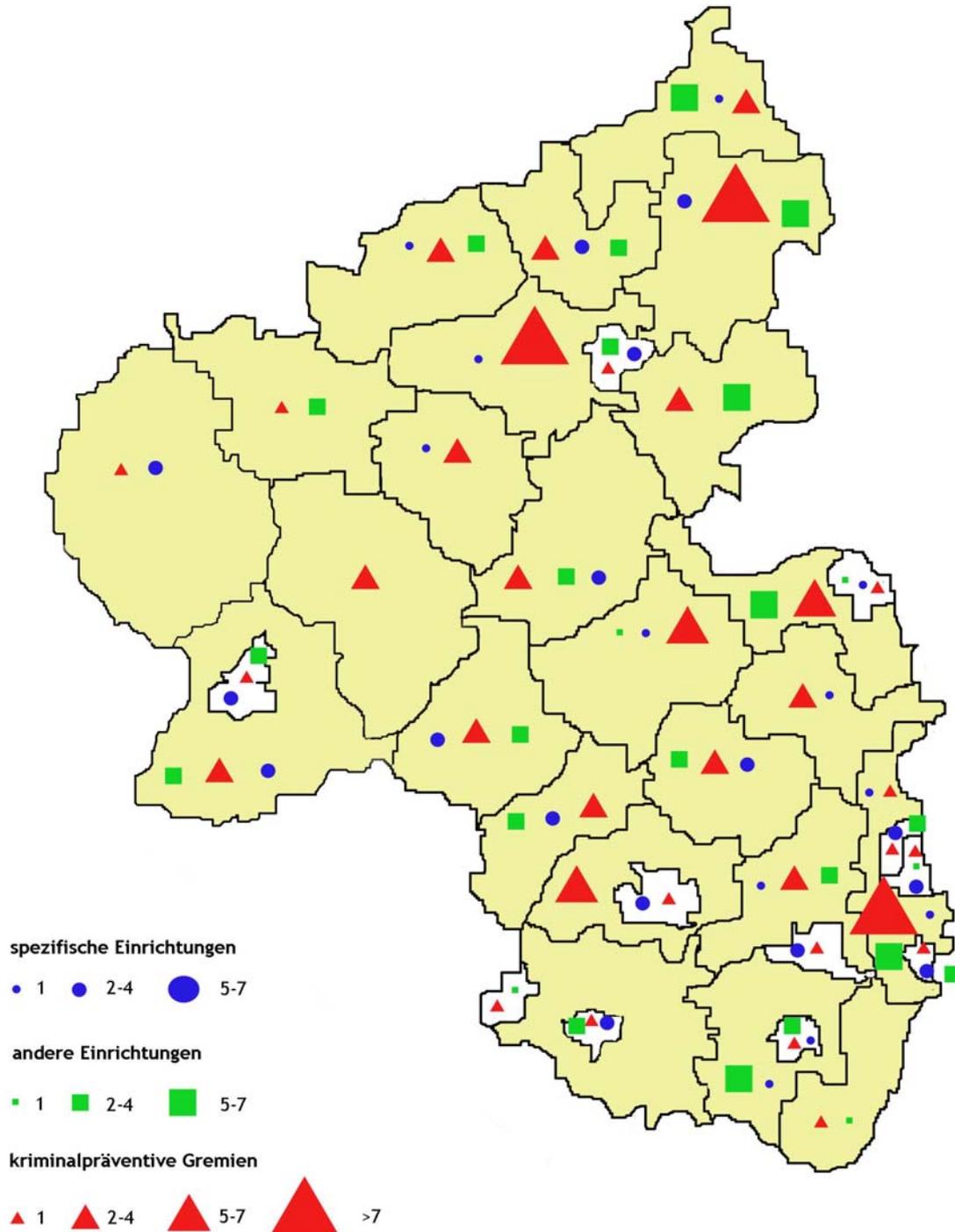
Die letzte Projektphase bestand in der Auswertung und Zusammenführung der Daten und Erkenntnisse, die sich aus den bisherigen Aktivitäten ergeben haben. Wo nötig, wurden die Ergebnisse durch weitere Recherchen und Gespräche Kreuzvalidiert. Als Endprodukt wurde der Projektbericht – das vorliegende Dokument – vorgelegt. Sein Herzstück sind die Ergebnisse der Bestandsaufnahme in Rheinland-Pfalz sowie die Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz. Diesen Themen sind die folgenden Seiten gewidmet.

3. Ergebnisse der Studie

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der Fragebogenstudien und weiterer Recherchen zu den gewaltpräventiven Akteuren und Aktivitäten in Rheinland-Pfalz und Ludwigshafen vorgestellt. Im ersten Unterkapitel werden die Daten aus der Befragung der kriminalpräventiven Gremien in Rheinland-Pfalz dargelegt. Den Befragungsergebnissen zur Gewaltprävention in Ludwigshafen wird ein gesondertes Unterkapitel gewidmet. Darauf folgt eine exemplarische Vorstellung dreier kriminalpräventiver Gremien auf Verbandsgemeindeebene. Weiterhin werden die Ergebnisse aus der Befragung von Gebietskörperschaften ohne kriminalpräventive Gremien präsentiert; ein letzter Abschnitt widmet sich „anderen Gremien und Initiativen der Gewaltprävention“. Zunächst folgt jedoch ein graphischer Überblick über die Akteure der Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz.

3.1 Gewaltpräventive Akteure in Rheinland-Pfalz nach Landkreisen

Die folgende Karte zeigt die in der Studie erfassten Akteure der gewaltpräventiven Arbeit in Rheinland-Pfalz, geordnet nach Landkreisen.



Grafik I: **Akteure der Gewaltprävention nach Landkreisen in Rheinland-Pfalz**

Die Akteure wurden nach kriminalpräventiven Gremien, spezifischen Einrichtungen und anderen Einrichtungen unterschieden. Spezifische Einrichtungen meint Institutionen, die sich explizit mit Gewaltprävention, Friedensarbeit oder ziviler Konfliktbearbeitung beschäftigen. Hiermit sind beispielsweise Runde Tische gegen Häusliche Gewalt und Bündnisse gegen Rechtsextremismus oder spezielle Nichtregierungsorganisationen gemeint. Andere Einrichtungen umfassen Institutionen, deren schwerpunktmäßige Aufgabe in anderen Bereichen liegt, die aber auch gewaltpräventiv tätig sind. Hierzu zählen beispielsweise manche Einrichtungen der Jugendhilfe, Sportvereine oder Beratungsstellen.

3.2 Befragung der kriminalpräventiven Gremien in Rheinland-Pfalz

Zur Bestandsaufnahme der Aktivitäten und Akteure kriminalpräventiver Gremien wurde von der Klaus Jensen Stiftung ein Fragebogen konzipiert und durch die Leitstelle „Kriminalprävention“ über die Polizeipräsidien und die politische bzw. Sachbearbeitungsebene an alle 90 kriminalpräventiven Gremien in Rheinland-Pfalz im November 2006 versendet. Die Gremien wurden gebeten, den Fragebogen von möglichst jeweils vier Personen unterschiedlicher Herkunft (Politik, Sachbearbeitung, Polizei und Nichtregierungsorganisationen) ausfüllen zu lassen. Es wurde also mit einem maximalen Rücklauf von $4 \times 90 = 360$ Fragebögen gerechnet.

Insgesamt gingen 139 Fragebögen aus rund 75 Kommunen ein, die Rücklaufquote betrug damit 38,6 % bezogen auf die Einzelpersonen und 83 % bezogen auf die kriminalpräventiven Gremien. Von den 139 Fragebögen gingen 128 in die Auswertung ein.² Die Fragebögen wurden für einige Auswertungsschritte aggregiert, d.h. mehrere Antworten aus einem Gremium wurden zusammengefasst.

Im nächsten Abschnitt werden zunächst die Grunddaten der befragten Gremien dargestellt. Ihnen folgen Angaben über ihre Arbeitsorganisation und Arbeitsinhalte. Anschließend werden die Bewertungen der Gremienarbeit durch die Akteure und ihre Wünsche für die zukünftige Weiterentwicklung dargestellt.

3.2.1 Grunddaten der befragten kriminalpräventiven Gremien

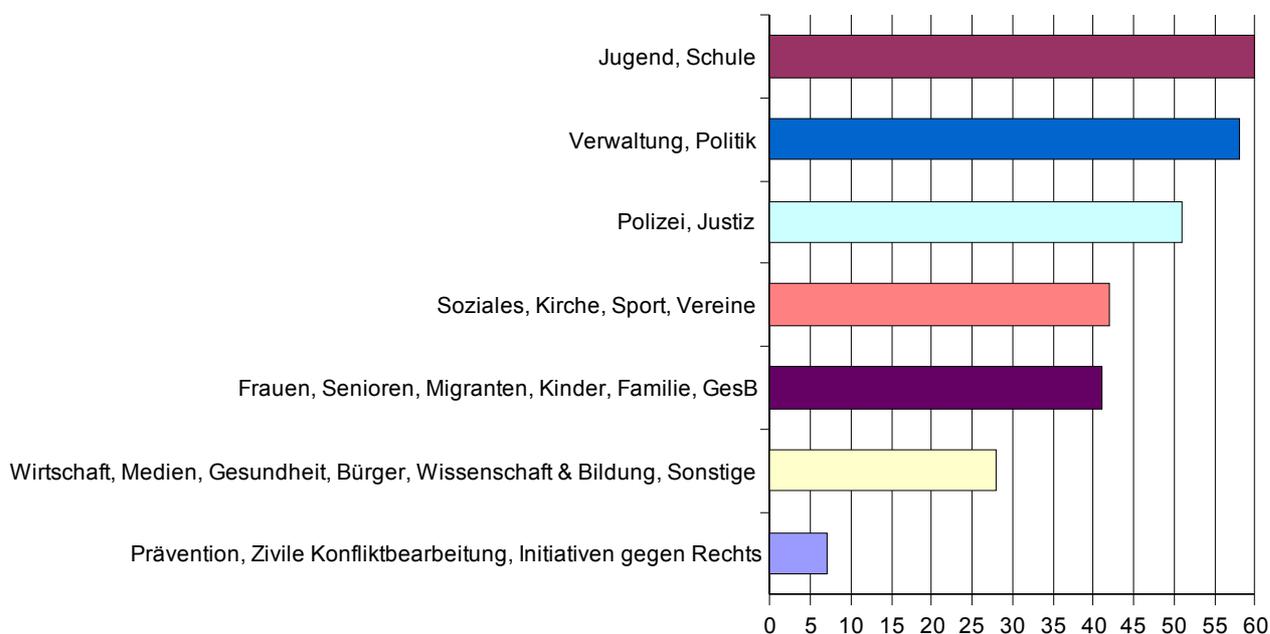
Die Fragebögen stammen aus 32 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten. Pro Gremium wurden im Durchschnitt 1,63 Personen befragt, über die Hälfte der Gremien sendete einen, gut ein Drittel beantwortete zwei, die restlichen Gremien drei bis vier Fragebögen. Rund 47 % der **Befragten** stammen aus der Polizei, etwa ein Drittel aus der Sachbearbeitung bzw. Geschäftsführung der Gremien und 13 % aus der politischen Spitze. Nur sehr wenige Antworten liegen von nicht-staatlichen Mitgliedsorganisationen vor.

Die Gremien wurden zwischen 1994 und 2005 **gegründet**, die meisten in den Jahren 1998 und 1999. Was die **Namensgebung** anbelangt, so beziehen sich die meisten Gremien mit ihrem Namen direkt auf Kriminalprävention und nennen sich z. B. „Kriminalpräventiver Rat (von XY)“ oder auch „Arbeitskreis für Kriminalverhütung“. Einige Gremien beziehen sich mit ihrem Namen auf das Thema „Sicherheit“ (z. B. „Sicherheits- und Ordnungspartnerschaft“ oder „Initiative Sicherheit in unserer Stadt“). Die Bezeichnung „Runder Tisch“ findet ebenfalls Verwendung.

Was die **Ansiedlung** der befragten Gremien in den Kommunen anbelangt, so zeigt sich, dass 43 % im Ordnungsamt angesiedelt sind, 9 % im Ordnungs- und Sozialamt, 6 % direkt bei dem/der Bürgermeister/in und nur jeweils 5 % im Sozialamt und im Bereich Schule, Jugend und Sport. Die restlichen Gremien werden von den Befragten anderen Bereichen bzw. allgemein der „Verwaltung“ oder „Gemeinde“ zugeordnet.

In den Gremien sind laut Angaben der Befragten im Durchschnitt 8,7 **Mitgliedsinstitutionen** vertreten mit einem Maximum von 52 Institutionen; die meisten Gremien beherbergen bis zu sechs bzw. bis zu 19 Institutionen. Die Mitgliedsinstitutionen wurden für die Auswertung folgenden **Bereichen** zugeordnet:

- Politik (35), Bürgermeister/in (19), Verwaltung (46)
- Polizei (55), Justiz (Gerichte, Anwälte u. a.: 15)
- Jugend (Jugendämter u. a.: 44; freie Träger der Jugendarbeit: 27), Schule (51)
- Frauen (16), Senioren (21), Migrant/innen (15), Kinder (13), Familie & Bereich Gewalt in engen sozialen Beziehungen (GesB) (6)
- Soziales (20), Sport (10), Vereine (11; darunter auch Opfer- und Tätervereine), Kirche (v. a. Caritas und Diakonisches Werk; 29)
- Prävention, Zivile Konfliktbearbeitung/Frieden, Initiativen gegen Rechts (insgesamt 7)
- Wirtschaft und Arbeit (10), Medien (5), Gesundheit (7), Bürger (6), Wissenschaft und Bildung (8), Kultur (3), Sonstige und nach Bedarf (10).



Grafik II: Mitgliedsinstitutionen der kommunalen kriminalpräventiven Gremien nach Anzahl und Bereichen

In den meisten Gremien (63 %) sind Mitgliedsorganisationen aus 3-5 der oben genannten übergeordneten Bereiche vertreten, in 21 % der Gremien sind es 6-7 Bereiche. In rund 16 % der Gremien sind lediglich Mitglieder aus 1-2 Bereichen vertreten. Die häufigste Kombination, vorhanden in 80 % der Gremien, enthält Mitgliedsinstitutionen aus dem öffentlichen Bereich (Verwaltung, Politik, Polizei, Justiz) und dem Bereich Jugend und Schule. 40 % dieser Gremien beherbergen zusätzlich Mitglieder aus anderen Bereichen. In knapp 10 % der Gremien sind nur Institutionen aus diesem Bereich vertreten.

In den meisten Gremien sind zudem wenige **Einzelpersonen** aus der Stadt bzw. Verbandsgemeinde vertreten (rund 54 %), in rund 15 % der Gremien sind es viele, in rund 32 % keine.

3.2.2 Ziele der kriminalpräventiven Gremien

Gefragt nach den Zielen, die die kriminalpräventiven Gremien verfolgen, nennen 67 der befragten 75 Gremien **Informationsmanagement** in Form von Information und Aufklärung, Stärkung des Sicherheitsgefühls, Vernetzung und Erfahrungsaustausch sowie die Analyse von Kriminalität. An nächster Stelle steht **Prävention und Sicherheitsförderung** (51), meist allgemein, seltener mit bestimmten Schwerpunkten (z. B. Drogen- und Suchtprävention, Prävention gegen rechte Gewalt).

26 Gremien nennen **Prävention bei Kindern und Jugendlichen** als ihr Ziel, teilweise allgemein als Kriminalitätsprävention, häufig jedoch explizit als Gewaltprävention. Aber auch Jugendschutz und allgemeine Jugendarbeit werden aufgeführt. **Konkrete gewaltpräventive Maßnahmen** verfolgen 21 der befragten Gremien als ihr Ziel. Diese Maßnahmen reichen von Bewusstseins- und Persönlichkeitsbildung, Einstellungsänderung, Vermittlung von Werten und Toleranz über die Förderung von Sozialkompetenz, Zivilcourage und Konfliktbearbeitungsfähigkeiten, von Beratungs- und Hilfsangeboten (z. B. für die kommunalen Politik und Verwaltung), die Vermittlung von Fachkräften bis hin zur konkreten Konfliktbearbeitung.

Weitere Ziele mit maximal fünf Nennungen betreffen die **Integration, Sauberkeit und Ordnung, Opferhilfe** und Sonstiges.

Ein deutlicher Schwerpunkt in den Zielen der kommunalen kriminalpräventiven Gremien liegt also im Austausch und der Verbreitung von Informationen. Daneben überwiegen v. a. allgemeine Ziele der „Prävention“. Weiterhin lässt sich feststellen, dass sich verschiedene Befragte eines Gremiums häufig nicht über deren Ziele einig sind, nur bei dreien stimmte die Zieldefinitionen mehr oder weniger vollständig überein.

3.2.3 Inhalte der kriminalpräventiven Gremien

Gefragt nach den **Gewalthematiken**, mit denen sich die Gremien beschäftigen, nennen jeweils etwa 88 % Jugendgewalt und Gewalt an der Schule sowie Gewalt durch jugendliche Gangs (48 %). Ein weiterer deutlicher Schwerpunkt liegt auf Gewalt auf öffentlichen Plätzen und Straßen (82 %). Gewalt durch Aussiedler/innen und Migrant/innen ist für 43 % bzw. 35 % ein Thema. Knapp ein Drittel der Gremien beschäftigen sich mit rechtsextremer Gewalt und Gewalt im Sport sowie bei Sportveranstaltungen, knapp 30 % mit Gewalt in Diskotheken und Gaststätten. Nur 28 % bis 31 % arbeiten an den Themenbereichen, die weitestgehend dem Feld „Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ (GesB) zugeordnet werden können: Gewalt gegen Kinder in der Familie, Gewalt in Ehe und Partnerschaft, allgemein Gewalt gegen Frauen und sexuelle Gewalt.

Selten werden andere Bereiche genannt, z. B. Gewalt im Straßenverkehr (12 %), Gewalt im Rahmen organisierter Kriminalität (9 %) und andere politisch motivierte Gewalt (3 %). Jeweils nur eine Nennung erhalten die Themen „Gewalt am Arbeitsplatz“ und „Gewalt in Pflege- und Gesundheitseinrichtungen“; weiterhin wird jeweils einmal genannt: Gewalt bei Weinfesten, Ruhestörung, Gewaltprävention bei Schülerbeförderung, Gewalt rund ums Haus, Stalking, Gewalt gegen Senioren, Sachbeschädigung und stadtteilorientierte Kriminalprävention.

Insgesamt nennen die meisten Gremien sechs Themen (65 %; durchschnittlich ebenfalls 6), die anderen geben an, sich mit bis zu 14 unterschiedlichen Themen zu beschäftigen.

Gefragt nach ihren **Zielgruppen**, nennen 94 % der Gremien Jugendliche (13-21 Jahre), 68 % Senioren, 52 % Kinder (6-12 Jahre), 46 % Erwachsene und die allgemeine Bevölkerung. Lehrer/innen werden von der Hälfte der Gremien genannt; weitere Multiplikator/innen und andere professionelle Gruppen von 26 % bzw. 12 % der Gremien. Jeweils knapp 40 % der Gremien haben Aussiedler/innen und Migrant/innen als ihre Zielgruppe; 21 % Asylbewerber/innen bzw. Asylanten/innen. Eltern werden nur von maximal 23 % der Gremien anvisiert (Ersteltern nur zu 11 %, Alleinerziehende 5 %, werdende Eltern 0 %).

Weitere Zielgruppen sind: Kleinkinder (2-5 Jahre, 15 %), Rechtsextreme und Behinderte (jeweils 9 %), kranke Menschen (6 %), Arbeitgeber-, Arbeitnehmer/innen und pflegende Angehörige (jeweils 3 %). Jeweils nur eine Nennung hatten: Pflegepersonal, Säuglinge, und „andere politisch extreme Gruppen“; weiterhin wurden genannt: Frauen, Lesben, Erzieherinnen, Nichtsesshafte/Alkoholiker, Ortsbürgermeister, Kommunalpolitiker, Jugendhilfeeinrichtungen, Beratungsstellen, Anwohner von Jugendtreffs, Schüler, türkisch-islamische Union, Vereine, Verbände und Gastronomie.

Durchschnittlich haben die Gremien 6 Zielgruppen. Jeweils 44 % der Befragten nennen bis zu fünf bzw. sechs bis neun Zielgruppen; 12 % nennen 10-18 Zielgruppen.

Über ein Viertel der Gremien nimmt bezüglich seiner Zielgruppen eher eine Opferperspektive ein (z. B. werden bei Senioren und Frauen speziell Opfer anvisiert), 7 % bezieht sich mehr auf Tätergruppen; die meisten setzen hier jedoch keinen Schwerpunkt. Bezüglich des Geschlechts der Zielgruppe setzen 16 % einen Schwerpunkt auf männliche Gruppen, 7 % visieren speziell weibliche Zielgruppen an.

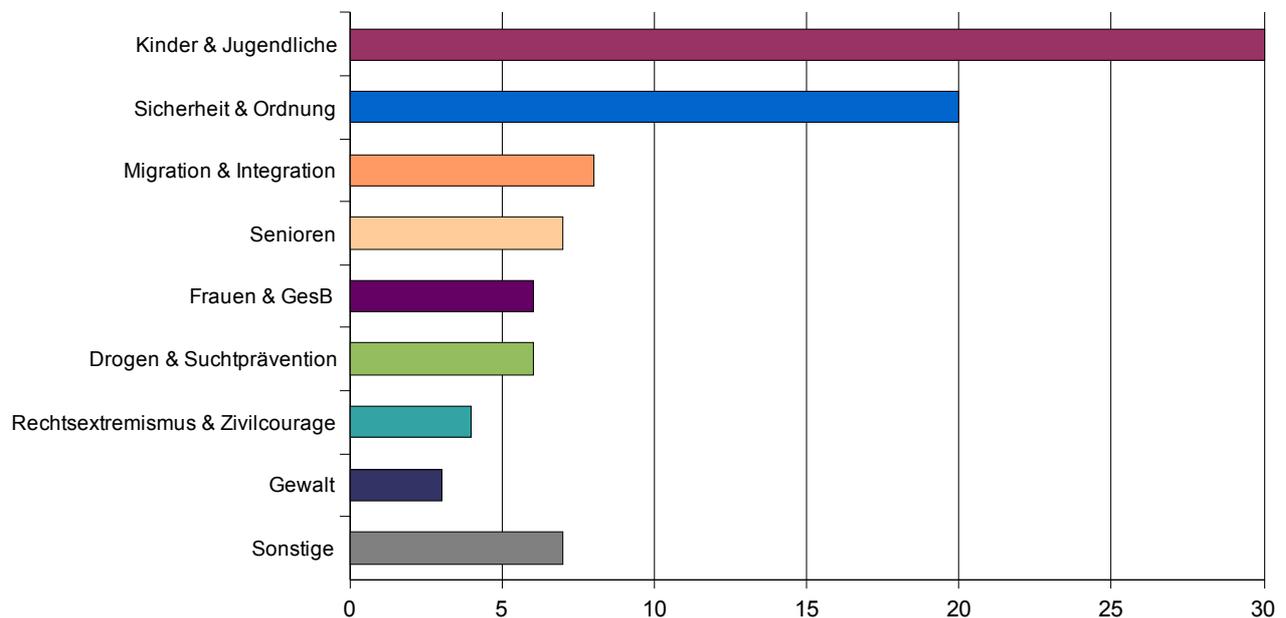
Insgesamt ist festzuhalten, dass es im Falle mehrerer Befragter pro Gremium häufig keine Einigkeit bezüglich der Zielgruppen gab. Für die Auswertung wurde eine Zielgruppe als „anvisiert“ aufgenommen, wenn sie von mindestens einem/r Befragten pro Gremium aufgeführt wird.

3.2.4 Arbeitsstrukturen und Methoden der kriminalpräventiven Gremien

Die Mehrheit der Gremien arbeitet ausschließlich im **Plenum** (55 %), die anderen arbeiten zusätzlich mit **Arbeits- bzw. Projektgruppen**. Es finden sich aber auch andere Organisationsformen, wie z. B. ein Plenum als Lenkungsausschuss und ein Arbeitsausschuss als Exekutivgruppe oder ein Plenum mit einer Projektplanungsgruppe und Arbeitskreisen.

Insgesamt werden 91 Arbeitskreise genannt, durchschnittlich nennen die Gremien mit Arbeitsgruppen derer durchschnittlich 2,4 (maximal 6). Knapp 40 % geben an, eine Arbeitsgruppe zu haben, 25 % nennen zwei, jeweils 10,7 % drei, vier oder fünf. Ein Gremium benennt sechs Arbeitsgruppen.

Für die Auswertung ließen sich die Arbeitsgruppen – meist anhand ihrer Namen oder anhand von Kurzbeschreibungen - je nach Arbeitsschwerpunkten und Zielgruppen in folgende **Kategorien** einordnen:



Grafik III: **Arbeitsgruppen nach Arbeitsschwerpunkten und Zielgruppen**

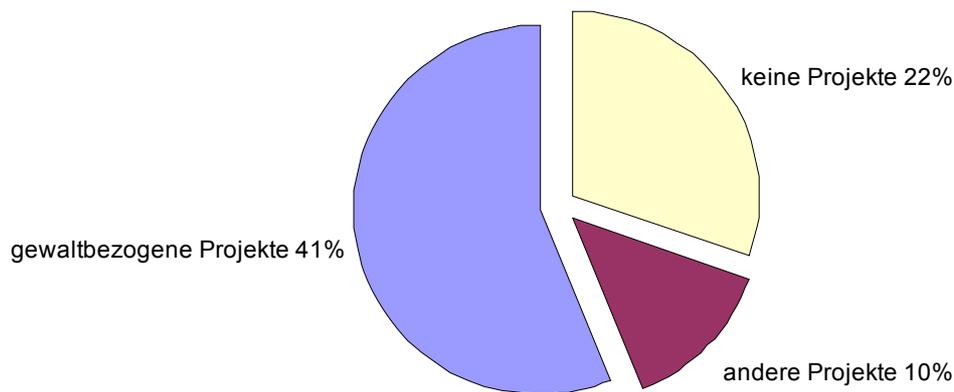
Weiterhin werden acht abgeschlossene Arbeitsgruppen aufgeführt, davon sechs mit dem Schwerpunkt Kinder, Jugendliche und Gewalt, und eine geplante Arbeitsgruppe zum Thema Schule und Gewalt.

Folgende Dinge fielen auf: Haben mehrere Personen für ein Gremium geantwortet, liegen teilweise unterschiedliche Angaben zu den Arbeitsgruppen vor. Durch weitere Recherchen konnten manche Inkonsistenzen aufgelöst werden, andere jedoch nicht. In diesen Fällen wurden alle angegebenen Arbeitsgruppen in die Auswertung aufgenommen. Manchmal werden unter Arbeitsgruppen Aktivitäten genannt, die andere unter „Projekte“ aufführen (z. B. EASI, PIT, Organisation von Sportveranstaltungen). Schließlich ist anzumerken, dass nicht alle Projekte eine gewaltpräventive Ausrichtung haben.

Die Mehrheit der Gremien (55 %) arbeitet in bestimmten **Projekten**, 36 % der Gremien haben keine Projekte vorzuweisen. Insgesamt werden 133 aktuelle Projekte genannt. Jeweils rund ein Viertel der Gremien mit Projekten führen derer ein bis zwei auf. Seltener sind es drei bis sieben Projekte, ein Gremium nennt 12 Projekte.

Die Projekte lassen sich folgenden **Bereichen** zuordnen: Jugend und Schule (29 Projekte), Technoprävention und Sicherheit (8), Rechtsextremismus und Zivilcourage, Gewalt und GesB (8), Integration, Sport, Information und Kultur (jeweils 6), Senioren, Sucht und Drogen, ortsbezogene Themen (jeweils 5).

Insgesamt finden sich unter den 133 genannten Projekten 40 **Projekte mit offensichtlichem Gewaltbezug** (inkl. Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und für Zivilcourage). Dies entspricht rund einem Drittel. Von den 40 Gremien die überhaupt Projekte haben, haben also mindestens 30 ein Projekt mit Gewaltbezug. Das heißt: 41 % der gesamten Gremien haben ein Projekt mit einem konkreten Bezug zur Gewaltprävention. Von den 57 Projekten aus dem Bereich „Jugend & Schule“ weisen 17 einen offensichtlichen Gewaltbezug auf.



Grafik IV: Anteil der Gremien ohne Projekte, mit gewaltbezogenen Projekten oder ausschließlich anderen Projekten

Unter den Projekten mit gewaltpräventivem Bezug sind folgende **Maßnahmen und Themenschwerpunkte** vertreten:

- landesweite Projekte: EASI, PIT, Wer nichts, tut macht mit
- Rechtsradikalismus und Zivilcourage: z. B. „Rechtsradikalismus im Alltag“, Argumentation gegen Stammtischparolen, PG für demokratisches Miteinander, Toleranz und Zivilcourage
- Gewaltprävention an Schule: z. B. Projektwochen, Filmvorführung, IGEL (Initiative gegen Gewalt), Happy Slapping, Schulmediation, Streitschlichter-AG, Gewaltprävention bei Schülerbeförderung
- Gewalt in engen sozialen Beziehungen (GesB)
- Antigewalttraining, Deeskalationstraining
- Stalking-Kampagne

Wie auch bereits bei den Arbeitsgruppen so zeigt sich auch hier, dass unter „Projekt“ unterschiedliche Aktivitäten verstanden werden. So fallen hierunter etwa die Teilnahme an landesweiten Aktionen genauso wie die Benennung von Arbeitsschwerpunkten bzw. durchgeführten Aktionen (z. B. Sicherheit im Alter, Filmvorführungen).

Neben ihrer konkreten Projektarbeit wurden die Gremien befragt, welcher **allgemeinen Methoden** sie sich bei ihrer Arbeit bedienen. Folgende werden aufgeführt:

	Anzahl	%
Presse-/Medienarbeit	54	85,7
Öffentlichkeitskampagnen / Aufklärungsarbeit	44	69,8
Informationsveranstaltungen	42	66,7
Vorträge & Seminare	30	47,6
Erstellung & Verbreitung von Informationsmaterialien	29	46,0
Sportveranstaltungen	29	46,0
kulturelle Veranstaltungen	26	41,3
Mainstreaming	22	34,9
Beratung	20	31,7
Ausstellungen	17	27,0
Trainings & Workshops	16	25,4
sonstige Fortbildungsveranstaltungen	14	22,2
Wettbewerbe / Preise	8	12,7
Medienproduktion	5	7,9
Therapie	2	3,2

*Tabelle I: **Methoden in den kriminalpräventiven Gremien***

10 fehlende Werte; N = 63

Durchschnittlich werden von den 15 aufgelisteten Methoden 5,67 genannt (Maximum: 12). 57,8 % der Gremien geben an, mit 1-5 Methoden zu arbeiten.

Zielgruppen können auf unterschiedlichen **Ebenen** angesprochen werden – Angebote kriminalpräventiver Gremien können darauf abzielen, Wissen zu vermitteln (Wissensebene), Einstellungen zu ändern (Einstellungsebene) oder sie können auf die emotionale Ebene zielen, indem sie z. B. Gewalttäter trainieren, ihre aggressiven Gefühle zu steuern (Emotionsebene). Weiterhin kann das Ziel sein, Kompetenzen zu vermitteln. Im Zusammenhang mit Gewaltprävention sind vor allem Kompetenzen zur konstruktiven Konfliktbearbeitung, zur Zivilcourage sowie Selbstschutzkompetenzen bedeutsam. All diese Ebenen ergänzen sich und sind im Zusammenhang der Gewaltprävention bedeutsam. Folgende Ebenen werden von den Gremien angesprochen:

	Anzahl	%
Erwerb von Wissen	46	79,3
Änderung von Einstellungen	42	72,4
Erwerb von Kompetenzen zur Konfliktbearbeitung	37	63,8
Erwerb von Zivilcourage-Kompetenzen	35	60,3
Umgang mit Gefühlen / Steuerung von Emotionen	24	41,4
Erwerb von Kompetenzen zum Selbstschutz	26	44,8

Tabelle II: Ebenen, auf denen die Zielgruppen angesprochen werden

15 fehlende Werte; N = 58

Insgesamt zielen die Gremien mit ihrer Arbeit also am häufigsten auf die Wissensebene, aber auch Einstellungsänderung und die Vermittlung von Kompetenzen, insbesondere im Bereich der Konfliktbearbeitung, sind Gegenstand der Gremienarbeit. Dabei geben 57 % der Gremien an, auf drei Ebenen zu arbeiten, 16 % arbeiten auf 4-5 Ebenen, 28 % auf allen Ebenen.

3.2.5 Netzwerke und Kooperationen

Kommunale kriminalpräventive Gremien sind Netzwerkinstitutionen. Eine interessante Frage ist es von daher, ob es den Akteuren gelungen ist, in ihre Gremien die relevanten Institutionen und Initiativen einzubinden.

63 % der Gremien geben an, weitere Akteure zu kennen, die sich **innerhalb der Gebietskörperschaft** des Gremiums der Gewaltprävention widmen, aber nicht in das Gremium eingebunden sind. Konkret werden Einrichtungen aus den Bereichen Jugend und Schule (z. B. Jugendpflege), Frauen, Familie und GesB, Gewaltprävention (z. B. Bündnisse gegen Rechts, Friedensorganisationen, Opfervereine), Kirche und Soziales, Sport und Vereine, Kinder, Verwaltung und Polizei, Bildung und Kultur, Migration und Sucht genannt. Gut die Hälfte der Gremien, denen solche Akteure bekannt sind, kooperiert auch mit ihnen. Hierbei ist anzumerken, dass die Gremien unterschiedlich organisiert sind: manche beherbergen eine große Zahl an Mitgliedsinstitutionen und vielleicht sogar einen Großteil der vorhandenen Institutionen im Bereich der Gewaltprävention unter ihrem Dach; für diese Gremien gibt es nicht mehr viel Spielraum, ihre Kooperationen auszubauen. Andere haben weniger offizielle Mitglieder, ziehen aber weitere bei Bedarf hinzu. Diese tauchen dann in der Befragung in dem hier genannten Bereich auf.

Knapp ein Drittel der kommunalen kriminalpräventiven Gremien kooperiert **außerhalb ihrer Gebietskörperschaft** mit mindestens einem anderen Akteur der Gewaltprävention. Meistens sind dies Kooperationen mit anderen Institutionen der Kriminalprävention, z. B. andere kriminalpräventive Gremien,

die Leitstelle „Kriminalprävention“ oder das Deutsche Forum Kriminalprävention. Weitere Kooperationspartner entstammen den Bereichen Frauen, Familie und GesB, Kirche und Soziales, Sport, Wissenschaft und Bildung. Die Zusammenarbeit findet zur Hälfte auf der Landkreisebene statt, etwa ein Drittel kooperiert auf Bundeslandebene; nur 10 % bzw. 7 % kooperieren mit Akteuren in einem anderen Bundesland oder auf Ebene der Bundesrepublik.

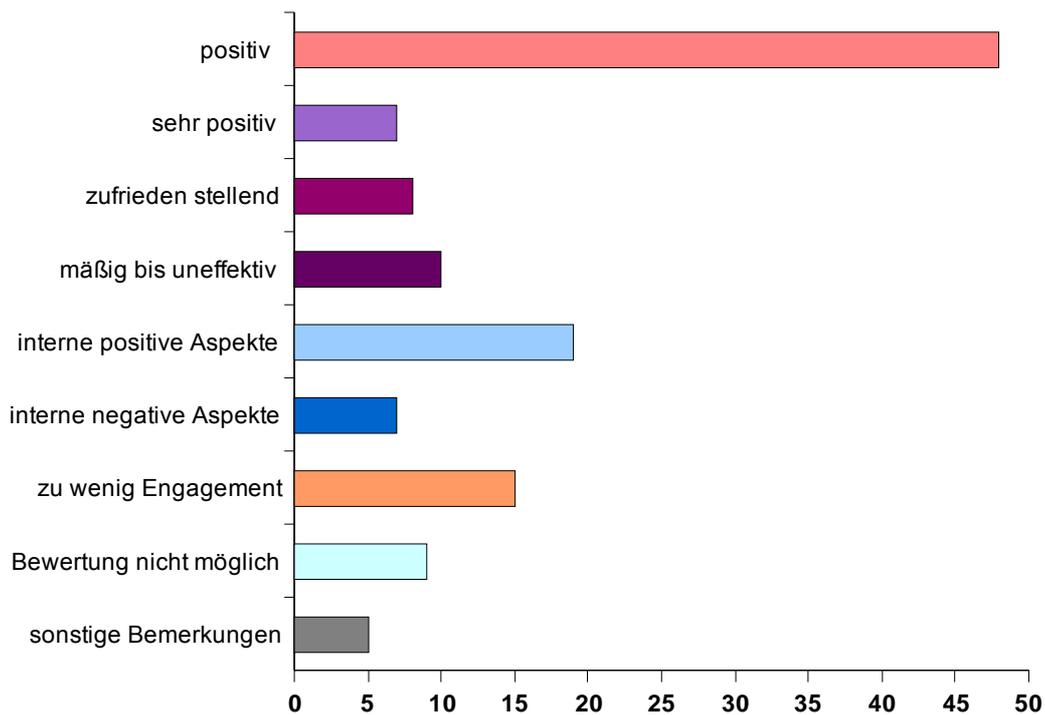
Befragte, die außerhalb ihres Gremiums innerhalb der Gebietskörperschaft andere gewaltpräventiven Akteure kennen, kooperieren auch eher mit anderen Institutionen außerhalb der Gebietskörperschaft als diejenigen, die innerhalb ihres Gebietes keine weiteren Institutionen kennen.

3.2.6 Bewertungen der kriminalpräventiven Gremien

Wie bewerten die Mitglieder der kriminalpräventiven Gremien ihre Arbeit? Dieser Frage wurde mit verschiedenen Schwerpunkten nachgegangen. Zunächst werden die Einschätzungen der Befragten auf die allgemeine Frage „Wie bewerten Sie insgesamt die Arbeit des Gremiums?“ dargestellt:

Bewertung insgesamt

Die folgende Grafik veranschaulicht die einzelnen Kategorien, die die allgemeinen Bewertungen der Gremien zusammenfassen:



Grafik V: Bewertung der Gremienarbeit durch die Befragten nach Kategorien

Die Zahlenangaben entsprechen den absoluten Nennungen.

Demnach bewerten 38 % der Befragten die Gremienarbeit insgesamt als „positiv“ (auch „sinnvoll“, „gut“ oder mit outputorientierten Aussagen wie „erfolgreich“, „effektiv“, „nachhaltig“), 5 % bewerten ihre Arbeit als sehr positiv („sehr effektiv“, „sehr gutes Feedback“ etc.). Als „zufrieden stellend“ oder „ausbaufähig“ bewerten 6 % die Gremienarbeit (z. B. „Vereinskontakte zu wenig genutzt, Verstärkung 2007 angestrebt“),

8 % halten sie für eher „mäßig“ bis „ineffektiv“ (z. B. „euphorische Einstellung hat sich gelegt“, „Öffentlichkeitswirkung ist zu gering“).

15 % der Befragten betonten positive interne Aspekte, wie z. B. die „Vernetzung“, den „Informationsaustausch“, „kleine Dienstwege und Vertrauen“ oder auch allgemein die gute Zusammenarbeit. 5 % dagegen nannten negative interne Aspekte, wie etwa negative politische Aspekte („Bekanntheit und Akzeptanz innerhalb Verwaltung verbesserungswürdig“, „Gremium oft von Kommunal- und Landespolitik für öffentlichkeitswirksame Eigenwerbung genutzt; eigentliches Ziel gerät ins Hintertreffen“) oder auch mangelnden Praxisbezug oder mangelnde Effizienz der Arbeit.

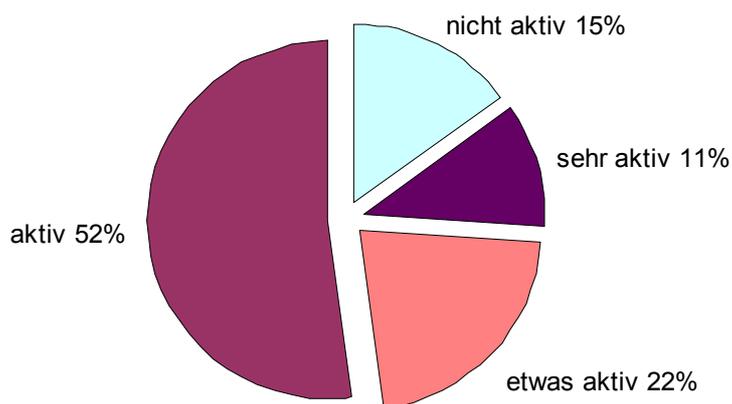
„Zu wenig Engagement“ bedauerten 12 % der Gremienmitglieder, es würde z. B. nur das begonnen, was die Polizei anstoße, die Teilnahme der Mitglieder sei unregelmäßig, das Ehrenamt immer schwerer zu besetzen und „externe Institutionen“, wie das Jugendamt, die Caritas oder Vereine fehlten.

Für 7 % war eine „Bewertung nicht möglich“, da die Arbeit noch in Anfängen stünde und Ergebnisse schlecht messbar seien. Weiterhin wurden in diesem Fragebogenteil auch kritische Anmerkungen gemacht, was die Arbeit kriminalpräventiver Gremien angeht, so wurde z. B. die Frage gestellt, für wen oder was dieses Bürgergremium in seiner Uneigennützigkeit Verantwortungserersatz sein solle. Auch wurde die Schwierigkeit ländlicher Gremien angesprochen, wo Gremienarbeit nur sinnvoll sei, wenn ernsthafte Themen bestünden und nicht künstlich krampfhaft gesucht würden.

Im Folgenden werden die Antworten der Befragten auf Fragen zur Aktivität, Effektivität und andere Bewertungsaspekte dargestellt:

Aktivität der Gremien

Wesentlich für die Bewertung der Gremienarbeit ist zunächst, ob das Gremium überhaupt aktiv, bzw. als wie aktiv es eingeschätzt wird. Es zeigt sich, dass sich gut die Hälfte der Gremien als „aktiv“ einschätzen, „sehr aktiv“ sind lediglich 11 %, „etwas aktiv“ sind 22 %. Immerhin 15 % der Gremien sind „nicht aktiv“.



Grafik VI: Bewertung der Aktivität der kommunalen kriminalpräventiven Gremien durch die Befragten

Die meisten aktiven Gremien begründen ihre Aussage mit vorhandenen (häufigen) Sitzungen oder nennen ihren konkreten Output (z. B. „Installierungen von Programmen in Grundschulen“; „neue Konzepte und Projekte wurden erarbeitet und umgesetzt“). Die anderen Gremien begründen die geringe Aktivität vor allem mit dem nicht (mehr) vorhandenen Handlungsbedarf („Anlass der Gründung waren Probleme mit

Jugendlichen im Ortsbereich, als diese akut waren, sehr aktives Gremium, danach Nachlassen der Aktivitäten“) oder auch mit strukturellen Bedingungen (z. B. „viele Problembereiche, die man auch im Krimirat behandeln könnte, werden in anderen Gesprächskreisen erörtert“).

Wie häufig finden in den Gremien **Arbeitssitzungen** statt? Die Mehrheit der Gremien trifft sich im Plenum ungefähr zwei Mal im Jahr (41 %), rund je ein Fünftel trifft sich jährlich bzw. vierteljährlich. Die Arbeitskreise treffen sich – wenn vorhanden – meist vierteljährlich. Je 20 % treffen sich häufiger oder nach Bedarf.

Vorrecherchen ergaben, dass die Inaktivität einiger Gremien daran liegen könnte, dass ihnen die Auswahl geeigneter Themen schwer fällt. So zeigt sich auch, dass die **Themenauswahl** 13 % der Gremien im Allgemeinen „sehr schwer“ fällt, knapp einem Viertel fällt sie „etwas schwer“. 60 % der Gremien fällt die Themenauswahl hingegen „leicht“, „sehr leicht“ tun sich damit nur 3 %. Entsprechend der Annahme hängen die Bewertungen der Aktivität und der Leichtigkeit der Themenauswahl zusammen: die Gremien sind umso aktiver, je leichter ihnen die Auswahl von Themen fällt.³

Weiterhin wurden die Gremienmitglieder nach Ihrer **subjektiven Arbeitsüberlastung** gefragt. Der Aussage „Die Arbeit im Gremium erfordert viel zusätzliche Zeit und Energie. Manchmal wird mir das zu viel.“ stimmen 13 % „voll und ganz zu“, 34 % stimmen „etwas zu“, 53 % stimmen „nicht zu“.

Effektivität der Gremien

Wesentlich für die Beurteilung der kommunalen kriminalpräventiven Gremien bzw. der kommunalen Gewaltprävention ist die **Effektivität** – also die tatsächliche gewaltpräventive Wirkung des lokalen Engagements auf Gewaltphänomene. Um diese realistisch einschätzen zu können, bräuchte es umfassende Wirkungsevaluationen, eine Aufgabe, die das vorliegende Projekt nicht leisten konnte. Wie aber schätzen die Akteure vor Ort die Effektivität ihrer Gremienarbeit ein? Und was verstehen sie überhaupt unter Effektivität? Wie begründen sie ihre Einschätzungen?

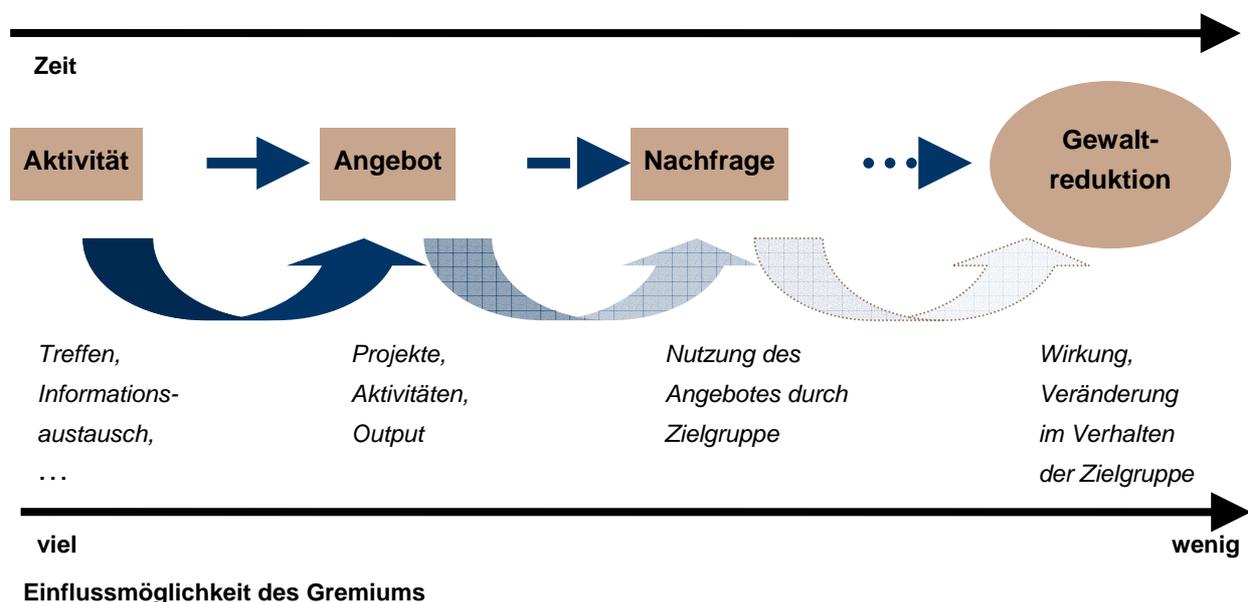
Knapp die Hälfte der Befragten schätzt ihre Arbeit als „effektiv“ ein, nur 3 % sind der Meinung, dass die Gremienarbeit „sehr effektiv“ sei. Für „etwas effektiv“ halten 31 % ihr Gremium, „nicht effektiv“ sind demnach 17 % der Gremien.

Die **Begründungen** dieser Bewertungen („Warum? Woran machen Sie das fest?“) lassen sich folgendermaßen kategorisieren:

- 29 % der Befragten begründen ihre Einschätzung der Effektivität mit der guten bzw. schlechten **Nachfrage** der Zielgruppen nach den Angeboten des Gremiums bzw. mit der **Beurteilung des Angebots** durch die Zielgruppen (z. B. „Fortbildungsmaßnahmen für Multiplikatoren werden sehr stark nachgefragt“; „gute Resonanz bei Veranstaltungen“ bzw. „Die Angebote des KPR werden von Bevölkerung kaum angenommen“).
- 25 % begründen ihre Einschätzung mit der vorhandenen oder nicht vorhandenen **Wirkung** der Gremienarbeit und erfassen somit den Kern der „Effektivität“ (z. B. „angestrebte Detailziele (z. B. Gewaltreduzierung in Diskotheken und in Schulen) wurden erreicht“). In dieser Kategorie gibt es auch kritische Aussagen zur Schwierigkeit der Wirkungsmessung (z. B. „schwer, ‚objektive Wirkung‘ der Arbeit zu messen“). Weiterhin werden im Bezug auf Gewaltprävention unspezifische Wirkungen genannt („gradlinige & erfolgsbestätigende Beratungsgespräche & Hilfsmaßnahmen an Täter & Opfer“) oder auch eher mittelbare Effekte mit nicht eindeutigem Zusammenhang mit Gewalt („Antigewalttraining f. Migranten endete in Vereinsmitgliedschaft“).

- 22 % begründen ihre Einschätzung der Effektivität mit der hohen oder geringen **Aktivität** ihres Gremiums (z. B. „zwei Treffen mit großem Teilnehmerkreis“; „die Arbeit ist zur Zeit eingestellt“).
- 15 % der Befragten nennen den **Output** ihres Gremiums, also vorhandene Projekte, Aktivitäten und Angebote als Grund für ihre Effektivität (z. B. „Planung und Durchführung von Veranstaltungen“) bzw. unzureichenden Output für mangelnde Effektivität (z. B. „nur einzelne gezielte Aktivitäten; ansonsten mehr allg. wirkende, wie z. B. Mitternachtsfußballturniere“).
- 7 % nennen den nicht vorhandenen **Bedarf** an bzw. nicht vorhandene Beschäftigung des Gremiums mit Gewaltprävention als Grund für mangelnde Effektivität in diesem Bereich (z. B. „konkrete Gewaltthematik nicht gegeben oder zumindest nicht bekannt“; „hat insgesamt effektiv gearbeitet, allerdings nicht im Bereich der Gewaltprävention“).

Die Aussagekategorien lassen sich zur Veranschaulichung in folgendes Schema einordnen:



Grafik VII: **Wirkungsmodell**

Das Flussdiagramm verdeutlicht auf vereinfachte Weise die Zusammenhänge zwischen den Aktivitäten gewaltpräventiver Akteure und der tatsächlichen Wirkung auf Gewaltthematiken, die von diesen Aktivitäten ausgehen. Von links nach rechts ist das Schaubild folgendermaßen zu lesen: Aus den Aktivitäten der Akteure muss ein konkreter Output in Form von Angeboten an die Zielgruppen entstehen. Diese müssen wiederum nachgefragt werden. Zwischen der Nachfrage eines Angebotes durch die Zielgruppe (z. B. die Teilnahme an einem Training) und der Wirkung (in diesem Fall die Reduzierung von Gewalt) liegen weitere komplizierte Prozesse, die hier nur angedeutet sind. Je weiter sich die Elemente in der Wirkungselemente von den Aktivitäten und Angeboten entfernen, desto schwächer wird der direkte Einfluss der Akteure und desto mehr externe Faktoren spielen eine Rolle (z. B. das soziale Umfeld der Zielgruppe).

Die Einschätzungen der Effektivität hängen sehr eng mit den Einschätzungen der **Aktivität** des Gremiums zusammen. Das bedeutet, dass aktivere Gremien tendenziell auch als effektiver bewertet werden und umgekehrt.⁴

Finden nun die Gremienmitglieder die Arbeit **subjektiv lohnend**? Etwa ein Drittel stimmt der Aussage, „Netzwerkarbeit ist schön und gut. Manchmal frage ich mich jedoch, ob der Aufwand lohnt“ „etwas“ zu, 10 % stimmen dem „voll und ganz“ zu, 58 % stimmen dem „nicht“ zu.

Die Zustimmung zu dieser Aussage hängt eng mit der wahrgenommenen subjektiven Arbeitsüberlastung zusammen: Gremienmitglieder, die sich kritische Fragen stellen, ob sich der Aufwand der Gremienarbeit überhaupt lohnt, fühlen sich auch häufiger überlastet.⁵ Hier gibt es auch einen Zusammenhang mit der Themenauswahl: Je schwerer die Auswahl geeigneter Themen fällt, desto stärker fragen sich die Gremienmitglieder, ob sich der Aufwand der Netzwerkarbeit lohnt.⁶ Weiterhin fällt die Themenauswahl leichter, je effektiver sich die Gremien bewerten.⁷

Zusammenhänge der Bewertung mit strukturellen und inhaltlichen Aspekten

Wie hängen die Bewertungen der Gremienarbeit mit strukturellen und inhaltlichen Merkmalen der Gremien zusammen? Die Einschätzungen der Aktivität und Effektivität ist abhängig von der Anzahl an Mitgliedsinstitutionen und Zielgruppen⁸, weiterhin von der Anzahl an bearbeiteten Gewaltthemen und der Ebenen, auf denen die Zielgruppen angesprochen werden.⁹ Weiterhin hängen die Einschätzungen der Aktivität und Effektivität der Gremien stark mit der Existenz von Arbeitsgruppen und konkreten Projekten zusammen.¹⁰

Weitere Tendenzen zeigen, dass Mitglieder von Gremien mit Arbeitsgruppen die Arbeit als weniger belastend empfinden und sich seltener fragen, ob der Aufwand überhaupt lohnt. Sind Projekte vorhanden, so scheint der Aufwand eher gerechtfertigt. Allerdings fühlen sich gerade Mitglieder der Gremien mit Projekten auch häufiger belastet.

Auch unter den strukturellen und inhaltlichen Variablen gibt es Zusammenhänge – so steigen z. B. mit Anzahl der Zielgruppen die Anzahl der bearbeiteten Gewaltthemen und die der Ebenen der Inhaltsvermittlung (Wissen, Einstellung, Emotionen und Kompetenzen).¹¹

Zusammenfassung der Bewertung

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass ein Großteil der Gremien aktiv bis sehr aktiv ist, wobei ein nicht unbedeutender Teil gar nicht (15 %) bzw. wenig (22 %) aktiv ist. Es ist möglich, dass die Anzahl der inaktiven Gremien durch die Befragung noch unterschätzt wird, wenn man davon ausgeht, dass aktivere Gremien auch eher den Fragebogen beantworteten.

Die Auswahl von zu bearbeitenden Gewaltthemen fällt knapp zwei Dritteln der Gremien leicht bis sehr leicht, 13 % fällt es sehr schwer, etwa einem Viertel etwas schwer. Den wenig aktiven Gremien fällt die Themenauswahl schwerer als den aktiven.

Von den Befragten stimmt knapp die Hälfte voll bzw. etwas zu, dass ihnen die Gremienarbeit manchmal zu viel wird, bei gut der Hälfte trifft dies nicht zu. Entsprechend fragen sich 10 % der Befragten, ob sich der Aufwand der Gremienarbeit überhaupt lohnt, knapp ein Drittel fragt sich dies zumindest ab und zu, knapp 60 % der Befragten stellen sich diese Frage nicht. Die beiden Aussagen hängen wiederum eng zusammen: Gremiumsmitglieder, denen die Arbeit manchmal zu viel wird, fragen sich auch häufiger, ob die Gremienarbeit überhaupt lohnend ist.

Die Gremienarbeit wird im Schnitt als etwas effektiv eingeschätzt. Knapp ein Fünftel glaubt, dass ihre Gremienarbeit nicht effektiv ist, knapp ein Drittel hält sie für zumindest etwas effektiv, knapp die Hälfte schätzt ihre Arbeit als effektiv ein. Nur 3 % der Befragten halten ihre Arbeit für sehr effektiv.

Die Einschätzungen der Effektivität der Gremienarbeit hängen mit folgenden Variablen zusammen: Befragte, die ihre Gremien als aktiv einschätzen, halten ihre Arbeit auch für effektiv. Entsprechend ist auch die Existenz von Arbeitsgruppen und Projekten bedeutsam für die positive Einschätzung der Effektivität.

Positiv wirkt sich zudem auch die Anzahl genannter Mitglieder aus; zudem werden tendenziell die Gremien als effektiver eingeschätzt, in denen auch ein breites Spektrum an Mitgliedsorganisationen vertreten ist.

Befragte, die ihr Gremium für effektiv halten, konstatieren auch weniger Probleme in der Themenauswahl und glauben generell, dass sich der Aufwand lohnt. Interessanterweise gibt es keinen Zusammenhang mit der Aussage, ob ihnen die Arbeit manchmal zu viel wird. Dies ließe sich dahingehend interpretieren, dass manche Gremien auch trotz oder aufgrund einer hohen Arbeitsbelastung ihrer Mitglieder aktiv, effektiv und subjektiv lohnend sind. In den anderen Gremien, in denen Inaktivität und Ueffektivität mit persönlich wahrgenommener Arbeitsüberbelastung einhergeht, kann man sich vorstellen, dass große Unzufriedenheit und wenig Motivation für die Gremienarbeit herrscht.

Andersherum ausgedrückt gibt es einen nicht unwesentlichen Teil der Gremien, denen es schwer fällt, Arbeitsthemen auszuwählen, die wenig aktiv sind, ihre Arbeit als wenig effektiv einschätzen und sich häufiger fragen, ob sich der Aufwand überhaupt lohnt.

Die Mehrheit der Gremien (67,1 %) lässt sich in eine von zwei **Kategorien** einordnen:

Aktive, an Projekten arbeitende Gremien: 43,8 %

Diese aktiven und sich als effektiv einschätzenden Gremien arbeiten allesamt an konkreten Projekten, die meisten haben Arbeitsgruppen und sie beherbergen eine größere Bandbreite von Mitgliedsinstitutionen. Die Auswahl geeigneter Themen für die Gremienarbeit fällt ihnen relativ leicht. Sie kennen deutlich mehr Akteure außerhalb des Gremiums und kooperieren häufiger mit Institutionen außerhalb ihres direkten Einflussbereiches.¹²

Wenig aktive Gremien ohne Projektarbeit: 23,3 %

Diese Gremien stellen das Gegenstück der oben beschriebenen dar, sie sind also wenig aktiv und subjektiv wenig effektiv, haben seltener Arbeitsgruppen und eine geringe Bandbreite an Mitgliedsinstitutionen. Die Themenauswahl fällt ihnen vergleichsweise schwer. Sie kennen zudem deutlich weniger Akteure außerhalb des Gremiums und kooperieren auch seltener mit Institutionen außerhalb ihres direkten Einflussbereiches.

3.2.7 Entwicklungswünsche der kriminalpräventiven Gremien

Wo sehen die befragten Gremienmitglieder aktuelle und künftige Herausforderungen für ihre Arbeit? Wie würden sie gerne ihre Gremien weiterentwickeln und welche Rahmenbedingungen müssten sich dafür ändern? Und zuletzt: Welche Unterstützung von außen benötigen sie dafür? Mit diesem Fragenkomplex beschäftigt sich der folgende Abschnitt.

Inhaltliche Lücken in der kommunalen Gewaltprävention

Zunächst stellt sich die Frage, wo die Akteure aktuelle inhaltliche Lücken in ihrer gewaltpräventiven Arbeit sehen. Auf die Frage „Gibt es wichtige Bereiche der Gewalt in Ihrer Stadt/Verbandsgemeinde, denen momentan im Gremium nicht begegnet wird? Welche?“ werden folgende Themenfelder genannt: „Gewalt in Pflege- und Gesundheitseinrichtungen“ und „Gewalt im Rahmen organisierter Kriminalität“ (jeweils 51 % der Befragten nannten diesen Bereich als Lücke), „Gewalt durch jugendliche Gangs“ und „Gewalt im Sport und bei Sportveranstaltungen“ (jeweils 49 %), „Gewalt im Straßenverkehr“, „Gewalt durch Aussiedler/innen“ und „Gewalt durch Staatsorgane (z. B. Folter)“ (jeweils 46 %), „rechtsextreme Gewalt“ und „Gewalt am Arbeitsplatz“ (43 %), „Gewalt gegen Kinder in der Familie“ (40 %), „andere politisch

„motivierter Gewalt“ (37 %), „Gewalt in der Schule“ und „Gewalt in Ehe bzw. Partnerschaft“ (jeweils 34 %), „Gewalt durch nicht-jugendliche Gangs“ und „Gewalt in Gaststätten, Diskos o. ä.“ (jeweils 31 %). Weiterhin wurden genannt: „Gewalt gegen Frauen (ohne sexuelle Gewalt“, „Gewalt durch Migranten/innen/Ausländer“, „sexuelle Gewalt“ und „Gewalt auf öffentlichen Plätzen und Straßen“ (29 - 23 %).

Die Interpretation der Daten ist allerdings aus zwei Gründen erschwert: es liegt nur eine niedrige Fallzahl bzw. ein hoher Anteil an fehlenden Antworten vor (N = 35). Als Begründung für die angegebenen Lücken wird zudem manchmal angegeben, dass diese Gewaltthemen derzeit bzw. in der betreffenden Gebietskörperschaft nicht relevant seien. Dies lässt auf Missverständnisse bzgl. der Frageformulierung bzw. des Erkenntnisinteresses schließen.

Wahrgenommene Konfliktlinien, die zu Gewalt führen könnten

Die Antworten auf die Frage, welche Konfliktlinien in den Gebietskörperschaften in naher Zukunft zu Gewalt führen können, sind in folgender Tabelle dargestellt:

	Anzahl	%
Ausländer – Einheimische	35	68,6
Gangs/Cliquen – Rivalen	22	43,1
Junge – Alte	21	41,2
Arme – Reiche	20	39,2
Arbeitende – Arbeitslose	17	33,3
Christen – Muslime	7	13,7
Organisierte Kriminalität – Bevölkerung	5	9,8
gesunde Menschen – kranke Menschen	2	3,9
Frauen – Männer	2	3,9
behinderte Menschen – nicht behinderte Menschen	1	2,0
Arbeitnehmer/innen – Arbeitgeber/innen	1	2,0
Christen – andere Religionsgruppen (nicht Muslime)	1	2,0

Tabelle III: Konfliktlinien in den Gebietskörperschaften nach Einschätzung der Befragten

Wichtig ist hier zu bemerken, dass es sich bei den Aussagen um subjektive Einschätzungen der befragten Gremienmitglieder handelt, also keine objektive Aussage über schwelende Konflikte in den Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz zulässt. Damit ist auch die Thematik der Problemfeststellung in den Kommunen angesprochen.

Zukunftsvisionen für die kommunale Gewaltprävention

Die Gremienmitglieder wurden gefragt, was ihre Visionen für die Zukunft sind und wie sie gerne die gewaltpräventive Arbeit des Gremiums weiterentwickeln würden. Die Antworten sind in folgende Kategorien mit beispielhaften Aussagen gruppiert:

- **Ausbau der Aktivitäten** (26 %) allgemein oder in Form von neuen spezifischen Projekten oder Aktionen (z. B. in Schulen, Elternarbeit, Maßnahmen gegen Rechts und gegen islamischen Terrorismus) oder Ausbau bestehender Maßnahmen und Sicherung deren Nachhaltigkeit.
- **Verbesserung der Gremienarbeit** (22 %) durch mehr Ressourcen, verstärkte Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, innerorganisatorische Veränderungen (z. B. „weg von der umfassenden Einladung, mehr Gruppenarbeit für einzelne Bereiche“), zeitnahe Analyse von und Reaktion auf Probleme, Stärkung des Engagements der Mitglieder, Weiterbildung der Akteure, Thematisierung von „Zivilcourage im öffentlichen Dienst“.
- **Ausbau des Netzwerks** (15 %) entweder allgemein („mehr Kooperationspartner“) oder spezifisch durch Einbeziehung von Vereinen, Schulen, Bürgern, Jugend und Eltern, Wissenschaft, Stadtteilen oder durch Zusammenarbeit über die Grenzen der Gebietskörperschaft hinaus.
- **Verfolgen bestimmter inhaltlicher Ziele** (10 %): Gewaltreduktion, Erreichen mittelbarer Ziele auf dem Weg zur Gewaltprävention (z. B. „Förderung sozialer Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen“, Wertevermittlung), Integration (z. B. „Sprachkurse für muslimischen Frauen zur Stärkung ihrer sozialen Stellung“) und die Bekämpfung spezifischer anderer Probleme (z. B. Alkoholmissbrauch).
- **Grundsätzliche Veränderungen** (10 %) durch strukturelle Maßnahmen (z. B. in der Schule oder durch Arbeitsmarktpolitik), durch Institutionalisierung der Präventionsarbeit (z. B. „Präventionskoordination als Abteilung der Stadtverwaltung mit eigenen Haushaltsmitteln“), durch Vernetzung von Maßnahmen („Hilfe im konkreten Einzelfall in Zusammenwirkung aller beteiligten Personen“), durch Politikberatung der eigenen Verwaltung und des Landes durch die Gremien und letztlich durch „mehr Anerkennung der Prävention“.
- **Konsolidierung der Arbeit** (10 %): „kontinuierliche Fortsetzung der bisherigen Arbeit“
- **Verfolgen bestimmter methodisch-konzeptioneller Ziele** (3 %): Evaluationen und Qualitätssicherung, Erfahrungsaustausch, fundierte Analyse und Problemausrichtung der Maßnahmen, Erweiterung des Gewaltbegriffs auf psychische und strukturelle Gewalt.

Rahmenbedingungen für die kommunale Gewaltprävention

Welche Rahmenbedingungen müssten sich nach Meinung der befragten Gremienmitglieder ändern, damit sich ihre Visionen realisieren ließen? Die Befragten nennen folgende Bereiche:

- **Ressourcen** (30 %): finanzielle Ressourcen (18 Nennungen), personelle Ressourcen (8), zeitliche Ressourcen für vorhandenes Personal (5), Anreize für Engagement weiterer Institutionen schaffen (2)
- **Interne Rahmenbedingungen** (22 %) im Gremium und in den Mitgliedsinstitutionen: Veränderung der Arbeitsorganisation (5, z. B. „öffentliche Treffen“), grundsätzliche Änderungen (4, z. B. „neue Zielformulierung erarbeiten“, „Öffnung der Arbeit auch zu anderen Themengebieten als Dezernent und Leiter“), Stärkung des Engagements (4, z. B. „mehr Zusammenkünfte der Mitglieder“), mehr Außenwirkung (4, z. B. „mehr Sensibilisierung der Bevölkerung“, „mehr konkrete Krisenintervention im Einzelfall“), klare Verantwortlichkeit (3, z. B. „Bündelung von

Ressourcen in einer Abteilung/Büro“), Freiräume schaffen (2, z. B. für Mitarbeiter der Mitgliedsorganisationen), Fortbildung (2, z. B. „Fort- und Weiterbildung ermöglichen)

- **neue Akteure** (19 %): Schulen (8), Bürger (4), gesellschaftliche Gruppen und Institutionen (3), Kommune und Vereine (jeweils 2), Universitäten und Fachhochschulen (1)
- **strukturelle Veränderungen** (8 %): in Schule und Jugendarbeit (3), Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche (2), Gesetzesänderung (2, z. B. Stalking-Gesetz), gesellschaftspolitische Veränderungen (2, z. B. „Erhaltung des Sozialstaats vs. neoliberale Globalisierung“)
- **politische Veränderungen** (7 %): mehr Verständnis, Wertschätzung und Engagement auf politischer Ebene, weniger Polemisierung
- **Sonstiges** (3 %): Unterstützung durch die Leitstelle „Kriminalprävention“, Evaluationen, Veränderung von Einstellungen

7 % sind der Meinung, dass die Rahmenbedingungen keiner Veränderungen bedürfen. Die restlichen Prozentpunkte entfallen auf Bemerkungen, die sich nicht direkt auf die Frage beziehen.

Zusammenarbeitwünsche der kommunalen Gremien

Gefragt, mit wem sie sich eine bzw. mehr Zusammenarbeit wünschen, nennen 26 % der Befragten Schule und Institutionen der Jugendarbeit. Jeweils etwa 10 % wünschen sich eine Zusammenarbeit mit der Polizei und der Justiz bzw. mit den Kommunen und Landkreisen. Vereine stehen auf der Wunschliste von 8 % der Befragten, Religionsgemeinschaften und Einrichtungen der Familien- und Frauenarbeit von jeweils 6 %. Weiterhin werden genannt: Leitstelle „Kriminalprävention“ und andere kriminalpräventive Räte, Erziehungseinrichtungen und Kindergärten, Institutionen der Wissenschaft, der Migration und des Gesundheitswesens und letztlich Wirtschaft und Bürger.

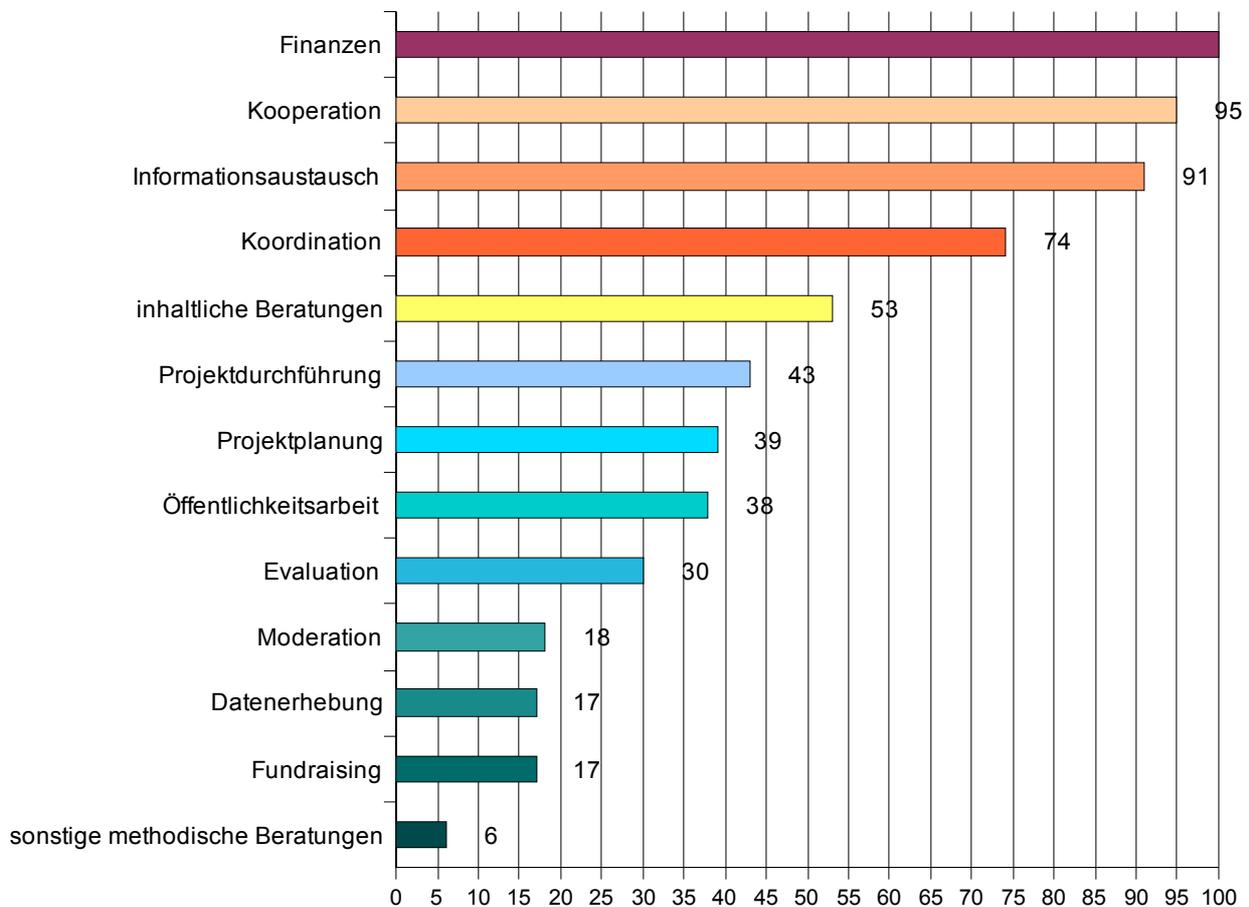
Unterstützungswünsche durch andere Akteure

Um die Arbeit der Gewaltprävention im Rahmen der kommunalen kriminalpräventiven Gremien weiterentwickeln zu können, stellt sich die Frage, welche anderen Institutionen die Gremien dabei unterstützen können.

Da die **Leitstelle „Kriminalprävention“** maßgeblich für die Betreuung der Gremien zuständig ist, ist von Interesse, wie ihr Unterstützungsangebot von den kommunalen Akteuren wahrgenommen wird. Dazu wurden die Befragten aufgefordert, zu folgender Aussage Stellung zu nehmen: „Das Unterstützungsangebot der Leitstelle „Kriminalprävention“ geht an den lokalen Bedürfnissen unseres kriminalpräventiven Gremiums vorbei.“ Die Auswertung der Antworten zeigt, dass die Befragten das Angebot im Durchschnitt als eher bedarfsangemessen beurteilen. Im Detail finden 14 %, dass das Angebot „nie“ an den lokalen Bedürfnissen vorbeigehe, knapp die Hälfte findet, dass das Angebot „selten“ bedarfsangemessen sei. „Manchmal“ bzw. „immer“ bedarfsangemessen finden es 35 % bzw. 5 % der Befragten. Leider nutzten nur 28 Befragte die Möglichkeit, ihre Einschätzung zu kommentieren. Am häufigsten wird der Bekanntheitsgrad des Angebotes und der fehlende Bezug zu den ländlichen Kommunen bemängelt. Weiterhin wird angemerkt, dass das Unterstützungsangebot zwar gut sei, aber aktiv aufgesucht werden müsse. Andere finden, dass es zu wenig Unterstützungsangebote gibt bzw. nur das finanzielle bekannt sei und der Praxisbezug fehle. Auch die Organisation des Angebotes sei verbesserungsfähig, so seien die Veranstaltungen z. B. zu schnell ausgebucht oder die Treffen würden meist in Mainz stattfinden, was ein Zuviel an Fahrzeit bedeute.

Weiterhin wurden die Gremienmitglieder gefragt, von welchen anderen Akteuren sie sich welche Form von Unterstützung wünschen. Bei den **Unterstützungsformen** wurde unterschieden zwischen inhaltlicher Unterstützung (Beratung/Schulung zu Gewaltprävention), methodischer und technischer Beratung oder Schulungen zu verschiedenen Themen (Datenerhebung, Projektplanung, Projektdurchführung, Wirkungsbeobachtung und Projektevaluation, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Moderation und Kommunikation in Gruppen), finanzieller Unterstützung sowie Informationsaustausch, Abstimmung und Koordination der Arbeit und gemeinsamer Organisation und Durchführung von Projekten. Bei den Akteuren wurden zur Auswahl gestellt: die Leitstelle „Kriminalprävention“ und der Landespräventionsrat, die politisch Handelnden auf kommunaler Ebene, die politisch Handelnden auf Landesebene, die Polizei sowie „andere Institutionen der Gewaltprävention“.

Die folgende Grafik veranschaulicht zunächst die Wünsche nach **Unterstützungsformen**:



Grafik VIII: **Unterstützungswünsche der kommunalen Akteure**

Folgende Tabelle schlüsselt die einzelnen **Unterstützungswünsche nach den Akteuren** auf, an die sich diese Wünsche richten:

	Leitstelle & Präventionsrat	Kommune	Land	Polizei	andere Institutionen	n
Informationsaustausch	23	25	12	11	20	91
Koordination	12	26	8	12	16	74
Kooperation	27	25	8	13	22	95
inhaltliche Beratungen	22	8	4	7	12	53
Datenerhebung	4	2	2	3	6	17
Projektplanung	14	10	2	4	9	39
Projektdurchführung	13	8	3	5	14	43
Evaluation	12	2	4	4	8	30
Öffentlichkeitsarbeit	7	14	7	4	6	38
Fundraising	6	4	6	1	-	17
Moderation	8	4	3	3	-	18
Finanzen	27	32	37	4	-	100
sonst. method. Beratungen	-	3	3		-	6
n	175	163	99	71	113	621

Tabelle IV: Unterstützungswünsche nach Adressaten

Insgesamt wünschen sich die Befragten also mehr methodische Unterstützung, und zwar v. a. von der Leitstelle „Kriminalprävention“ und dem Landespräventionsrat (außer Öffentlichkeitsarbeit, hier sehen die Befragten die Kommunen in der Pflicht). Als zentral wird weiterhin die finanzielle Unterstützung eingeschätzt, und zwar v. a. durch das Land, aber auch durch die Kommune. Weiterhin ist den Befragten daran gelegen in verstärkte Kooperation und verbesserten Informationsaustausch v. a. mit der Leitstelle, dem Landespräventionsrat und den Kommunen zu treten; die Koordination der Arbeit, v. a. mit der Kommune wird ebenfalls gewünscht. Auch inhaltliche Beratungen werden gewünscht, hier werden v. a. die Leitstelle und der Landespräventionsrat als Ansprechpartner gesehen.

Die Leitstelle „Kriminalprävention“ und der Landespräventionsrat werden also als zentral in der Unterstützung der Gremien gesehen. Von ihnen werden v. a. methodische und inhaltliche Beratungen erwünscht. Da die Mehrheit der Befragten aus der Polizei stammt, ist nicht verwunderlich, dass sich die wenigsten Wünsche an diese richten.

Im folgenden Unterkapitel werden die Ergebnisse aus den Befragungen und Analysen der Gewaltprävention in Ludwigshafen dargestellt.

3.3 Befragungen zur Gewaltprävention in Ludwigshafen

Die Stadt Ludwigshafen am Rhein beherbergt das älteste kriminalpräventive Gremium in Rheinland-Pfalz, welches in Regie von Stadtverwaltung und Polizei mit einer hauptamtlichen städtischen Geschäftsführerin und einem polizeilichen Stellvertreter agiert. Die Philosophie des Gremiums ist es, nicht nur auf Probleme zu reagieren, sondern vor allem primär-präventive Arbeit zu leisten. Insgesamt gilt die Arbeit des Gremiums als sehr engagiert und innovativ, was sich z. B. daran zeigt, dass seine Angebote auch außerhalb der Stadt stark nachgefragt werden. Für das Projekt „Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz“ empfahl sich das Gremium vor allem wegen dieser positiven Eigenschaften und seinem vorhandenen Entwicklungspotential – kombiniert mit den Herausforderungen, denen sich ein Oberzentrum wie Ludwigshafen ständig stellen muss.

In Ludwigshafen gestaltete sich also die Analyse der kommunalen gewaltpräventiven Aktivitäten umfassender als in den anderen Landesgebieten. Zunächst fanden Absprachen mit dem verantwortlichen Beigeordneten (Sozialdezernent), den Geschäftsführern des Rates für Kriminalitätsverhütung und dem Leiter der Kriminalinspektion statt. In mehreren Gesprächen wurde die Vorgehensweise abgestimmt. Weiterhin wurde eine Vielzahl von Dokumenten – Geschäftsordnung, Protokolle, Broschüren etc. - gesichtet. Das Vorhaben wurde öffentlich in der Plenumssitzung des Rates am 15. November 2006 vorgestellt, wo für eine aktive Teilnahme am Projekt geworben wurde.

Repräsentativ für den Rat für Kriminalitätsverhütung wurde jeweils ein Fragebogen entsprechend der landesweiten Erhebung an jeweils drei Vertreter/innen der Polizei, der Stadt und der im Gremium vertretenen freien Träger gesendet. Um ein Bild über die Lage in den Ortsteilen zu bekommen, wurden alle zehn Ortsvorsteher/innen der Stadt gebeten, einen eigens dafür entworfenen Fragebogen auszufüllen.

Anstelle der ursprünglichen Projektkonzeption wurde auf weitere Einzelgespräche verzichtet und stattdessen ein Workshop mit 30 Teilnehmer/innen veranstaltet, in dem Schritte für die Weiterentwicklung der gewaltpräventiven Arbeit in Ludwigshafen initiiert wurden. Der Workshop wurde bereits an anderer Stelle ausführlicher dargestellt.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragungen in Ludwigshafen in Kürze skizziert:

3.3.1 Befragung des Rates für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen am Rhein

Insgesamt gingen fünf Fragebögen in die Auswertung ein, wobei sich zwei Antworten spezifisch auf den „Arbeitskreis Gewalt gegen Frauen“ bezogen – diese Ergebnisse werden an geeigneter Stelle aufgeführt.

Ziele und Struktur des Rates für Kriminalitätsverhütung

Als **Ziel** des Gremiums werden allgemein die „Erhöhung der objektiven Sicherheitslage und des subjektiven Sicherheitsgefühls genannt“, der Arbeitskreis Gewalt gegen Frauen nennt detailliertere Ziele, wie z. B. Erfassen der Ursachen und Ausprägungen von Gewalt gegen Frauen, Sensibilisierung der Öffentlichkeit oder das Anbieten von Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen.

Die **Struktur** des Rates für Kriminalitätsverhütung lässt sich folgendermaßen beschreiben: Das Gremium besteht aus einem Plenum und fünf übergeordneten Arbeitskreisen, dem AK Kriminalitätslagebild, AK Sozialisation, AK Schule, Soziales und Polizei, dem AK Gewalt gegen Frauen und dem AK Innenstadt. Sie sind jeweils in unterschiedlichen Bereichen innerhalb der Stadtverwaltung bzw. bei der Polizei angesiedelt und manche vereinen unter ihrem Dach weitere Arbeitsgruppen. So ordnet sich beispielsweise die Projektarbeitsgruppe Argumentationstraining dem AK Sozialisation zu und die Projektarbeitsgruppe Anti-

Gewalt/Deeskalationstraining dem AK Gewaltprävention an Schulen. Das Plenum trifft sich zweimal im Jahr mit durchschnittlich 50-60 Teilnehmer/innen, die Arbeitsgruppen arbeiten kontinuierlich, tagen etwa vierteljährlich bis monatlich und setzen Projekte um. Neben dieser Grundstruktur sorgen eine Vorsitzende (die Bürgermeisterin) und zwei Stellvertreter (Beigeordneter und Polizeipräsident), die (hauptamtliche) Geschäftsführung und das Projektplanungsteam als Lenkungsausschuss, dem Vertreter aus Verwaltung, Polizei und freien Trägern angehören, für den notwendigen Antrieb.

Bezüglich der **Mitglieder** des Rates für Kriminalitätsverhütung fällt zunächst ihre große Anzahl und auch inhaltliche Breite auf: Institutionen und Personen aus den Bereichen Politik und Verwaltung, Polizei und Justiz, Frauen, Familie, Kinder, Jugend und Schule, Sport, Migration und allgemeine soziale Dienste sind ebenso vertreten wie z. B. Vertreter der Wirtschaft und Bildungsträger. Gerade auch der Arbeitskreis Gewalt gegen Frauen beherbergt eine Vielzahl unterschiedlicher Einrichtungen und kooperiert projektspezifisch auch mit eher „ungewöhnlichen“ Partnern wie z. B. mit Ärzten. So kommt es wohl auch, dass den Befragten insgesamt nur relativ wenige Akteure einfallen, die sich in der Stadt außerhalb des Gremiums auf dem gewaltpräventiven Felde tummeln, aber nicht in das Gremium eingebunden sind. Genannt wurden hier lediglich das „Netzwerk gegen Rechts“ sowie Institutionen aus den nicht näher beschriebenen Bereichen „Frieden“ und „Frauen“. Weiterhin kooperiert der Rat mit Akteuren außerhalb der Stadt, so z. B. mit dem kriminalpräventiven Gremium in Koblenz und dem Städtenetzwerk unter Mitarbeit des Deutschen Forums Kriminalprävention.

Inhalte und Methoden

Das Gremium beschäftigt sich mit vielen unterschiedlichen **Gewaltthemen** – genannt wurden derer 13: Gewalt in der Ehe bzw. Partnerschaft, Gewalt gegen Frauen, sexuelle Gewalt, Gewalt gegen Kinder in der Familie, Stalking, Gewalt in der Schule, andere Jugendgewalt, rechtsextreme Gewalt, Gewalt am Arbeitsplatz, Gewalt im Sport und bei Sportveranstaltungen, Gewalt auf öffentlichen Plätzen und Straßen, Gewalt im Straßenverkehr und Gewalt im Rahmen organisierter Kriminalität. Entsprechend sind auch die 11 **Zielgruppen** breit gestreut, unter ihnen befinden sich Jugendliche, Erwachsene, Senioren, die allgemeine Bevölkerung, Migranten/innen, Lehrer/innen, Multiplikatoren/innen und andere professionelle Gruppen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmer/innen sowie behinderte Menschen.

Neben konkreter **Projektarbeit**, etwa in den Projektarbeitsgruppen oder in Form von speziellen Kampagnen, bedient sich das Gremium unterschiedlicher **Methoden**. Dazu gehören Öffentlichkeitsarbeit, Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterialien, Medienproduktion, die Ausrichtung von informativen, kulturellen oder sportlichen Veranstaltungen und auch Ausstellungen. Weiterhin werden Vorträge und Seminare, Trainings, Workshops und sonstige Fortbildungen veranstaltet. Auch das Mainstreaming und die Beratung spielen eine Rolle. Umfassend werden die Zielgruppen auf der Wissens-, Einstellungs- und Emotionsebene angesprochen; die Vermittlung von Kompetenzen in den Bereichen der Konfliktbearbeitung, Zivilcourage und Selbstschutz werden gleichermaßen gefördert.

Bewertung der gewaltpräventiven Arbeit

Die Befragten bewerten das Gremium als durchweg **sehr aktiv** und wiesen u. a. auf die Arbeit in den Arbeitsgruppen und den regelmäßigen Austausch mit Kooperationspartnern hin. Die bestehenden Strukturen begünstigten eine aktive Präventionsarbeit, wie z. B. das Projektplanungsteam, das Inaktivitäten erst gar nicht entstehen ließe. Die **Themenauswahl** falle dem Gremium im Allgemeinen „leicht“.

Die Frage der Effektivität wurde nicht einstimmig beantwortet – dennoch sind alle Befragten der Meinung, dass die Gremienarbeit als **effektiv bis sehr effektiv** zu bezeichnen sei. Als Begründungen wurden die

gute Durchführung der Aktivitäten, die starke Nachfrage nach Angeboten und das positive Feedback, z. B. in Form von Eigenevaluationen genannt. Der AK Gewalt gegen Frauen betont die Existenz seines gut ausgebauten Netzwerkes und die zunehmende Bereitschaft von Institutionen, sich dem Thema Gewalt gegen Frauen anzunehmen. Weiterhin wurde konstatiert, dass viele Frauen erst aufgrund der Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgruppe die Polizei „einschalten“ würden.

Insgesamt nannten die Gremienmitglieder verschiedene **positive Aspekte** an der Arbeit des Rates für Kriminalitätsverhütung: Intern sei die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen, insbesondere auch der Stadtverwaltung und der Polizei, gut institutionalisiert, vertrauensvoll und sehr gut funktionierend – dadurch seien auch „kleine Dienstwege“ möglich. Weiterhin sei die Wirkung nach Außen sehr hoch und das Gremium würde vieles voranbringen. Die Arbeit wird zusammenfassend als „sehr wichtig“ und „alternativlos“ bezeichnet.

Die **subjektive Arbeitsbelastung** der befragten Gremienmitglieder fällt sehr unterschiedlich aus – auf die Aussage „manchmal wird mir das zuviel“ antworteten drei mit „stimme nicht zu“, eine Person stimmt „etwas“ zu, eine Person stimmt „voll und ganz“ zu. Allerdings fragt sich nur eine Person manchmal „ob sich die Netzwerkarbeit überhaupt lohne“, die anderen bezweifeln dies nicht.

Zukunftsperspektiven

Welche Entwicklungsmöglichkeiten sehen die Akteure für den Rat für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen? Wie würden sie die Arbeit gerne vorantreiben und welche Veränderungen oder Unterstützung wünschen sie sich hierfür?

Folgende „wichtige Bereiche der Gewalt in Ludwigshafen, denen momentan im Gremium nicht begegnet wird“ wurden u. a. genannt: Gewalt in Gaststätten, Diskos u.ä., Gewalt im Rahmen organisierter Kriminalität, Gewalt durch Staatsorgane, Gewalt in Pflege- und Gesundheitseinrichtungen, Gewalt am Arbeitsplatz, Gewalt durch Aussiedler/innen und Migranten/innen, Gewalt gegen Kinder in der Familie und Gewalt im Straßenverkehr. Hier waren sich die Befragten jedoch nicht einig und als Begründung, warum das Thema nicht bearbeitet wird, wurde z. B. auch genannt, dass es diesbezüglich keine Erkenntnisse gebe bzw. das Thema nicht relevant sei. Deshalb sind diese Aussagen mit Vorsicht zu genießen.

Als Konfliktlinien, die in Ludwigshafen „in naher Zukunft zu Gewalt führen könnten“ wurden v. a. genannt: Ausländer vs. Einheimische. Weitere Themen wie Arme vs. Reiche wurden jeweils nur von einer Person benannt. Die Einschätzung, dass sich der Rat für Kriminalitätsverhütung verstärkt dem Thema „Migration“ widmen sollte, wurde auch von den Teilnehmer/innen des Workshops vom 28. März 2007 (siehe Kapitel 2.3.2) geteilt und konkrete Aktivitäten sind diesbezüglich – initiiert durch die Kooperation mit der Klaus Jensen Stiftung – bereits in Vorbereitung.

Mehr Zusammenarbeit wünschen sich die Akteure mit den stadtdansässigen und Mannheimer Hochschulen, Erzieher- und mit weiteren Schulen, Vereinen, Bürgerinitiativen und der Suchberatungsstelle sowie mit der Justiz.

Zusammenfassend beschrieben ist die **Vision** der Befragten, Themen frühzeitig aufzugreifen sowie basierend auf einer fundierten Analyse mit mehreren Kooperationspartnern nachhaltige und evaluierte Projekte anzugehen und eine Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, die „intern und beim Bürger auch ankommt“. Dazu bedürfe es einer internen Entwicklung des Gremiums, z. B. durch eine kontinuierliche Weiterbildung der Akteure, ein besseres Verständnis und starken Willen auch der Vorgesetzten für eine „offensive Präventionspolitik“, Planungssicherheit bzgl. der zur Verfügung gestellten Ressourcen und mehr zeitliche Ressourcen für manche Mitarbeiter/innen.

Die von den Befragten geäußerten **Unterstützungswünsche** richten sich an

- die **Leitstelle „Kriminalprävention“** und den **Landespräventionsrat**. Gewünscht werden hier Informationsaustausch, Abstimmung und Koordination der Arbeit, gemeinsame Organisation von Projekten, inhaltliche Beratung sowie methodische Beratung bzgl. Wirkungsbeobachtung/Evaluation und Moderation/Kommunikation in Gruppen.
- die **politisch Handelnden auf kommunaler Ebene**. Von ihnen wird gewünscht: Informationsaustausch, Abstimmung und Koordination der Arbeit, finanzielle Unterstützung bzw. dauerhafte Förderung von Projekten über die aktuelle Tagespolitik hinaus. Weiterhin wurde methodische Beratung/Schulung zu Fundraising genannt und der Wunsch geäußert, auch die Politik solle sich selbst vom Gremium beraten lassen.
- die **politisch Handelnden auf Landesebene**. Von diesen wird Informationsaustausch, Abstimmung und Koordination der Arbeit, gemeinsame Organisation und Durchführung von Projekten, finanzielle Unterstützung, inhaltliche Beratung und methodische Beratung/Schulung zu Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising gewünscht.
- **andere Institutionen der Gewaltprävention**. Von diesen Akteuren wünschen sich die Befragten Informationsaustausch, Abstimmung und Koordination der Arbeit sowie methodische Beratung/Schulung durch z. B. Hochschulen zu Datenerhebung, Projektplanung und -durchführung, Wirkungsbeobachtung und Evaluation, Öffentlichkeitsarbeit sowie Moderation und Kommunikation in Gruppen.

Insgesamt wünschen sich die Befragten vor allem methodische Unterstützung, Informationsaustausch sowie Abstimmung und Koordination der Arbeit. Mit dem Wunsch, die Politik solle die Kompetenz der kriminalpräventiven Räte nutzen und sich auch durch diese beraten lassen, sprechen sie ein bedeutsames Thema an: In den kommunalen Gremien sind vielfältige Kompetenzen gebündelt, die genutzt werden sollten.

3.3.2 Befragungen der Ortsvorsteher/innen

Um ein Bild über die gewaltpräventiven Aktivitäten in den Stadtteilen zu bekommen, wurden den zehn Ortsvorsteher/innen Fragebögen zugesandt. Sechs der Zielpersonen beantworteten die Fragen.

Gewalt und Konfliktlinien in den Stadtteilen

Zusammenfassend beurteilten die Befragten ihre Stadtteile als relativ wenig gewaltbelastet – lediglich Vandalismus wurde von fünf Personen erwähnt, andere Gewaltformen wie Jugendgewalt, Gewalt auf öffentlichen Plätzen oder Einrichtungen, sexuelle Gewalt und Gewalt in der Familie wurde von nur jeweils ein bis zwei Befragten genannt. Auch Konfliktlinien, die in dem Ortsteil in naher Zukunft zur Gewalt führen könnten, werden wenig angegeben. Lediglich „Ausländer vs. Einheimische“ erhielt drei Nennungen, einmal wurden jeweils „Junge vs. Alte“, „Christen vs. Muslime“, „Gangs vs. Rivalen“ und „Alkohol in Verbindung mit Volksfesten“ genannt.

Gewaltpräventive Aktivitäten und Runde Tische in den Stadtteilen

Drei der Stadtteile haben einen Runden Tisch der Gewaltprävention, beteiligt sind dort z. B. die Polizei, Schulen, Kindergärten, Kirchen, Soziale und Jugendarbeit, Vereine, das Programm Soziale Stadt, eine Quartiersmanagerin, die Stadtverwaltung, eine Wohnungsgesellschaft sowie einzelne Bürger. Die Runden Tische treffen sich unterschiedlich häufig (1-5 Mal pro Jahr).

Als Ziele nannten die Befragten z. B. „Stärkung des sozialen Miteinanders im Quartier“ und allgemein das „Erkennen und Lösen von Problemen“. Die Zielgruppen sind Jugendliche (Banden), Migranten und Frauen, die thematisierten Gewaltbereiche sind Gewalt in der Schule, Gewalt durch jugendliche Gangs und andere Jugendgewalt, Vandalismus, Gewalt auf öffentlichen Plätzen und Straßen, Gewalt bei Sport und bei Sportveranstaltungen sowie Gewalt in Ehe/Partnerschaft und Gewalt gegen Kinder in der Familie.

Die Methoden, die die Runden Tische verwenden, sind Informationsaustausch, gezielte Beobachtung, Lageinformation und Befragung. Weiterhin werden Zielgruppen direkt angesprochen und es wird „gezielt Prävention“ betrieben.

Insgesamt werden die Einrichtungen positiv beurteilt, da sie zum Austausch zwischen verschiedenen Institutionen führten, „Eskalation zwischen Jung und Alt“ verhinderten und „Verständigung untereinander“ ermöglichten. Künftig würden zwei der Befragten gerne näher mit anderen Akteuren, so z. B. den Schulen zusammenarbeiten.

Alle bis auf ein Stadtteil haben Erfahrungen mit anderen Runden Tischen gemacht, z. B. zu Themen wie Vandalismus und Lärmbelästigung oder auch in einem Runden Tisch für Asylbewerber. Insgesamt wurden auch diese Initiativen als positiv und wirksam beurteilt. Neben organisierten Netzwerken wie Runden Tischen kooperieren drei der befragten Ortsvorsteher/innen mit stadtteilansässigen Schulen, alle mit der Polizei und alle bis auf eine/n mit anderen Institutionen wie z. B. Vereinen, einer Jugendfreizeitstätte oder dem Ordnungsamt.

Zwei der drei Stadtteile ohne Runde Tische der Gewaltprävention könnten sich die Einrichtung eines solchen vorstellen, schränkten dies jedoch ein („bei anstehenden Problemen“) bzw. äußerten die Befürchtung, dass daraus „geschlossen werden könnte, dass wir ein Problem im Stadtteil haben“, obwohl der Stadtteil einer der sichersten in Ludwigshafen sei. Einer/m Befragten schien der Bedarf für eine solche Initiative zu gering.

Gefragt nach ihrer Beurteilung des Rates für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen konstatierten alle befragten Ortsvorsteher/innen, dass sie sich über seine Arbeit ausreichend informiert fühlten. Zwei Befragte hatten zusätzliche, z. B. stadtteilbezogene Informationswünsche.

3.3.3 Zusammenfassende Bewertung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Rat für Kriminalitätsverhütung nach der Beurteilung der befragten Mitglieder – gestützt auf die Rückmeldung durch externe Akteure und die Einschätzung der Berichtverfasserinnen – ein vorbildhaft aktives, offenes und in der inhaltlichen Arbeit kritisch reflektierendes Gremium ist, dass sich auf ein breites Netzwerk stützt und vielfältige konkrete, gut durchdachte Projekte und Aktivitäten durchführt. Über deren gewaltpräventive Wirkung lässt sich aufgrund der vorliegenden Daten allerdings keine fundierte Aussage treffen, wobei immerhin zum Teil Eigenevaluationen vorliegen. Ein weiteres Entwicklungspotential liegt in der Erschließung neuer Themen – mit der Anberaumung einer Klausurtagung im September 2007 ist ein erster Schritt in diese Richtung getan. Die angestrebte Durchführung eines Modellprojektes wird auch reichlich Gelegenheit bieten, die Weiterentwicklung des Gremiums zu fördern, indem die Maßnahme durch inhaltliche und methodische Beratung und Schulung flankiert wird. Nicht zuletzt scheint die gewaltpräventive Arbeit in den Stadtteilen durch Runde Tische und deren Einbindung in den Rat für Kriminalitätsverhütung sinnvoll und möglicherweise auch ausbaubar.

3.4 Kriminalpräventive Gremien auf Verbandsgemeindeebene

Was zeichnet erfolgreiche kriminalpräventive Gremien auf Verbandsgemeindeebene aus? Was lässt sich aus der vertiefenden Analyse dreier beispielhaft ausgewählter Gremien, dem **Arbeitskreis Kriminalitätsverhütung Rennerod** und den **Kriminalpräventiven Räten der Verbandsgemeinden Saarburg und Gau-Algesheim** lernen? Inwieweit entsprechen sie den oben beschriebenen „aktiven, an Projekten arbeitenden Gremien“ (Kapitel 3.2.6)?

Alle drei Gremien bezeichnen sich als „aktiv“ und als in der Gewaltprävention „effektiv“. Sie alle beherbergen ein breites Spektrum an Mitgliedsorganisationen und besitzen neben einem Plenum, das vierteljährlich bis jährlich tagt, fest installierte oder zeitlich begrenzt arbeitende Arbeitskreise. In Rennerod gibt es zusätzlich einen Arbeitsausschuss als Exekutivgruppe. Die Gremien erfahren die Unterstützung durch die politische Spitze, so moderieren in allen Gremien die Bürgermeister die Plenumssitzungen. Auch insgesamt scheint es in den jeweiligen Verbandsgemeinden ein reges soziales Engagement zu geben, dass von vielen Institutionen getragen wird. Dabei verstehen sich die Gremien vor allem als Orte, in denen es „bereits bestehende Präventionsangebote zu unterstützen und zu sichern und weitere Maßnahmen zu platzieren“ gilt (Gau-Algesheim) oder beschreiben sich als „Netzwerk, in dem alle für die Präventionsarbeit relevanten Stellen die Gelegenheit haben, ihre Möglichkeiten und Ideen einzubringen und die Probleme gemeinsam anzugehen“ (Saarburg). In zwei der Gremien geht die Zusammenarbeit stark über die Verbandsgemeindegrenzen hinaus.

Die Gremien arbeiten alle an unterschiedlichen Themen, haben jedoch vor allem Jugendliche (oder auch Kinder) als Zielgruppe. In Rennerod und Saarburg spielt zudem die Integrationsarbeit in Bezug auf Migranten/innen und Aussiedler/innen eine große Rolle. Integration wird dabei als gemeinschaftliche Aufgabe aufgefasst, die ein „wechselseitiger Prozess“ ist und „von unten wachsen“ muss (Rennerod).

Bei den Aktivitäten wird darauf geachtet, dass nicht nur über die jeweiligen Zielgruppen geredet, sondern dass mit ihnen zusammengearbeitet wird. Beispielhaft seien die Initiative des „Christlich-Muslimischen Dialogs“ und die Organisation der „Rocknacht“ in Rennerod genannt. Bei letzterer geht es v. a. darum, den Jugendlichen Verantwortung zu übertragen, ihnen Vertrauen zu schenken und sie selbst als Vorbilder agieren zu lassen.

Das Angebot der Gremien bedient sich eines breiten Spektrums, so werden nicht nur Informationsabende und „Events“ veranstaltet, sondern es bestehen auch Bemühungen, Projekte und Präventionsarbeit langfristig zu verankern. So verspricht man sich z. B. in Gau-Algesheim Fortschritte durch die Einrichtung einer Schulsozialarbeiterstelle, in Saarburg gelang die Schaffung dauerhafter Strukturen, wie z. B. Jugendräumen oder die Reaktivierung eines Spielplatzes als Begegnungsstätte von Jung und Alt, Einheimischen und Zugewanderten. In Rennerod wird derzeit zur Mobbing-Prävention ein Programm implementiert, in dem Schüler/innen als Busbegleiter/innen ausgebildet und eingesetzt werden. Der Themenbereich Gewalt in engen sozialen Beziehungen findet bei zwei der Gremien Berücksichtigung.

Die drei genannten Gremien zeichnet insgesamt ein Verständnis von Gewaltprävention als v. a. primäre Prävention aus. So sieht man z. B. in Rennerod die „gemeinwesenorientierte Primärprävention im Sozial- und Jugendbereich; punktuell anlassbezogene Sekundärprävention“ als Ziel des Gremiums, „soziales Lernen“ wird als zentrales Element in der Arbeit in Saarburg wahrgenommen - es gelte zu handeln „bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist“, nach dem Motto „Vorbeugen ist besser als heilen“.

Ganz **unterschiedlich** verhält es sich in den drei Verbandsgemeinden bei folgenden Dingen: auf ein festes Budget für die Präventionsarbeit kann nur eine zurückgreifen, die anderen beiden finanzieren sich ausschließlich über Zuschüsse, Spenden und Sponsoring. Auch die Formalisierung der Zusammenarbeit ist unterschiedlich – so gibt es nicht überall eine ausgearbeitete Geschäftsordnung. Die Gremien werden

von einem hohen Maß an ehrenamtlichem Engagement getragen. So zeichnet sich etwa der Arbeitskreis für Kriminalitätsverhütung in Rennerod dadurch aus, dass ein Großteil des Engagements von einer Person – einer ehemaligen Lehrerin und ehrenamtlichen 1. Beigeordneten der Verbandsgemeinde - getragen wird. Unterstützt durch den Sozialarbeiter der Verbandsgemeinde schafft und hält sie Kontakte, initiiert Projekte etc. Danach gefragt, wie ihr Engagement von außen unterstützt werden könnte, nannte sie die Bereitstellung von „Handlungskonzepten“ als bedeutsam. So könnten kommunale Gremien bei der Bearbeitung von neuen Themen auf einen Erfahrungsschatz aus Wissenschaft und Praxis zurückgreifen und müssten das Rad nicht neu erfinden. Hierzu seien konkrete Unterstützungsangebote erforderlich.

Weitere beispielhafte positive Merkmale und Aktivitäten in den einzelnen Gremien: In der Verbandsgemeinde Rennerod besteht eine gute Zusammenarbeit mit den Ortsbürgermeister/innen, wodurch Themen schon vor Ort aufgegriffen werden können. In der Verbandsgemeinde Saarburg gab und gibt es vielfältige Maßnahmen in den Schulen, so gab es beispielsweise mehrere Schülerbefragungen, die Projekte PIT, IGEL, Streitschlichtung, Lehrerfortbildung für Mobbing, Schulsozialarbeit etc. In der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim finden Selbstbehauptungskurse speziell für Jungen und Mädchen statt und eine regelmäßige Rubrik im Amtsblatt informiert über Ansprechpartner.

Insgesamt lässt sich aus dieser Betrachtung folgendes schließen: Eine erfolgreiche kommunale Gewaltprävention braucht ein grundlegendes Verständnis von primärer Präventionsarbeit, eine gute und breite Vernetzung, aktive und engagierte professionelle und ehrenamtliche Mitglieder sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Zielgruppen. Die Rückendeckung aus der Politik und ein Zugang zu einem Minimum an finanziellen Ressourcen sind bedeutsam.

Neben ein paar Grundvoraussetzungen kann die konkrete Arbeit dann ganz unterschiedlich aussehen – ob z. B. von Hauptamtlichen innerhalb ihrer Stellenbeschreibung organisiert oder rein ehrenamtlich getragen, ob mit oder ohne Geschäftsordnung – diese Dinge sind letztlich sekundär. Darauf hinzuweisen ist allerdings, dass ein zu starker Verlass auf einzelne Personen ohne eine Form von Institutionalisierung mit großer Wahrscheinlichkeit darauf hinausläuft, dass die Aktivitäten nach Ausscheiden dieser Person zusammenbrechen. Dies würde meist zu erheblichen Verlusten führen – auch an bisher Erreichtem und an Know-how.

Mit diesem Abschnitt ist die Analyse kommunaler kriminalpräventiver Gremien abgeschlossen. Das folgende Unterkapitel stellt die Ergebnisse aus der Befragung der Gebietskörperschaften ohne offiziell registrierte kriminalpräventive Gremien vor.

3.5 Befragung der Gebietskörperschaften ohne kriminalpräventive Gremien

Neben den 90 Gebietskörperschaften, die zur Zeit der Befragung bei der Leitstelle „Kriminalprävention“ registrierte kriminalpräventive Gremien haben, wurden die (Ober-)Bürgermeister/innen aller anderen Verbandsgemeinden, Städte und verbandsfreien Gemeinden angeschrieben mit der Bitte, einen Fragebogen zu gewaltpräventiven Aktivitäten auf kommunaler Ebene auszufüllen. Zusätzlich wurden die Jugendpfleger/innen der Landkreise angeschrieben. Insgesamt wurden 146 Fragebögen versendet – 35 Adressaten reagierten auf die Anfrage und sandten einen ausgefüllten Fragebogen zurück.¹³ Die Rücklaufquote beträgt damit 24 %. Von den Befragten stammen 19 aus der kommunalen politischen Spitze (zumeist Bürgermeister/innen), 12 aus der Sachbearbeitungsebene (v. a. Ordnungsamt) und vier aus der Jugendpflege.

3.5.1 Gewalt und Konfliktlinien in den Kommunen

Insgesamt nannten die Befragten wenige Gewaltbereiche und Konfliktlinien, die ihrer Meinung nach in ihrer Kommune eine Rolle spielen. Jeweils 16 Befragte nannten Jugendgewalt und Gewalt an Schulen, jeweils 10-14 Befragte nannten Gewalt durch Aussiedler/innen, Gewalt gegen Kinder, Gewalt in Ehe und Gewalt auf öffentlichen Plätzen. Acht Personen konstatierten Gewalt gegen Frauen, rechtsextreme Gewalt und Gewalt in Gaststätten, während Gewalt im Straßenverkehr, Gewalt durch Migranten/innen und sexuelle Gewalt von sechs Personen genannt wurden. Vier bzw. fünf Befragte erwähnten Gewalt durch jugendliche Gangs und Gewalt im Sport, für nur jeweils zwei Personen ist Gewalt am Arbeitsplatz, in Pflege- und Gesundheitseinrichtungen und Gewalt durch organisierte Kriminalität in ihrer Kommune ein Thema. Weitere Nennungen betrafen Gewalt bei öffentlichen Veranstaltungen, z. B. Festen, zwei Befragte merkten an, dass es „keine nennenswerten“ bzw. „in den letzten Jahren keine bekannten“ Gewalttaten gebe.

Die Befragten sehen v. a. die Konfliktlinie Ausländer vs. Einheimische als in ihrer Kommune bedeutsam (12 Nennungen), sieben nannten Gangs vs. Rivalen. Weiterhin erhielten nur die Konfliktlinien Jung vs. Alt, Arme vs. Reiche, Arbeitende vs. Arbeitslose und Christen vs. Muslime jeweils eine bis vier Nennungen.

3.5.2 Gewaltprävention in den Kommunen

Von den 35 Befragten gaben 19 (54 %) an, dass ihre Institution im Bereich der Gewaltprävention tätig sei. Folgende spezifische Institutionen wurden genannt: Arbeitskreis zur Förderung der öffentlichen Sicherheit in der Verbandsgemeinde, Runder Tisch mit Polizeiinspektion, Jugendpfleger, Schulen und Ordnungsamt, Regionaler Arbeitskreis Sucht- & Gewaltprävention Bitburg-Prüm sowie der AK Gewaltprävention der Stadt Trier und des Kreises Trier-Saarburg. Weitere nannten Vernetzungen mit anderen Institutionen zum Zwecke der Gewaltprävention („die mir bekannten Gremien bewirken zu wenig, flexible Projektarbeit bevorzugt“), ehemals existierende Gremien oder andere Aktivitäten.

Insgesamt werden folgende **Themen** genannt, mit denen sich die Institutionen beschäftigen: Jugendgewalt (14 Nennungen), Gewalt in der Schule (13), rechtsextreme Gewalt und Gewalt auf öffentlichen Plätzen (jeweils 9), weiterhin Gewalt gegen Kinder, Gewalt durch jugendliche Gangs, Gewalt in Gaststätten (5 bzw. 4 Nennungen), Gewalt durch Migranten/innen bzw. Aussiedler/innen (3), Gewalt im Straßenverkehr und Gewalt gegen Frauen (jeweils 2) sowie Gewalt in der Ehe bzw. in Partnerschaften, Gewalt im Sport und Gewalt durch nicht-jugendliche Gangs (jeweils 1 Nennung).

Die Institutionen leisten vor allem Öffentlichkeitsarbeit (15 Nennungen), organisieren Informationsveranstaltungen (12) und machen Medienarbeit, bieten aber auch Beratung und Trainings an (9). Kultur- und Sportveranstaltungen sowie Vorträge werden von jeweils fünf bis sechs befragten

Institutionen organisiert, seltener sind das Erstellen von Informationsmaterialien, Ausstellungen oder das Mainstreaming (jeweils 4). Fortbildungsveranstaltungen bieten drei Institutionen an, Medien zum Zwecke der Gewaltprävention produziert eine. Als weitere Methoden wurden genannt: Ansprechen und Thematisieren von gewalttätigem Verhalten, Befragungen, Anti-Bullying-Strategie, Einsatz kommunaler Vollzugsbeamter, Konfliktlösungstraining, Multiplikatorenschulungen und Kooperationsübungen.

Vor allem die Vermittlung von Konfliktbearbeitungskompetenzen, Wissen und das Ändern von Einstellungen spielen bei den Akteuren eine Rolle (12 bis 10 Nennungen). Aber auch die emotionale Ebene sowie die Förderung von Zivilcourage- und Selbstschutzkompetenzen werden berücksichtigt (8-6 Nennungen). Weiterhin wird die „Arbeit an realen Konflikten aus der Lebenswelt der Jugendlichen“ genannt.

15 der befragten Gebietskörperschaften geben an, **Projekte** im Bereich der Gewaltprävention zu haben. Als Beispiele werden bestimmte Gremien genannt (siehe oben), Projekte im Bereich Jugend und Schule (z. B. Streitschlichtung, Midnight-Ball, EASI), Aktionswochen, Projekte zu den Themen Integration und Jugendschutz (Alkoholmissbrauch).

Kooperationen und Netzwerke

Von den Gebietskörperschaften mit Aktivitäten in der Gewaltprävention kooperieren 11 mit anderen Akteuren außerhalb ihrer Institution, v. a. aus den Bereichen Jugend (Jugendpflege, Schulen) und Polizei (z. B. Polizeidirektion, Jugendbeauftragte, LKA). Weitere Kooperationspartner finden sich in der Wirtschaft, in Initiativen gegen sexuelle Gewalt, dem Kinderschutzbund, der „Aktion gegen Rechts“, der Justiz sowie der Universität. Die meisten Kooperationen finden auf Landkreisebene und im Landesgebiet statt.

61 % der Befragten kennen weitere Akteure der Gewaltprävention in ihrer Kommune bzw. Gebietskörperschaft oder in ihrer Umgebung. Auch hier sind Jugendarbeit und Schulen stark vertreten, weiterhin kirchliche und soziale Einrichtungen. Daneben werden die Polizei, Runde Tische und kriminalpräventive Gremien, Sportangebote, Initiativen gegen Rechts, Kinder- und Frauenarbeit, Bildung, Feuerwehr, Kreisverwaltung und andere genannt.

Bewertung der gewaltpräventiven Arbeit durch die Akteure

Von 19 Gebietskörperschaften mit Aktivitäten im Bereich der Gewaltprävention hielten fünf bzw. sieben ihre Arbeit für „etwas effektiv“ bzw. „effektiv“, eine Person beurteilte die Arbeit als „sehr effektiv“; drei Befragte machten keine Angabe.

Die Einschätzungen wurden mit positiven oder auch nicht vorhandenen Veränderungen in den Problembereichen begründet, mit dem Feedback z. B. aus der Bevölkerung oder auch mit der vorhandenen Aktivität und den Angeboten der Institution. Manche wiesen auch darauf hin, dass eine Bewertung der Effektivität noch nicht oder nur sehr schwer vorzunehmen sei.

3.5.3 Zukunftsperspektiven

Die **Zukunftsvisionen** der Befragten der Gebietskörperschaften mit gewaltpräventiven Aktivitäten lassen sich auf einem Kontinuum von „Konsolidierung der bisherigen Arbeit“ bis zur Initiierung „komplexer sozialer Veränderungen“ anordnen. Manche möchten gerne die Arbeit wie bisher fortführen und weiterhin Aufklärungsarbeit leisten oder die bestehenden Angebote ausbauen. Einige wünschen sich stärkere Vernetzung und Kooperation mit anderen Institutionen (z. B. „Kommunikationsrunden als Frühwarnsystem“) und neue oder bessere Angebote (z. B. „Soforthilfe für Gewaltopfer“). Die Jugend liegt vielen am Herzen: ihnen sollen „Perspektiven“ gegeben und „Mut“ gemacht werden, indem ihnen z. B. Beschäftigungsangebote gemacht oder Angebote geschaffen werden, in denen sie sich wieder finden. Die Erwachsenen sollten ihnen als Vorbild dienen und Gewaltfreiheit einfordern, die Kommunikations- und Konfliktbereitschaft sollte gefördert werden. Allgemein sollte die Jugendarbeit weiterentwickelt, „Fremde“ und „sozial Schwache“ unterstützt werden. Weiterhin wurde mehr Aufsicht in Schulen und auf öffentlichen Plätzen gefordert.

Als **Rahmenbedingungen**, um diese Visionen realisieren zu können, fordern die Befragten mehr Ressourcen (v. a. finanzielle, aber auch Freistellung von Personal), Fortbildung des Personals, mehr Informationen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, verstärkte Jugendarbeit (z. B. Anlaufstellen am Wochenende, Alternativen aufzeigen und anbieten, Zukunftsperspektiven geben) sowie verstärkte Kooperation, in etwa mit Justiz, Polizei, Jugendamt und Sozialarbeit, Wirtschaft, Ärzten, Vereinen, Kirchen, Beratungs- und Hilfezentren, muslimischen Organisationen, kriminalpräventiven Gremien und anderen Kommunen.

Den meisten Befragten ist die **Einrichtung „kriminalpräventives Gremium“** ein Begriff (83 %), die Mehrheit hat sich schon etwas (54 %) oder gar intensiv (17 %) damit beschäftigt. 22 Personen können sich vorstellen, ein kriminalpräventives Gremium einzurichten. Vier schränkten ihre Aussage dahingehend ein, dass derzeit kein Bedarf bestünde (z. B. „z. Zt. halten wir die Arbeit des Jugendpflegers und des Kontaktbeamten der Polizei für ausreichend“) bzw. wären bereit, ein Gremium einzurichten, falls sich ein Bedarf abzeichne. Ein/e Befragte/r kann sich die Einrichtung eines solchen Gremiums vorstellen, falls dies von der Politik erwünscht sei. Zehn Befragte können sich die Einrichtung eines solchen Gremiums nicht vorstellen, zwei gaben keine Auskunft. Ein/e Befragte/r gab an, dass die Einrichtung eines Gremiums für 2007 geplant sei und Unterstützung durch die Leitstelle „Kriminalprävention“ bereits stattfindet.

Insgesamt formulieren 26 der Befragten **Unterstützungswünsche** durch die Leitstelle „Kriminalprävention“ in Form von Informationsaustausch, 19 wünschen sich inhaltliche Beratungen, 16 Kooperation, 13 Koordination der Arbeit. Eine Person wünscht finanzielle Unterstützung. Am häufigsten wurden insgesamt Unterstützungsangebote in Form von methodischen Beratungen gewünscht (39; Mehrfachnennung), v. a. Angebote zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Projektplanung, weiterhin zur Datenerhebung, Projektdurchführung und Evaluation, zum Fundraising sowie zur Moderation und Kommunikation in Gruppen. Insbesondere Informationsaustausch wurde auch von vielen Befragten gewünscht, die sich keine Einrichtung eines Gremiums vorstellen können.

3.6 Andere Gremien und Initiativen der Gewaltprävention

Aus den Fragebogenuntersuchungen und den weiteren Recherchen ergaben sich einige Erkenntnisse, was Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz durch „andere“ Gremien, Institutionen und Initiativen anbelangt. Insgesamt lässt sich sagen, dass es in Rheinland-Pfalz eine schier unüberblickbare Vielfalt an Akteuren und Aktivitäten in der Gewaltprävention gibt. Auch das vorliegende Projekt konnte hier keine erschöpfende Bestandsaufnahme leisten. Die präsentierten Ergebnisse sind deshalb zwangsläufig lückenhaft und exemplarisch. Einige Erkenntnisse seien im Folgenden skizziert:

3.6.1 Soziale Einrichtungen, Jugendarbeit und Schulen

Im gesamten Bundesland gibt es eine Vielzahl an **sozialen Einrichtungen, freien Trägern und Institutionen der Jugendarbeit**, die Gewaltprävention betreiben. Sie tun das entweder mit explizit auf Gewaltprävention ausgerichteten Projekten, mehr aber noch implizit durch ihr allgemeines Wirken. Entsprechend dem Ausdruck „eine gute Sozialpolitik ist eine gute Präventionspolitik“ könnte man hier sagen: „eine gute Sozialarbeit ist eine gute Präventionsarbeit“. Maßnahmen der Familienhilfe, Erziehungsberatung und Jugendfreizeitangebote können alle unter bestimmten Bedingungen dazu beitragen, Gewaltbereitschaft zu reduzieren, indem sie auf einige Wurzeln von Gewalt zielen. Solche Maßnahmen sind *auch* und nicht ausschließlich gewaltpräventiv, ihre Wirkung eher unspezifisch in dem Sinne, dass sie vielfältige positive Auswirkungen auf die Lebenslagen der Betroffenen und das soziale Miteinander haben. Dass sie *auch* gewaltpräventiv sind, sollte trotzdem nicht dazu führen, sie dieser Zwecklogik zu unterwerfen – sie haben eine weiter greifende Legitimation im Sinne einer allgemeinen sozialen Verantwortung.

Weiterhin sind in diesem Feld **Bildungs- und Erziehungseinrichtungen** zu nennen, seien es Kindertagesstätten und Kindergärten, Grundschulen, weiterführende Schulen oder Berufsbildende Schulen. Ihr Hauptauftrag liegt wiederum nicht in der Gewaltprävention – dennoch leisten einige von ihnen dazu einen ganz wesentlichen Beitrag. Die gewaltpräventiven Aktivitäten in diesem Bereich umfassen Einzelveranstaltungen oder Projektwochen über längerfristige Projekte und Programme wie z. B. Streitschlichtung.

Wie Gewaltprävention und Integration nicht nur projekthaft, sondern strukturell verankert werden kann, macht beispielhaft die **Regionalschule Sohren-Büchenbeuren** im Rhein-Hunsrück-Kreis vor. Sie stellte sich in den 1990er Jahren der Herausforderung, statt bislang unter 200 über 750 Schüler/innen betreuen zu müssen, darunter etwa 60 % Aussiedler/innen und über 10 % Migranten/innen. Der Konrektor der Schule initiierte daraufhin tief greifende Veränderungen, wie dem Ausbau zur Ganztagschule und der Einrichtung integrativer Sprachkurse, der Umstrukturierung von Klassen zu Lerngruppen, der Einstellung einer Lehrerin mit Aussiedlerhintergrund, der gemeinsamen Erarbeitung eines Sanktionskatalogs mit den Schüler/innen und der Verleihung eines „Oskars“ für Höflichkeit und Pünktlichkeit bei der offiziellen Zeugnisvergabe. Daneben wurden auch Netzwerke in der Region geknüpft. Seit 1998 werden Handwerker einbezogen, um die Jugendlichen in den „Arbeitsweltorientierten Gruppen“ in Form von Praktika zu betreuen. Auch ein externer Hauptschulabschluss wurde möglich gemacht. Der Ansatz wurde von der Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftliche Forschung und Weiterbildung an der Universität Trier begleitet. Heute sind an der Schule fünf Sozialarbeiter tätig und das Jugendamt hat regelmäßig eine Sprechstunde vor Ort. Auch die Zusammenarbeit mit der Polizei funktioniert gut, insbesondere durch den Einsatz von Jugendsachbearbeiter der Polizei.

Die Aktivitäten begrenzen sich nicht auf die Schule: Initiiert wurden weiterhin die Einrichtung eines Jugendzentrums und die regelmäßige Veranstaltung von „Fachgesprächen“, koordiniert durch das Jugendamt, in denen Problemlagen von und durch Jugendliche besprochen werden. Als ein Ergebnis dieser Gesprächsrunden wurden z. B. Kontaktlehrer qualifiziert, die dem Jugendamt Hinweise zu Gewaltproblematiken geben. Aus den Fachgesprächen ist zudem der „Arbeitskreis konzertierte Aktion“ erwachsen, in ihm sind u. a. IHK, Schulen, Berufsbildende Schule und die Arbeitsagentur vertreten.

Dieses Beispiel zeigt, wie zusätzliche Hilfsangebote und strukturelle Veränderungen durch engagierte und kreative Personen gestaltet werden können. Die Schulen ganzheitlich und als Teil der Gesellschaft zu sehen und wesentliche Schnittstellen zu gestalten, das scheint ein äußerst viel versprechender Ansatz, auch für die Gewaltprävention.

3.6.2 Eigenständige Bereiche der Gewaltprävention und Friedensarbeit

Neben den oben angesprochenen Institutionen und Einrichtungen, die durch ihr allgemeines sozialgesellschaftliches Engagement einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz leisten, gibt es im Bundesland wie auch im gesamten Bundesgebiet zahlreiche Organisationen und Initiativen, die sich der Prävention spezifischer Gewaltthemen oder auch der Friedensarbeit allgemein widmen.

Zum einen seien die vielfältigen **Angebote gegen Gewalt gegen Frauen und Gewalt in engen sozialen Beziehungen** (GesB) genannt. Neben der traditionellen Frauenhausbewegung mit ihren Einrichtungen und weiteren Hilfsangeboten, wie etwa Frauennotrufe, gibt es seit dem Jahr 2000 das „Rheinland-Pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ (RIGG).¹⁴ In ihm sind lokale und regionale Runde Tische zusammengeschlossen. Einige dieser Bündnisse sind älter als die kommunalen kriminalpräventiven Gremien, jedoch teilweise an diese angegliedert. Beispielhaft für diese Runden Tische seien der AK Gewalt gegen Frauen in Ludwigshafen oder der Runde Tisch „Häusliche Männergewalt gegen Frauen“ in Frankenthal genannt. Diese Initiativen basieren häufig auf einem großen, breit angelegten Netzwerk und arbeiten erfolgreich und mit viel Elan.

Weitere unabhängige oder teilweise mit kriminalpräventiven Gremien koordinierte Netzwerke in Rheinland-Pfalz sind auf unterschiedlichen Ebenen der Gebietskörperschaften zu finden, so z. B. auf **Landkreisebene**. Zu nennen wären hier beispielhaft der AK Gewaltprävention des Landkreises Trier-Saarburg, der zwar eine Anbindung an den kriminalpräventiven Rat der Stadt Trier hat, jedoch weitgehend unabhängig agiert und v. a. durch sein vielfältiges Angebot im Rahmen der so genannten Gewaltpräventionswochen bekannt ist. Ein anderes Beispiel sind die Präventionswochen des Landkreises Südliche Weinstraße unter Federführung des Kreisjugendamtes.

Auch auf **Stadtteilebene** gibt es eigene Initiativen und Runde Tische; die in den Ludwigshafener Stadtteilen wurden bereits an anderer Stelle vorgestellt. Häufig haben diese Maßnahmen eine allgemeine soziale oder integrative Orientierung und finden in Verbindung mit dem **Programm Soziale Stadt**¹⁵ statt, so z. B. der Runde Tisch Wittlich-Bombogen. Diese Initiative verfolgt das Ziel, Bewohner/innen und v. a. Jugendliche mit Migrations- und Aussiedlerhintergrund zu integrieren. In diesem Zusammenhang sei auch das Instrument des Quartiersmanagement genannt, praktiziert z. B. in Trier und Mainz.

Eine besondere Erwähnung verdient die beispielhafte Initiative der „**Thérapie Sociale**“ (TS)¹⁶ in der Stadt **Germersheim**. Sie fand in den Jahren 2003 und 2004 unter Leitung von drei ausgebildeten „Therapeuten“ und mit Finanzierung durch EU-Mittel statt. Die TS wurde als Ansatz der Konfliktbearbeitung in den französischen Vorstädten durch Charles Rojzman entwickelt mit dem Ziel, durch Abbau von Vorurteilen und Partizipation ein gewaltfreies interkulturelles Zusammenleben in Kommunen bzw. Stadtteilen zu ermöglichen.

Nach diesem Konzept wurde in Germersheim zunächst eine „Pilotgruppe“, bestehend aus Vertreter/innen „höherer Hierarchieebenen“ (u. a. Sozialdezernent, Polizei, Leiter des Internationalen Bundes), gebildet. Sie gab dem Projekt den Titel: „Jung sein in Germersheim – Chancen und Gefahren“. Die daraufhin gebildete „Kooperationsgruppe“ setzte sich aus einem „Querschnitt der Bevölkerung“ zusammen nach den Kriterien der Nationalität, des Alters, Geschlecht und Institution. So waren in ihr etwa die Frauenbeauftragte, ein Schulsozialarbeiter, ein junger russlanddeutscher Vater, eine gläubige türkische Hausfrau und Mutter, eine deutsche, pensionierte Grundschullehrerin sowie russlanddeutsche, türkische und deutsche Jugendliche mit unterschiedlichen Hintergründen vertreten. Als eine Besonderheit dieses Ansatzes bekamen die Ehrenamtlichen einen Vertrag und wurden bezahlt. Die Gruppe traf sich fünfmal jeweils zwei Tage lang und arbeitete unter Anleitung der Sozialtherapeuten, baute Vorurteile ab und besprach auch heikle Themen. Zusätzlich wurden „Zeugengruppen“ eingeladen, die weitere Informationen zur Verfügung stellten. Zum Abschluss des Projektes wurden „Empfehlungen zur Verbesserung des Zusammenlebens“ in Germersheim erarbeitet. Das Projekt wurde durch jeweils eine offene und offizielle Veranstaltung eingeraht. Die Umsetzung der Empfehlungen wurde in die Hände der Pilotgruppe gelegt, aber auch andere Beteiligte wurden hier aktiv, so z. B. eine türkische Jugendliche, die nun eine multinationale Mädchensportgruppe anbietet.

Das Konzept der TS und die Anwendungserfahrungen in Germersheim als bisher einzigem Ort in Deutschland, in dem der Ansatz auf breiter Ebene durchgeführt wurde, machen den Ansatz für die kommunale Gewaltprävention äußerst interessant.

Als weitere Akteure der Gewaltprävention in den Kommunen sind die **Bündnisse und Initiativen gegen Rechts** zu nennen. Sie sind nur äußerst selten in kommunale Gremien eingebunden. Auch **Akteure der Friedensarbeit** wie z. B. die lokal und regional agierende AG Frieden in Trier oder die überregional aber auch national wirkenden Organisationen wie EIRENE Internationaler christlicher Friedensdienst in Neuwied, das Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK) in Wahlenau sowie auch die Klaus Jensen Stiftung sind bislang wenig in den kommunalen kriminalpräventiven Gremien vertreten.¹⁷ Dies liegt sicherlich auch daran, dass die „Friedensszene“ im Vergleich zu der „Kriminalpräventionsszene“ andere Hintergründe hat, unterschiedliche Diskurse führt und sich jeweils unbekannter Begrifflichkeiten bedient. Während die Friedensarbeit stark zivil- bzw. bürgergesellschaftlich organisiert ist und meist eine internationale Ausrichtung hat, ist die Kriminalprävention stark staatlich und national orientiert. Während es den einen vor allem um Konflikte, „Zivile Konfliktbearbeitung“ und „Gewaltfreiheit“ geht, reden die anderen häufiger von „Sicherheit“ und „Kriminalitätsverhütung“.

Die **Friedensszene** ist auf zivilgesellschaftlicher Seite in Deutschland vor allem in der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung organisiert.¹⁸ Als einzelne Akteure seien nur beispielhaft der Bund für Soziale Verteidigung, das Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung und der Friedenskreis Halle genannt. Von staatlicher Seite aus spielen das Bundesministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) mit den Organisationen der technischen (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, GTZ) und der personellen (Deutscher Entwicklungsdienst, DED) Entwicklungszusammenarbeit und das Auswärtige Amt (v. a. das Institut für Auslandsbeziehungen, IFA, mit dem Projekt zivik) eine große Rolle. Ein bedeutsames Instrument der deutschen Friedensarbeit ist der

Zivile Friedensdienst (ZFD), in dem durch staatliche (z. B. DED) und zivilgesellschaftliche (z. B. forumZFD) Organisationen nach dem Entwicklungshelferentsendegesetz Friedensfachkräfte in Konfliktregionen weltweit entsendet werden.

In Deutschland sind die unterschiedlichen Akteure unter Federführung des BMZ in der Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt) zusammengefasst, einem Fachgremium für die internationale Friedensarbeit. Doch auch die nationale Ebene der zivilen Konfliktbearbeitung findet unter den Friedensakteuren zunehmend Beachtung und es gibt derzeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene verstärkte Bestrebungen, die Wirkungen in diesem Feld zu verstärken. So hat das forumZFD ein erstes Modellprojekt des Zivilen Friedensdienstes in Deutschland (ZFDiD) in Oranienburg mit Unterstützung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) initiiert. Der Arbeitskreis Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland (ZKBiD) der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung erarbeitet derzeit weitere Möglichkeiten des Engagements und der Verknüpfung der relevanten Akteure und führte auf seiner ersten Tagung im November 2006 in der Evangelischen Akademie Rheinland in Bonn Teilnehmer/innen aus Friedensinitiativen und Nichtregierungsorganisationen sowie aus dem Diakonischen Werk und dem DGB zusammen.

4. Empfehlungen

Ziel des Projektes „Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz“ ist es, neben einer Bestandsaufnahme konkrete Empfehlungen für die Weiterentwicklung der gewaltpräventiven Arbeit im gesamten Bundesland und in den Kommunen auszusprechen. In der Entwicklung dieser Handlungsanleitungen wurde großer Wert auf die Beteiligung der kommunalen Akteure gelegt; weiterhin wurden die Empfehlungen wissenschaftlich untermauert. Dies wurde durch die konkrete Ausgestaltung des Projektes und seiner Aktivitäten möglich. Im Folgenden werden die Empfehlungen aufgeführt – sie betreffen zum einen die gewaltpräventive Arbeit allgemein oder richten sich spezifisch an die Leitstelle „Kriminalprävention“ bzw. den Landespräventionsrat oder an die kommunalen Akteure. Auch der Abstrahierungsgrad der Empfehlungen variiert, so finden sich allgemeine Hinweise, die von den Akteuren selbst konkret ausgestaltet werden müssen, neben ganz konkreten, beispielhaften Vorschlägen. Die Empfehlungen sind nur im Zusammenhang zu sehen, häufig stehen sie untereinander im Spannungsverhältnis.

Eine erschöpfende Darstellung ist nicht angestrebt, insbesondere was Empfehlungen an die unterschiedlichen relevanten Akteure auf Landes- und Bundesebene angeht. Zudem ist zu beachten, dass das vorliegende Dokument nicht die erste Expertise ist, die Empfehlungen für die Gewaltprävention ausspricht. Die Empfehlungskataloge umfassenderer und älterer Gutachten, wie dem der „Gewaltkommission“ der Bundesregierung unter Federführung von Professor Hans-Dieter Schwind und seiner Arbeitsgruppen¹⁹ haben seit ihrer Erstellung im Jahre 1990 (leider) wenig an Aktualität eingebüßt.

4.1 Allgemeine Empfehlungen zur Gewaltprävention

Für eine zielgerichtete, effiziente, effektive und nachhaltige Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz sind zunächst folgende allgemeinen Empfehlungen auszusprechen. Sie betreffen grundsätzlich alle relevanten Akteure und richten sich auch an die betreffenden Ressorts der Landesregierung und an die Bundesebene.

4.1.1 Gewaltprävention als gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Aufgabe

Gewalt ist ein Phänomen, das – so unterschiedlich es auch definiert wird – alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens betrifft. Sie hat ihre Wurzeln in den unterschiedlichsten sozialen, wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Zusammenhängen und wird durch strukturelle Gegebenheiten gefördert oder geschwächt. Folglich ist die Prävention von Gewalt eine gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Aufgabe. Sie wird maßgeblich durch eine verantwortliche, abgestimmte, sozialgerechte Sozial- und Wirtschaftspolitik geprägt, die den Hintergrund aller weiteren spezifischen gewaltpräventiven Aktivitäten, sei es auf Landes- oder kommunaler Ebene, bildet. Ohne eine gewissenhafte Politik und Strukturbildung kann gewaltpräventive Arbeit vor Ort in weiten Teilen nur symptomorientierte Makulatur bleiben.

Gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Bemühungen müssen darauf zielen, Gewalt den Legitimationshintergrund zu entziehen: Gewalthandlungen sind eine Form von Kommunikation und häufig Ausdruck von Machtlosigkeit. Gewalthandlungen bedienen sich Rechtfertigungen. Deren Nährboden muss in der Gesellschaft entzogen, das Gewalttabu institutionalisiert und alternative Ausdrucksmöglichkeiten gefördert werden.²⁰ Dazu gehören auch ein bedachter und informierter Umgang der Politik mit kritischen Themen (z. B. Migrationsdebatte à la „das Boot ist voll“ und Ausländerfeindlichkeit), verantwortungsvolle Berichterstattung durch die Massenmedien, der Ausbau demokratischer Partizipationsmöglichkeiten auf allen Ebenen – nicht nur in der Politik, sondern auch in öffentlichen Einrichtungen, Schulen, Unternehmen etc., eine Abkehr von der bisherigen (deutschen, europäischen, internationalen) Sicherheits- und

Militärpolitik, Etablierung einer kohärenten, mutigen Friedenspolitik sowie die Stärkung von Ansätzen der friedlichen Konfliktbearbeitung und Streitschlichtung auf allen Ebenen.

Eine zentrale Voraussetzung für Gewaltfreiheit insgesamt ist zudem eine universalistische Orientierung der Menschen. Auch diese ist nur durch funktionierende Demokratie, Rechtsstaat und Markt mit den dazu gehörenden fairen Chancen an deren Teilhabe möglich.²¹ Eine weitere Bedingung ist das historisch gewachsene und konstitutionell verankerte Gewaltmonopol des Staates. Um es zu erhalten, bedarf es eines handlungsfähigen (Sozial-)Staates. Diese Sichtweise bedingt einen besonderen Blick auf die Bildungs-, Sozial-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik und erfordert auch einen internationalen Fokus, insbesondere im Hinblick auf die Weltwirtschaft und Migration.

Dies bedeutet auch, dass Präventionsgremien Staatsaufgaben nicht obsolet machen dürfen: Staatliche Stellen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und dürfen nicht im Rahmen einer zunehmenden Privatisierungstendenz und des Rückzugs des Staates aus öffentlichen Bereichen ihre genuinen Pflichten in die alleinige Verantwortung von Bürgern, freien oder privatwirtschaftlichen Trägern legen. Staatliche Aufgaben und deren Legitimation dürfen nicht unter der kommunalen Prävention leiden.

Neben diesen allgemeinen Ausführungen und Anforderungen an die Gewaltprävention werden folgende konkreten Empfehlungen ausgesprochen:

- **Zielgerichtete interdisziplinäre Zusammenarbeit und Vernetzung:** Interdisziplinäre Zusammenarbeit und Vernetzung sind nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch auf allen Ebenen der Politik (z. B. ressortübergreifende, interministerielle Arbeit) und in den Gebietskörperschaften zwischen den vielfältigen Akteuren der Politik, Verwaltung, Polizei, Justiz, sozialen und kirchlichen Trägern, Nichtregierungsorganisationen, freien Initiativen, Vereinen und Bürgern, Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung, des Gesundheitswesens etc. bedeutsam. In Bezug auf die Vernetzung ist jedoch nicht ein dauerhaftes Maximum an Vernetzung anzustreben, sondern eine zielgerichtete Verknüpfung von Trägern von Informationen und Know-how entsprechend des jeweiligen Themas. Hierbei sollten auch bislang als eher ungewöhnlich geltende Koalitionen gebildet werden. (siehe 4.3)
- **Austausch und Vernetzung mit den Bereichen der Friedensarbeit und zivilen Konfliktbearbeitung:** Es bedarf sowohl auf lokaler, regionaler und nationaler als auch auf internationaler Ebene eine Zusammenführung der Diskurse der „Gewaltprävention“ mit der „zivilen Konfliktbearbeitung“. Im inhaltlichen und methodischen Bereich wird hier eine wichtige gegenseitige Befruchtung erwartet.
- **Medien einbinden und in Verantwortung nehmen:** Die beste Vernetzung und Aufklärungsarbeit können keine nachhaltigen Erfolge zeigen, wenn die Einbindung der Medien, sowohl landes- und bundesweit als auch lokal fehlt. Die Medien spielen durch ihre häufig verzerrende Sensationsberichterstattung über Gewalt einerseits eine Rolle bei der Gewaltförderung (z. B. durch Anleitung zu Nachahmungstaten) und verstärken andererseits das Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung. Hierbei ist nicht nur an die Nachrichtenerstattung zu denken, sondern auch an die allseitige Ausrichtung, auch der öffentlich-rechtlichen Sender auf Mord und Totschlag. Lokale Maßnahmen zur Förderung des Sicherheitsempfindens – ein häufig genanntes Ziel kommunaler kriminalpräventiver Akteure – können neben dieser Medienmacht nur verblassen. Hier gilt es, nicht nur die kritische Medienkompetenz der Medienkonsumenten zu fördern – und hier sind nicht nur Kinder und Jugendliche geeignete Adressaten – sondern auch mit den Medien zu arbeiten, sie zu informieren, zu sensibilisieren und als Mitstreiter/innen für eine nüchterne, faktenbasierte Aufklärungsarbeit zu gewinnen.

- Nicht zu vergessen sei hierbei auch die **Förderung von Medienberichterstattung über positive Ansätze**, erfolgreiche Maßnahmen der Gewaltprävention und Friedensförderung und allgemeiner: über das Gute und Nachahmenswerte. Nur so kann die Sicht darauf „dass alles immer schlimmer wird“ und man „ja sowieso nichts tun kann“ verändert werden. Das Projekt „Peace Counts“ kann hier als ein Vorbild dienen (www.peace-counts.org).
- **Multiplikatoren fortbilden**: Erwachsene und ältere Jugendliche haben eine wichtige Vorbildfunktion für jüngere Menschen. Ihre Umgangsformen, sei es in der Familie, in der Schule, auf der Straße, bei Sportveranstaltungen oder in Talkshows und Debatten im Fernsehen tragen dazu bei, wie Menschen mit Konflikten und Gewaltprovokationen umgehen. Deshalb ist es nicht nur notwendig, pädagogisches Personal in Kommunikation, konstruktiver Konfliktbearbeitung und Deeskalation auszubilden, sondern dieses Verständnis in alle gesellschaftlichen Bereiche bis hin zur politischen Ebene zu verankern.
- **Aufgaben und Grenzen der polizeilichen Präventionsarbeit** müssen aufgezeigt werden. So positiv und notwendig die wesentliche Beteiligung der Polizei in der Gewaltprävention auch ist – sie muss auch die Grenzen ihres Engagements aufzeigen. Kernaufgabe der Polizei ist es, konkrete Gefahren zu beseitigen. Unverzichtbar im Zusammenhang mit der kommunalen Gewaltprävention sind zudem die polizeilichen Informationen im Rahmen von Lagebildern, ihre Aufklärungsarbeit und ihre Präsenz. Als Institution ist ihr jedoch kein Erziehungsauftrag eigen, auch wenn ihre Arbeit wichtige erzieherische Effekte haben kann.

Es ist allerdings weniger die Polizei, die von sich aus die Präventionsarbeit dominieren will, dies fordern häufiger andere Akteure. Erschwerend ist hierbei, dass andere Akteure, auf deren Zusammenarbeit die Polizei angewiesen ist, nicht gleichermaßen rund um die Uhr erreichbar sind. Wie keine andere Anlaufstelle ist die Polizei für alle Bürger zu jeder Zeit zu erreichen, was sie zu einem wirklichen „Freund und Helfer“ in der Not macht. Da die Polizei diesen Anforderungen jedoch (alleine) nicht gewachsen ist, muss sie auf Netzwerke und andere Akteure zurückgreifen. In der Koordination dieses Zusammenspiels haben kommunale Gremien eine wichtige Rolle.

Weiterhin ist es gerade für die Polizei besonders wichtig, ihre eigene **Präventionsarbeit zu reflektieren** und die Wirkungen ihres Handelns kritisch zu hinterfragen. Insbesondere bei der Gefahrenabwehr, etwa im Zusammenhang mit Einsätzen bei Demonstrationen oder präventiven Razzien, spielen Mechanismen der (bewussten oder unbewussten) Eskalation und Deeskalation durch polizeiliches Verhalten eine bedeutende Rolle.

- **Keine Zweckorientierung allgemeiner sozial-politischer Maßnahmen**: So positiv die Bemühungen der Gewaltprävention sind - nicht alles darf unter ihr Kalkül gestellt werden. Soziale und politische Maßnahmen, die das gute (Zusammen-)Leben fördern, haben in sich einen Wert und bedürfen keiner weiteren Rechtfertigung. Einer „Projektitis“, die auch aufgrund leicht zugänglicher Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich der Gewaltprävention entstehen kann („Prävention ist das, wofür es Geld (sprich Fördermittel) gibt“²²), ist entgegenzuwirken.
- **Balance zwischen Sicherheit und Freiheit halten**: Insgesamt sollte das Bewusstsein bei allen Akteuren gestärkt werden, dass umfassende Sicherheit nicht möglich ist. Sie ist immer in Abwägung mit Freiheits- und Persönlichkeitsrechten zu betrachten. So darf ein kriminalpräventives Gremium zu keiner „Taskforce zur Beseitigung unerwünschter Ärgernisse“ werden.²³ Die Gesellschaft muss lernen, mit „störendem“ und „abweichendem“ Verhalten umzugehen; hier ist eine Konfliktperspektive (s.u.) und Streitschlichtung gefragt. Insbesondere kriminalpräventive Gremien haben das Potential, alle Beteiligten einzubeziehen und im Konflikt zu vermitteln.²⁴

- **Nutzung der Kompetenzen gewaltpräventiver Akteure:** Die Expertise kriminal- und gewaltpräventiver Netzwerke sollte von der Politik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene noch stärker genutzt werden (**Politikberatung**). So ist z. B. eine Beratung der Kommunalpolitik durch kommunale kriminalpräventive Gremien über Konfliktlagen vor Ort und mögliche Präventionsansätze sinnvoll.
- **Wertschätzung des Engagements:** Gewaltprävention wird in hohem Maße durch ehrenamtliche Akteure getragen bzw. durch Menschen, die neben ihrer beruflichen Tätigkeit viel Herzblut in diesen Bereich stecken. Im Sinne einer stärkeren Anerkennung des Ehrenamts sollten auch die engagierten Menschen in der Gewaltprävention eine entsprechende Anerkennung bekommen (s.u.).

4.1.2 Wissenschaftliche Fundierung der Gewaltprävention

- **Orientierung an Erkenntnissen aus der internationalen Wissenschaft und Praxis:** In Deutschland, vor allem aber international und besonders in Großbritannien und den USA wurde ein beträchtliches Wissen über Wirksamkeit gewaltpräventiver und friedensfördernder Maßnahmen aus den Disziplinen, wie v. a. den Kriminalwissenschaften, der Soziologie und Psychologie, der Ethnologie und Pädagogik, der Friedens- und Konfliktforschung und der internationalen Praxis der Friedensentwicklung zusammengetragen. Dieses Wissen muss genutzt werden, es bietet genug Grundlage, um aus der Phase der Modellprojekte in eine Strukturbildungsphase überzutreten. Nicht jedes Ressort, jede Kommune muss neue Maßnahmen erfinden, sondern kann auf das Wissen zurückgreifen.²⁵

Insgesamt ist das Verständnis dafür zu fördern, dass nicht alles, was gut gemeint ist, auch dazu geeignet ist, Gutes zu tun. Das häufig verbreitete Verständnis „es kann ja zumindest nichts schaden“ ist grundlegend falsch. Weiterhin gehören dazu auch eine differenzierte Betrachtungsweise der Phänomene und eine kritische Hinterfragung von Alltagswissen.²⁶

- **Verstärkung der Ursachen- Lage und Evaluationsforschung sowie die Nutzbarmachung des Wissens für die Akteure:** Auch wenn international ein breites Wissen besteht – die Evaluierungspraxis in der Gewaltprävention und die Nutzbarmachung des Wissens muss in Deutschland stärker gefördert werden. Hierfür sind entsprechende Projekt- und Forschungsgelder notwendig; die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Instituten bietet sich an. Insgesamt bedarf es einer Verstärkung der Forschungsbemühungen, z. B. auch in den Bereichen der Dunkelfeldforschung und in Bezug auf kriminologische Regionalanalysen, auf die kommunale Akteure dann zurückgreifen könnten. Konkret wird empfohlen, regelmäßige Opferbefragungen (Viktimisierungsstatistiken, so genannte „victim/victimization surveys“) unter Führung des Justizministeriums vorzunehmen.

4.1.3 Verstärkung und strukturelle Verankerung von Maßnahmen

- Insgesamt ist eine verstärkte **Bereitstellung von Ressourcen** auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene nicht nur für die Forschung, sondern auch für die Praxis der Gewaltprävention zu fordern.
- **Umfassende Programme und strukturelle Orientierung:** Inzwischen ist genug Wissen gesammelt, um weg von Modellprojekten hin zu gewaltpräventiver Strukturbildung und der Verankerung von friedensfördernden Prinzipien in allen relevanten Bereichen zu gelangen. Dies trifft insbesondere für staatlich verantwortete Bereiche zu und ist z. B. für die Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen relevant. So haben beispielsweise isolierte Einzelmaßnahmen an Schulen (z. B. Projekttag und Vorträge) keine dauerhafte gewaltpräventive Wirkung. Besser geeignet sind umfassende Programme. Insgesamt gilt es, umfassende Programme und Maßnahmen nach folgenden Prinzipien zu gestalten:

- Individuelle Kenntnisse und Fähigkeiten stärken.
- Die Gemeinschaft/die Kommune bilden (ausbilden, fortbilden).
- Anbieter und Multiplikatoren/innen trainieren.
- Koalitionen aufbauen.
- Organisationale Praktiken (das Handeln von Organisationen bzw. deren Mitglieder) ändern.
- Politiken und Gesetzgebung formen.²⁷

Didaktisch sollte zuvorderst an der Gemeinschaft angesetzt werden im Sinne eines gemeinschaftlichen, auf die gesamte Organisation gerichteten Lernens.

- **Weitere Institutionalisierung der Kooperationen und Netzwerke:** Nicht nur die Netzwerkarbeit in relativ freien und informellen Gebilden wie kriminalpräventiven Gremien, sondern auch die Institutionalisierung von Kooperation und Netzwerkarbeit auf professioneller Ebene sollte vorangetrieben werden. Das Haus des Jugendrechts in Ludwigshafen, in dem Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt und der Pfälzische Verein für Straffälligenhilfe Hand in Hand und in Verbindung mit einem Jugendkulturzentrum arbeiten, zeigt, wie das konkret aussehen kann. Weitere Institutionen dieser Art sollten folgen. Warum nicht auch Häuser der Familie, der Migranten/innen, etc.?
- **Stärkung der Stadtteilarbeit und der Nachbarschaftshilfe:** Sozialer Zusammenhalt, Solidarität und gegenseitige Unterstützung und damit einhergehende informelle soziale Kontrolle sind wichtige Voraussetzungen für eine gewaltarme Gesellschaft. Stadtteilarbeit (z. B. Quartiersmanagement) und die Förderung von Nachbarschaftshilfe sind hier wichtige Elemente, die es zu fördern gilt. Als Beispiele seien Patenschaften für Erstellern durch Senioren/innen, Hausaufgabenbetreuung, Unterstützung von Senioren/innen in ihrem alltäglichen Leben genannt, wie auch die Schaffung von Möglichkeiten der politischen Partizipation (etwa im Rahmen von Stadtteilgestaltungen) und von Angeboten zur Konfliktmediation und Streitschlichtung.
- **Reform des Bildungs- und Kinderbetreuungssystems:** Keine andere Institution hat die Möglichkeit, (fast) alle Menschen in einer, zumal auch sehr sensiblen, Lebensphase zu erreichen wie die Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen. Diese Chance muss genutzt werden. Auch einfache Maßnahmen können sehr effektiv sein (z. B. Ausbau der Aufsicht in den Pausen und konsequentes Unterbinden von Gewalttätigkeit unter Schülern), jedoch darf die Gewaltprävention nicht bei Einzelprojekten stehen bleiben. Folgende konkrete Empfehlungen werden gegeben:
 - Entwicklung der Curricula und stärkere Fokussierung auf die Vermittlung von hilfreichem Wissen und Lebenskompetenzen (so genannte „Life-Skills“) durch
 - Mainstreaming von Inhalten der Gewaltprävention und konstruktiver Konfliktbearbeitung in der Kommunikation und Organisation der Schule („Streitkultur“),
 - Mainstreaming der relevanten Inhalte in vorhandenen Fächern,
 - Einbringen von spezifischen Themen im Fachunterricht - z. B. Zivilcourage in Sozialkunde, Medienkompetenz in Deutsch, ethnographische und multikulturelle Elemente in Erdkunde, Kunst und Musik, Selbstverteidigung im Sport, sexuelle Orientierungen in Biologie, Nationalsozialismus und Rassismus in Geschichte etc.,
 - Einführung eines Faches zur Werteerziehung und Förderung von Lebenskompetenzen,
 - verstärkte Förderung musischer Fächer.

- Lehrer-Aus- und Fortbildung (Lehrer/innen als kompetente Kommunikatoren/innen, Moderatoren/innen, Streitschlichter/innen und als Vorbilder; Ausbildung von sozialpädagogischen und psychologischen Kompetenzen; Fortbildungen zu Bullying, Gewalt in der Familie, Netzwerkarbeit und Kooperation, etc.),
- Supervisionsangebot für Lehrer/innen,
- Aus- und Fortbildungen der Schulleitungen in den Bereichen der Personal- und Teamführung, Management, Organisationsentwicklung etc.
- Schulentwicklung inklusive des Ausbaus von Ganztagschulen, deren Öffnung und Flexibilisierung,
- Entwicklung der Schulen zu Stätten des gemeinsamen Lernens für das Leben, Initiierung lebensrelevanter Lernprozesse²⁸: Anbindung der Schulen an gesellschaftlich relevante Bereiche (z. B. Jugendhilfe, Ausbildungsplatzanbieter, Verwaltung) durch sinnvolle Gestaltung von Schnittstellen. Leistungsschwachen Schüler/innen kann so eine Alternative geboten werden, z. B. in Form eines externen Hauptschulabschluss.

4.1.4 Empfehlungen zur inhaltlichen Ausrichtung von Gewaltprävention

- **Wenig sichtbaren und bisher wenig beachteten Gewaltphänomenen Aufmerksamkeit schenken:** Häufig orientieren sich Maßnahmen der Gewaltprävention am subjektiven Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Dieses ist im starken Maße schicht-, alters-, geschlechts- und deliktspezifisch und bezieht sich nicht nur auf die Sicherheitslage, sondern ist Reaktion auf „vielschichtige Unsicherheitserfahrungen“²⁹.

Die Gewaltdebatte orientiert sich häufig an der sozialen Sichtbarkeit, weniger an der sozialen Schädlichkeit. Dies erklärt auch die starke Beschäftigung der meisten Akteure mit Jugendgewalt und der Vernachlässigung von z. B. Gewalt in engen sozialen Beziehungen oder auch Formen psychischer Gewalt, zu der auch z. B. Gewalt durch Lehrer/innen gegenüber Schülern zählt. Auch erklärt es teilweise eine starke Fokussierung auf Gewaltthemen im Gegensatz zu z. B. der Wirtschaftskriminalität. Auch wenn dies nicht in den unmittelbaren Zuständigkeitsbereich kommunaler Akteure fällt, so sollte dies in der allgemeinen Debatte zu Gewalt und Kriminalität jedoch nicht vergessen werden. Das Problem ist, dass kommunale Gremien durch ihre Arbeit die Sichtbarkeitsunterschiede noch erhöhen und das Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung durch ihre Tätigkeit unbeabsichtigt noch steigern können. Die Themenauswahl sollte entsprechend angepasst und eine aufklärende Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden.

Bisher wenig beachtete Themen, z. B. Gewalt in der Pflege (häusliche Pflege und in Pflegeeinrichtungen), Gewalt am Arbeitsplatz, Gewalt durch Staatsorgane sollten – soweit noch nicht geschehen - auf ihre Relevanz hin analysiert und ggf. aufgegriffen werden.

- Beachtung des **subjektiven Sicherheitsempfindens**, ohne Gewaltprävention davon abhängig zu machen. Aufklärungsarbeit in Zusammenarbeit mit den Medien ist hier gefragt genauso wie die Förderung einer kritischen Medienkompetenz – nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Erwachsene! (s. o.)
- Die häufig anzutreffende **Fokussierung auf „die Jugendlichen“** ist **in Frage zu stellen**. Wenn auch v. a. männliche Jugendliche besonders häufig zu den registrierten Straftätern zählen, so ist zum einen zu beachten, dass Jugenddelinquenz und abweichendes Verhalten ein in fast allen Fällen vorübergehendes Phänomen ist. Zweifellos muss auf Regel verletzendes Verhalten rasch reagiert

werden, eine strafrechtliche Sanktionierung kann jedoch zur Stigmatisierung und Festschreibung delinquenten Verhaltens führen. Insgesamt ist ein differenzierter Ansatz gefragt:

- Männliche Jugendliche sind nicht nur häufiger Täter, sondern auch häufiger Opfer als andere. Hier ist eine verstärkte **Opferperspektive** sinnvoll. Andererseits ist es wichtig, Jugendliche nicht nur als Objekte zu behandeln, sondern ihnen Räume (im realen und übertragenen Sinn), Vertrauen und auch Verantwortung zu übergeben.
- Weiterhin ist eine **geschlechtsspezifische Sichtweise** wichtig: Gewalthandlungen drücken sich bei Mädchen und jungen Frauen anders aus als bei Jungen und heranwachsenden Männern. Auch die Opferwahrscheinlichkeit, die Art der Gewalterfahrungen und das subjektive Sicherheitsgefühl sind unterschiedlich. Angebote und Maßnahmen müssen entsprechend differenziert sein. Insbesondere auch **spezielle Förderangebote für Jungen** müssen geschaffen werden, eine jugendspezifische Sicht muss auch Eingang in Erziehungs- und Bildungsinstitutionen finden. So ist der Tatsache, dass die meisten Jungen ohne ausreichende männliche Vorbilder, sei es in Familie, Kindergarten oder Schule aufwachsen, durch sozial-, arbeits- und bildungspolitische Maßnahmen entgegenzuwirken.
- Es müssen **spezifische Angebote für Kinder und Jugendliche** geschaffen werden, bei denen sich eine **Kriminalitäts- und Gewaltkarriere** festzuschreiben droht. Es ist ein „kleiner harter Kern“ von etwa 2 % der Jugendlichen, die für etwa ein Viertel der Gewalttaten zuständig sind. Weiterhin gilt es zu beachten, dass gewalttätige Jugendliche immer jünger werden und unter ihnen gehäuft 10-13-Jährige zu finden sind.³⁰ Gewaltprävention muss hier früh ansetzen. Diese Maßnahmen sollten zum einen systemisch ausgerichtet sein und das soziale Umfeld der Jugendlichen berücksichtigen. Zum anderen sollten die Interventionen individuell oder integrativ sein, denn die Arbeit mit homogenen Gruppen von delinquenten Jugendlichen birgt das Risiko, das vorhandene delinquente Potential entgegen der besten Absicht zu verstärken.
- Den Kindern und Jugendlichen müssen **Räume zur Entfaltung ihrer Potentiale** und Möglichkeiten für **Erfolgslebnisse** gegeben werden. Hierbei spielen Sport, Musik und insgesamt künstlerische, musische und handwerkliche Betätigungen in Schulen, Vereinen, Jugendtreffs etc. eine wesentliche Rolle. Zwar hat die Mitgliedschaft z. B. im örtlichen Musikverein per se keine gewaltpräventive Wirkung (und häufig sind dort nur die ohnehin wenig gefährdeten Jugendlichen vertreten), erfüllende Betätigungen beugen jedoch einem Gewalt fördernden „Underdog-Dasein“ vor.
- Eine **Lebenslagenorientierung** kann es ermöglichen, eine abgestimmte Gewaltprävention zu betreiben. Orientiert an Lebensphasen und an Risikogruppen können so Maßnahmen vor der Geburt bis ins Seniorenalter aufeinander abgestimmt werden. Insgesamt gilt: **Prävention ist umso wirksamer, je früher sie ansetzt**. Als beispielhafte Maßnahmen seien genannt:
 - Beratung und Begleitung werdender Eltern, insbesondere aus Risikogruppen (z. B. sozial-ökonomisch schwache Familien, „Alleinerziehende“, jugendliche Schwangere)
 - Einbeziehung von Hebammen, Frauenärzten und Geburtshäusern in der Schwangerschaftsbegleitung und deren Sensibilisierung und Schulung in Bezug auf Gewaltthematiken
 - Begleitung der Eltern aus Risikogruppen in den ersten Lebensmonaten und Jahren durch Hebammen, Kinderärzte, Familienhilfe etc.

- Maßnahmen in den Kindertagesstätten und Kindergärten mit den Zielgruppen Erzieher/innen, Eltern und Kinder; Vernetzung mit Grundschulen, Jugendpflege etc. (So kann z. B. die Toleranz- und Demokratieerziehung schon bei Kindern ab vier Jahren stattfinden.)
 - Maßnahmen in den Grundschulen mit den Zielgruppen Lehrer/innen, Eltern und Schüler/innen; Vernetzung mit den weiterführenden Schulen, Jugendpflege etc.
 - Maßnahmen an allen weiterführenden Schulen
 - Maßnahmen in der Arbeitswelt (Themen Mobbing, sexuelle Belästigung etc.)
 - Seniorenarbeit, v. a. zur Stärkung des Sicherheitsgefühls
- **Familienorientierung:** Die Familie ist der Ort, an dem die meisten Menschen das erste Mal Gewalt erfahren³¹, die Gewaltkommission spricht gar von einem „strukturell angelegtem Gewaltpotential in der Familie“.³² Folglich muss sie auch in der Gewaltprävention stärker in den Fokus rücken. Hierzu müssen Familien mit Risikokonstellationen früh und gezielt erreicht werden, Elternarbeit ist gefragt. In diesem Zusammenhang weist der Zweite Periodische Sicherheitsbericht der Bundesregierung auf ermutigende internationale Befunde. In Deutschland wurde ein Modellprojekt durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen initiiert. Auch in Rheinland-Pfalz gibt es Ansätze, siehe dazu die Initiative „Viva Familia“ des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen. Diese Ansätze sind konsequent weiterzuverfolgen und auszubauen. So kann „Partnergewalt“ z. B. schon bei Jugendlichen thematisiert werden. Programme zur Förderung von Beziehungsfähigkeit und zur Stärkung der Ablehnung von Partnergewalt zeigen ermutigende Forschungsergebnisse.³³
 - **Konfliktorientierung:** Gewalt ist eine Kommunikationsform, sie resultiert aus ungelösten, eskalierten Konflikten. Diese Sichtweise öffnet den Blick für neue Handlungsperspektiven. So ist z. B. bei der Beschwerde von Anwohner/innen über Lärmbelästigung durch Jugendliche dies als eine Sichtweise auf einen Konflikt zu verstehen, deren „andere“ Seite in eine Lösung miteinbezogen werden muss. Auch spektakulär-entsetzliche Taten, wie ein Amoklauf, entstehen nicht aus einer Laune heraus, sondern weisen konfliktbehaftete Entstehungsgeschichten auf. Das gleiche gilt für ethnische Konflikte und Gewalt durch sich ethnisch definierende Gruppen, z. B. bestimmte jugendliche Gangs. Selbst Gewalt in engen sozialen Beziehungen, ursprünglich rein der Schule der männlichen Täter zugeschrieben, verdient eine differenziertere Betrachtung. Schlagende Männer können auch selbst Opfer sein, und seien sie nur Opfer ihrer unzureichenden Konflikt- und Kommunikationsfähigkeit. Die Sicht auf Gewalt als Resultat von Konflikten rückt die Stärkung von Kommunikations- und Konfliktbearbeitungskompetenzen sowie insgesamt die Förderung einer friedlichen Streitkultur in den Blick.
 - **Angebote für Risikogruppen:** Aus inhaltlichen und Kosteneffizienzgründen sind spezielle Angebote für Risikogruppen breiten Ansätzen in vielen Fällen vorzuziehen. So sollte eine Betreuung von Ersteltern nicht flächendeckend, sondern nach Ermittlung relevanter Risikofaktoren angeboten werden. Auch das gleichzeitige Auftreten von mehreren Risikofaktoren (multiple Vulnerabilitäten, „Verletzlichkeiten“) muss dabei beachtet werden: So brauchen z. B. drogenabhängige Frauen in Frauenhäusern eine besondere Unterstützung, Jungen mit Migrationshintergrund verfügen über andere Vulnerabilitäten als andere etc. Bei einem Risikoansatz ist jedoch mit der Gefahr der Stigmatisierung umzugehen.
 - Insgesamt ist die Prävention an der **Stärkung von Schutzfaktoren** (z. B. Selbstbehauptungstrainings; Förderung von Sozialkompetenzen) und **Verminderung von Risikofaktoren** (z. B. Anti-Aggressionstrainings; Begleitung schwangerer Teenager; Familienhilfe für Risikogruppen) auszurichten. Zu den Schutzfaktoren und wesentlichen Elementen der Gewaltfreiheit gehören auch die

Förderung von Selbstwirksamkeit, Perspektivübernahme, Konfliktschlichtung und Solidarität.³⁴ Diese können gefördert werden in den

- Schulen: z. B. Streitschlichtungsprogramme, Eine-Welt-Arbeit, Projektarbeit
- Kommunen: Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen als wichtige Informanten und Experten für ihre eigene Situation (Selbstwirksamkeit), bei Problemlagen kann so auch die Perspektivübernahme und Konfliktschlichtung geübt werden (z. B. zwischen Anwohnern und Jugendlichen); Solidaritätsarbeit, z. B. im Rahmen von internationalen kommunalen Partnerschaften unter Einbindung von Kindern und Jugendlichen (z. B. in Form von im Rahmen der Partnerschaft Rheinland-Pfalz-Ruanda praktizierten Arbeitstage)
- Alltagsdelinquenz, v. a. auch in Form von Jugenddelinquenz ist meist opportunistische Delinquenz: **Prävention sollte auch auf Tatgelegenheiten und Tatanreize zielen.** Diese Art von Prävention ist erwiesenermaßen auch sehr erfolgreich.³⁵
- Deutschland ist eine multikulturelle und multireligiöse Gesellschaft. Diese **Diversität** gilt es zu **zelebrieren**, die Bereicherung, die wir durch diese Vielfalt erfahren, darzustellen. Dies sollte in den Kommunen, Kindergärten, Schulen, Unternehmen etc. auf unterschiedlichste Art und Weise geschehen, so z. B. durch Darstellung persönlicher Geschichten, Ausrichtung multikultureller Festlichkeiten mit internationalem Essen und Musik etc.. Dabei ist darauf zu achten, nicht nur Unterschiedlichkeiten (und diese nicht in Form von überholten, stereotypisierenden Traditionen und Folklore), sondern auch Gemeinsamkeiten darzustellen.

4.2 Empfehlungen an die Leitstelle „Kriminalprävention“ und den Landespräventionsrat

Das Ministerium des Innern und für Sport mit seiner Leitstelle „Kriminalprävention“ und der mit ihm verbundene Landespräventionsrat sind die Hauptsprechpartner der kommunalen kriminalpräventiven Gremien und leisten wichtige Unterstützungsarbeit für die kommunale Gewaltprävention. Auch andere Akteure nutzen derzeit insbesondere das finanzielle Förderangebot der Leitstelle. Während es in der Vergangenheit vor allem darum ging, für Gewalt und Gewaltprävention zu sensibilisieren, wird es in Zukunft vorrangig um die Qualifizierung der Arbeit und der Akteure sowie um konkrete Praxisberatung gehen. In diesem Zusammenhang kann die Leitstelle „Kriminalprävention“ ihr Angebot auf folgende Weise erweitern und ergänzen:

4.2.1 Ausbau des Unterstützungsangebotes für kommunale Akteure

- Verstärkte **Informationsarbeit** durch Ausbau und Pflege der Homepage der Leitstelle inklusive Ausbau und kontinuierlicher Pflege (Aktualisierung) der Projektdatenbank. Weitere Nutzung der Zeitschrift und des Landespräventionstages für die Informationsarbeit und die bei Zeiten erfolgende Aktualisierung des „Projektmakers“³⁶.
- **Praxisberatung**: Den Akteuren sollten nach Bedarf und lokaler Situation Handlungskonzepte auf Basis von Evaluationen und Best-/Good-Practice-Ansätzen zur Verfügung gestellt werden. So kann kommunale Gewaltprävention auf das gesicherte Erfahrungswissen aus Wissenschaft und Praxis zurückgreifen und geeignete Maßnahmen und Methoden auswählen. Zu diesem Beratungsangebot sollten auch

- inhaltliche und methodische Beratung zur Projektplanung,
 - Unterstützung bei der Qualitätssicherung,
 - Maßnahmen der Organisationsentwicklung z. B. durch moderierte Klausurtagungen und ein
 - Supervisionsangebot für Sachbearbeiter/innen und Geschäftsführer/innen kriminalpräventiver Gremien zählen.
- **Fort- und Weiterbildungsangebote:** Den Akteuren der Gewaltprävention auf allen Ebenen sollte ein kontinuierliches und differenziertes Fort- und Weiterbildungsangebot zur Weiterentwicklung ihrer inhaltlichen und methodischen Arbeit gemacht werden. Folgende Angebote werden für sinnvoll erachtet und sollten nach Bedarf ergänzt werden:
 - spezielle inhaltliche Themen der Gewalt und der Gewaltprävention
 - Konflikte und Konfliktschlichtung
 - Moderation und Kommunikation in Gruppen
 - Kommunikation und interdisziplinäre Zusammenarbeit
 - Öffentlichkeitsarbeit
 - Förderung von Ehrenamt (Auf- bzw. Ausbau und Betreuung)
 - Fundraising
 - Problem- und Bedarfsanalyse (Datenerhebung vor Projektbeginn)
 - Konzeption und Entwicklung von Projekten und Maßnahmen
 - Durchführung und Begleitung von Projekten und Maßnahmen
 - Qualitätssicherung von Projekten und Maßnahmen

Insgesamt ist an zentrale, regionale Fortbildungen oder auch an Maßnahmen vor Ort zu denken. Allgemeine methodische oder inhaltliche Themen könnten an wechselnden Orten in Rheinland-Pfalz, etwa in den Oberzentren, angeboten werden. Inhaltliche Themen könnten sich an einem Jahresschwerpunktthema orientieren. Möchte z. B. ein Gremium zu einem bestimmten Thema arbeiten, so ist auch an eine Fortbildung dieser Akteure im Team vor Ort zu denken, was gleichzeitig die Kooperation und Kommunikation in der Gruppe fördert.

- **Bereitstellung von Materialien:** Im Rahmen der Fortbildungsangebote können Leitfäden z. B. zur Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit, zur Projektplanung etc. erarbeitet werden. Insgesamt muss das Rad nicht überall neu erfunden werden – vorhandene Publikationen etc. können für die eigene Arbeit nutzbar gemacht werden.
- **Differenzierte Berücksichtigung der Möglichkeiten und Bedürfnisse der Gremien mit unterschiedlichen strukturellen Bedingungen** (z. B. ländliche Gegend vs. Oberzentrum, große Verbandsgemeinde vs. kleine Ortsgemeinde). Hier sind spezifische Erkenntnisse zu sammeln, maßgeschneiderte Unterstützung anzubieten und gezielt Netzwerkarbeit und Informationsaustausch zu organisieren. Dies sollte auch in der Gestaltung der Fortbildungsangebote berücksichtigt werden.
- **Veranstaltung von landesweiten Kampagnen:** Durch das Aufgreifen von bestimmten Themen und Maßnahmen der Gewalt und der Gewaltprävention auf Landesebene können Informationen verbreitet und kommunale Akteure sensibilisiert und dazu angeregt werden, nach Bedarf entsprechende Inhalte in ihrem Umfeld zu thematisieren und ggf. eigene Aktivitäten zu initiieren.

4.2.2 Wertschätzung der Akteure

Ehrenamtlich engagierte Akteure der Gewaltprävention und allgemein die Personen, die ein hohes Maß an Engagement zeigen, müssen spüren, dass ihnen Wertschätzung entgegengebracht wird. Hierbei ist an verschiedene Formen der Anerkennung zu denken, z. B.

- Ehrungen, Auszeichnungen, Zertifikate, auch z. B. in Zusammenarbeit mit der Leitstelle Bürgergesellschaft und Engagement
- Besondere Erwähnungen, z. B. in der Presse, in der eigenen Zeitschrift Kriminalprävention, im Newsletter
- gezielte Einladung besonders engagierter Personen zu Kulturveranstaltungen oder anderen Freizeitaktivitäten.

4.2.3 Informations- und Unterstützungsangebot an weitere interessierte Gebietskörperschaften

In der landesweiten Befragung der Gebietskörperschaften ohne kriminalpräventive Gremien zeigten einige Befragte Interesse an der Einrichtung eines solchen Gremiums, die Mehrheit war an Informationsaustausch mit der Leitstelle „Kriminalprävention“ interessiert. In diesem Zusammenhang sollten Informationsveranstaltungen und Beratungsangebote realisiert werden. In Anlehnung an die vorliegenden Empfehlungen kann ein Grundgerüst an Richt- und Leitlinien für die Gründung eines Gremiums erstellt und interessierten Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellt werden. Zudem sollte auch allgemeine Lobbyarbeit für kommunale Gewaltprävention, Information und Sensibilisierung der politischen Spitze betrieben werden.

4.2.4 Verstärkte Lobbyarbeit und Vernetzung auf verschiedenen Ebenen

- Das Ministerium des Innern und für Sport ist nicht das einzige Ressort in Rheinland-Pfalz, das sich mit den Themen der Gewaltprävention beschäftigt. Deshalb sollte aktiv der Austausch und die Vernetzung mit den anderen relevanten Ressorts, vor allem dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen intensiviert werden. Eine Möglichkeit des verstärkten Austauschs wäre z. B. die Durchführung von gemeinsamen Fachgesprächen zu relevanten Themen.
- Weiterhin sind eine stärkere Vernetzung der kommunalen Kriminalprävention mit den kommunalen Spitzenverbänden und ein verstärkter Austausch mit anderen Bundesländern sinnvoll.

4.3 Empfehlungen an die kommunalen Akteure

Kommunale gewaltpräventive Arbeit ist unverzichtbar, dies leitet sich schon aus der Forderung ab, Gewaltprävention als gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Aufgabe zu verstehen. Für die Akteure auf kommunaler Ebene, seien sie in kriminalpräventiven Gremien oder in anderen Formen organisiert oder allein agierend, werden Empfehlungen zu den Inhalten (Sind die Schwerpunkte, Zielgruppen richtig gewählt?), Arbeits- und Organisationsstrukturen (Ist die Arbeit effizient etc. organisiert?) und Arbeitsmethoden (Werden die richtigen Ansätze gewählt?) gemacht. Dabei geht es nicht nur darum, Möglichkeiten und Potentiale, sondern auch Grenzen aufzuzeigen.

Die meisten Empfehlungen gelten gleichermaßen für bereits bestehende Gremien als auch für solche, die noch vor ihrer Konstituierung stehen. Auch treffen Gremien ganz unterschiedliche strukturelle Bedingungen an (z. B. ländliche Gegend vs. Oberzentrum, große Verbandsgemeinde vs. kleine Ortsgemeinde). Die Unterschiede müssen beachtet werden, die Struktur und der Inhalt der Gremienarbeit an die lokalen Gegebenheiten angepasst werden. Neu zu gründende Gremien sollten soweit möglich und im Einklang mit den lokalen Gegebenheiten entsprechend der betreffenden Empfehlungen ausgestaltet werden. Aber auch bereits bestehende Gremien haben die Möglichkeit, ihre Arbeitsstrukturen, -methoden und -inhalte zu verändern. Hierbei ist z. B. an die Durchführung von moderierten Klausurtagungen oder an Teamentwicklungen zu denken. Den Möglichkeiten der Organisations- und Personalentwicklung ist unter 4.2 ein eigener Absatz gewidmet.

4.3.1 Hauptaufgaben der kommunalen Gremien

- Die Hauptaufgabe kriminalpräventiver Gremien und Zusammenschlüsse gewaltpräventiver Akteure in Runden Tischen ist die **Bündelung** der vor Ort vorhandenen Expertise und der sich ergänzenden Kompetenzen im Bereich der Gewaltprävention, die **Koordination** der gewaltpräventiven Aktivitäten der einzelnen Akteure sowie deren **Ergänzung** durch eigens konzipierte und initiierte Maßnahmen. Kriminalpräventive Gremien dürfen die Arbeit der vertretenen Mitgliedsinstitutionen nicht ersetzen, sollen sie jedoch ergänzen und stärken. Je nach Themen und Problemlagen sind die geeigneten Akteure für die Umsetzung von Maßnahmen zu identifizieren.
- Kommunale kriminalpräventive Gremien konzentrieren sich häufig nicht ohne Grund auf bestimmte Themen, insbesondere z. B. auf Ordnungsstörungen und „Jugendgewalt“. Neben der Sichtbarkeit und scheinbaren Dringlichkeit ist dafür auch verantwortlich, dass viele der weiteren Gewaltthemen in anderen Akteurskreisen behandelt werden und die Themen allgemein in unterschiedliche Ressorts fallen. Eine gewisse **Aufgabenteilung** ist sinnvoll – allerdings muss ein **Austausch** gewährleistet sein, damit die einzelnen Bereiche nicht neben- und gegeneinander arbeiten. Zusammenhänge müssen erkannt und Schnittstellen gestaltet werden. So steht z. B. die von den kriminalpräventiven Gremien häufig bearbeitete Jugendgewalt und Gewalt an Schulen im engen Zusammenhang mit häuslicher Gewalt – ein Themenbereich, der häufig von anderen Institutionen besetzt ist. Kommunale kriminalpräventive Gremien bieten ein Forum, in dem all diese Akteure vernetzt werden können. Dabei ist nicht ihre Vereinnahmung und auch nicht unbedingt eine ständige Mitarbeit notwendig; ein Austausch jedoch dringend erforderlich und im Interesse aller Beteiligten.
- **Neu initiierte Maßnahmen** sollten durch die am besten geeigneten Akteure des Gremiums oder eigens dafür beauftragte Partner/innen umgesetzt werden. Das Gremium selbst sollte die qualifizierten Maßnahmen begleiten und verstärken, indem es z. B. dazu gezielte Öffentlichkeitsarbeit betreibt. In diesem Fall kann das Gremium als „Initiator“ oder „Kooperationspartner“ genannt werden. Nur wenn es sinnvoll ist, sollte das Gremium selbst als durchführende Organisation auftreten. Hierbei ist auch darauf zu achten, dass der Name des Gremiums nicht der Durchführung einer bestimmten Maßnahme hinderlich ist. So könnten z. B. von der Veranstaltung eines Rates für Kriminalprävention zum Thema „Migration“ unerwünschte negative symbolische Wirkungen ausgehen.
- Angebote sollten möglichst **früh** ansetzen, **niedrigschwellig**, **ressourcenorientiert** und **nicht stigmatisierend** sein. Dies gilt v. a. bei Maßnahmen der primären Prävention. So sollten Aktivitäten z. B. besser in der Kindertagesstätte als in der Realschule und besser durch die Jugendhilfe als von der Polizei durchgeführt werden.

- Insgesamt gilt zu **vermeiden, dass allgemeines soziales Handeln unter dem ausschließlichen Banner der Kriminal- bzw. Gewaltprävention läuft**. Kommunale Gremien, die sich vor allem mit eher unspezifischen (und deswegen nicht weniger wichtigen) allgemeinen sozialen Themen beschäftigen, sollten ihre Arbeit entweder spezifischer ausrichten oder ihre Namensgebung anpassen (z. B. „AK Soziales Miteinander“, „Runder Tisch der Gemeinde XY“ oder auch „Rat für soziale Prävention“).

4.3.2 Akteure der Gewaltprävention

- **Breite Netzwerke gründen:** In einem Gremium sollten grundsätzlich und idealerweise Institutionen und Personen aus folgenden Bereichen vertreten sein:
 - Politik inklusive der politischen Spitze, den Ratsfraktionen, den Vertretungen in den Ortsgemeinden und Stadtteilen
 - alle relevanten Bereiche der Verwaltung
 - Polizei
 - Justiz³⁷
 - private Sicherheitsdienste
 - Religionsgemeinschaften, kirchliche und freie Träger, soziale Einrichtungen
 - Vereine (z. B. Sportvereine, Musikvereine, aber auch spezielle Vereine z. B. der Opfer- oder Straffälligenhilfe), Bürgerinitiativen
 - kommunale und freie Jugendarbeit
 - Jugendvertretungen, z. B. Jugendparlament, Jugendvereine, Schülersprecher etc.
 - Kindergärten und Kindertagesstätten, Grundschulen, weiterführende Schulen, Berufsbildende Schulen
 - Ausländerbeauftragte, Migrantenvereinigungen, Ausländercafés, Sprachschulen etc.
 - Gleichstellungsbeauftragte, Einrichtungen der Frauenarbeit, Initiativen gegen GesB und sexuelle Gewalt, Frauenhäuser etc.
 - psycho-soziale Beratungsstellen, z. B. Familienberatung; auch: Schuldnerberatung, Aids-Hilfen etc.
 - sozial- und mildtätige Einrichtungen wie z. B. Obdachlosen-Teestube, Tafel
 - Institutionen der zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensgruppen, Initiativen und Bündnisse gegen Rechts
 - Bildungsträger und wissenschaftliche Einrichtungen wie Volkshochschulen, Hochschulen und relevante Institute
 - Wirtschafts-, Einzelhandels- und Gaststättenverbände, Wohnungsgesellschaften etc.
 - Vertreter/innen des Gesundheitswesens, Ärzte, Kliniken, Apotheken, Krankenkassen, Hebammen etc.
 - lokale und regionale Medien.

Innerhalb der Institutionen ist auf eine **ausgewogene Repräsentanz** zu achten. So sollte z. B. aus der Schule nicht nur Lehrer/innen sondern auch z. B. Schüler- und Elternvertretung sowie die Schulsozialarbeit vertreten sein.

Auch die **Zusammenarbeit von Gruppen, die sich bisher häufig mit Vorbehalten begegnen**, wie z. B. lokale Bündnisse gegen Rechts und antifaschistische Gruppen mit Polizei, Parteien und

kommunalen Verwaltungen ist anzustreben. Auch eher **ungewöhnliche Allianzen** sollten gesucht werden. Beispielhaft ist in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Hebammen, Ärzten und pädiatrischen Kliniken. Hier können u. a. Informationen über Anlaufstellen weitergegeben werden, aber auch eine direkte Befragung zu Gewalterfahrungen z. B. in der ärztlichen Anamnese ist denkbar.

Insgesamt sollten **bereits bestehende Gruppen, Initiativen und Bündnisse** (z. B. Friedensgruppen, Bündnisse gegen Rechts, Runde Tische gegen häusliche Gewalt etc.) in das Gremium einbezogen werden, ohne sie zu vereinnahmen oder sie ihrer Selbständigkeit zu berauben. In jedem Fall sollten sie als Informanten im Plenum vertreten sein, können aber z. B. auch als Arbeitskreis angegliedert werden.

Wie die Einbindung im Detail aussieht, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Es gilt, eine umfassende Vernetzung zu betreiben, auf die zielgerichtet zurückgegriffen werden kann. Nicht alle Akteure müssen und sollten ständig in alles eingebunden werden.

- **Persönliche Ansprache** der potentiell Mitwirkenden.
- **Betroffene zu Beteiligten machen:** Kommunale kriminalpräventive Gremien und vergleichbare Initiativen laufen Gefahr, als „bürokratiezentriertes Mittelschichtmodell den Objektstatus der von ihnen anvisierten Problemgruppen zu verstärken“.³⁸ Die Akteure der Gewaltprävention sollten jedoch vor allem *mit* Personen und nicht nur über sie reden. Dies trifft z. B. auf bestimmte Opfer- und Tätergruppen und Bevölkerungsgruppen zu, die sich häufig durch eine geringe gesellschaftspolitische Teilhabe auszeichnen wie z. B. Kinder und Jugendliche, Migranten/innen und Aussiedler/innen. Nach dem Vorbild des Quartiersmanagements sind alle Betroffenen und Beteiligten hinzuzuziehen, also ggf. auch die Frisörin, der Metzger, der Busfahrer, die Anwohner etc. Zur Kontaktaufnahme sollten geeignete Mittelsmänner und -frauen angesprochen werden, auch unkonventionelle und kreative Wege sind gefragt. Konkrete Anlässe können als Aufhänger benutzt werden. Insgesamt muss den Personen das Gefühl gegeben werden, dass sie als Experten/innen für ihre eigene Situation einen unersetzbaren Beitrag zur Verbesserung der Lage leisten können. Dadurch wird die Eigenverantwortung und die Selbstwirksamkeit gestärkt. Wichtig ist es, bei dem Austausch ein eventuell bestehendes Machtgefälle zu beachten und (explizit) damit umzugehen. Letztlich sollten Mitwirkende und Informanten auch wieder losgelassen werden können.
- **Förderung des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements.** Hierbei sollten nicht nur Senioren und im Ruhestand befindliche Fachleute einbezogen werden, sondern auch z. B. Arbeitssuchende und Arbeitslose, Hausfrauen/-männer und Jugendliche. Über mögliche Formen der Einbindung und Beiträge der Ehrenamtlichen ist zu informieren, damit sich die Angesprochenen ein Bild von einer Mitarbeit machen können. Dabei sollten den potentiellen Akteuren auch die Vorteile eines Engagements verdeutlicht werden, nicht nur für die Gemeinschaft, sondern auch für sie ganz persönlich. Hier kann z. B. ein Engagements- und Kompetenznachweis im Sinne der Leitstelle Bürgergesellschaft und Engagement hilfreich sein. Wertschätzung und in Wertsetzung sind hier gefragt, durch Feedback unter Mitstreiter/innen, aber auch in Form von öffentlichen Erwähnungen und Ehrungen.
- **Ehrenamtliches Engagement hat Grenzen:** Gewaltprävention und Vernetzung ist v. a. Aufgabe hauptamtlicher Akteure. Für ihre Gewährleistung sind alle Institutionen verantwortlich, die sich mit dem Themenfeld auseinandersetzen (müssen). Diese müssen auch die institutionellen und strukturellen Gegebenheiten entsprechend gestalten und sich für eine vernetzte Gewaltprävention einsetzen.

- **Fester Kreis an Akteuren:** Das Gremium bzw. v. a. die Arbeitskreise und Exekutivgruppen sollten aus einem festen Kreis an Mitarbeiter/innen aus den relevanten Institutionen (mit Stellvertreter/in) bestehen, um Kontinuität in der Zusammenarbeit zu leisten und Vertrauen möglich zu machen.
- **Exklusivität aufweichen:** Die durch den festen Akteurskreis entstehende Exklusivität sollte aufgeweicht werden durch
 - eine gezielte Informationspolitik innerhalb der beteiligten Institutionen und zu anderen, nicht direkt beteiligten Institutionen,
 - eine gezielte Einbeziehung von weiteren Bevölkerungsgruppen und Institutionsvertretern als Informanten im Plenum, den Arbeitsgruppen etc. bzw. deren „Aufnahme auf Zeit“,
 - eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit für die breite Bevölkerung, z. B. durch öffentliche Plenumsitzungen und unter Einbeziehung der (lokalen) Medien.

4.3.3 Gewaltprävention als Sache der Chefs und der Mitarbeiter/innen

- Grundsätzlich bedarf die Gewaltprävention Unterstützung von allen Ebenen der beteiligten Institutionen. Der häufig bemühten Formel „Kriminalprävention ist Chefsache“ ist dies hinzuzufügen. Dabei zielt die **Forderung nach einer Zueigenmachung der Sache durch die Chefebene nicht nur auf die kommunale Verwaltungsebene, sondern betrifft alle beteiligten Institutionen.**
- Gewaltprävention als Chefsache bedeutet jedoch nicht, dass die leitende Ebene die Sache selbst in die Hand nehmen, Sitzung moderieren etc. muss, wobei letzteres gerade bei der Plenumsitzung eines Gremiums sicherlich ein Zeichen von Wertschätzung und Schwerpunktsetzung durch die Spitze ist. Wichtig ist die Unterstützung „von oben“ jedoch vor allem in der **Initiierungsphase** eines Gremiums und für dessen **grundsätzliche, dauerhafte Unterstützung**. Insbesondere muss der **dauerhafte Zugang zur Entscheidungsspitze** in allen beteiligten Institutionen gewährleistet sein.
- Die Führung und Initiative muss nicht unbedingt von der politischen Verwaltungsspitze ausgehen – auch wenn dies grundsätzlich wünschenswert ist, da von allen beteiligten Institutionen nur diese demokratisch legitimiert ist. Sie kann aber auch durch eine andere **angesehene Persönlichkeit** aus der Gebietskörperschaft übernommen werden.
- Wichtiger als das persönliche Lippenbekenntnis von Führungspersonen ist jedoch die **institutionelle Verankerung der Gewaltprävention**. Diese sollte sich in Stellenbeschreibungen und Budgetplänen niederschlagen.
- Auch Mitarbeiter/innen in den Institutionen müssen von der Sinnhaftigkeit vernetzter Gewaltprävention überzeugt sein. Ggf. ist hier eine gegenseitige **Überzeugungsarbeit** vonnöten.
- Leisten Mitarbeiter/innen im Rahmen der Gremienarbeit zusätzliche Arbeit neben ihrem Stundendeputat, so sollte ihr Engagement durch die Führungsebene explizit **wertgeschätzt** werden.
- **Vermeidung parteipolitischer Kalküle:** Initiiert z. B. ein/e Bürgermeister/in ein kommunales kriminalpräventives Gremium, so ist es nicht auszuschließen, dass sich politische Gegner querstellen, aus parteipolitischem Kalkül Kritik üben und die Arbeit blockieren. Um dies zu vermeiden, sollten alle Parteien und Fraktionen an der Gründung beteiligt und ein „politisches Stillhalteabkommen“ gerade in Anfangszeit des Gremiums vereinbart werden. Das junge Gremium muss Zeit zur Entwicklung und Etablierung haben, Erfolge sind nicht von heute auf morgen zu erwarten.

- **Keine Instrumentalisierung der Präventionsarbeit.** Es besteht die Gefahr der Alibigremien. Gremien dürfen – bei guter Arbeit – Aushängeschild der kommunalen Politik sein. Jedoch kann es nicht nur darum gehen, öffentlichkeitswirksame Aktivitäten durchzuführen, mit denen sich die politische Spitze schmücken kann: die inhaltliche Arbeit sollte im Vordergrund stehen. Auch die Wahl der Inhalte darf sich nicht am politischen Tagesklima orientieren. Gremienmitglieder sollten solchen Tendenzen höflich entgegenreten.

4.3.4 Unterstützung durch die Entsendeorganisationen

Wie oben angedeutet, sollten Akteure der Gewaltprävention, die in einem Gremium eine bestimmte Organisation vertreten, sei es die Verwaltung, die Polizei, die Schulen, freie Träger etc., auf deren Unterstützung zählen können:

- Grundsätzlich müssen die **Kooperationsziele** mit den Zielen der Entsendeorganisationen kompatibel sein.³⁹
- In den Entsendeorganisationen ist ein Verständnis für den **Nutzen** zu fördern, der für sie aus der Mitwirkung am Gremium erwächst, nämlich Synergieeffekte in der inhaltlichen Arbeit und in der Außendarstellung.
- Die Entsendeorganisation sollte eine Person und eine/n Stellvertreter/in für das Gremium bestimmen, um dort **personale Kontinuität** zu erreichen.
- Die Entsendeorganisation sollte dem betreffenden Personal ein **ausreichendes Mandat**, also Verantwortung und notwendige Entscheidungsbefugnis übertragen.
- Die Entsendeorganisation sollte dem Personal **angemessen zeitliche Ressourcen innerhalb ihres Stundendeputats** zugestehen. Zeit- und Arbeitsaufwand ist als „originärer Bestandteil der Arbeit anzuerkennen (und muss in passabler Relation zu den Ergebnissen stehen)“.⁴⁰
- Kooperation, Netzwerkarbeit muss Bestandteil des **Stellen- und Aufgabenprofils** sein.
- **Gezieltes Informationsmanagement:** Innerhalb der Entsendeorganisation sollte der Informationsfluss derart organisiert und institutionalisiert sein, dass die Informationen aus dem Gremium an die relevanten Stellen fließen und Entscheidungen, die die Gremienarbeit betreffen, zügig getroffen werden können.
- Auch hier gilt es, Engagement, das über den „Dienst nach Vorschrift“ hinausgeht, explizit zu **loben und wertzuschätzen**.

4.3.5 Koordination in und zwischen den Gremien

Innerhalb, aber auch zwischen den Gremien bedarf es einer Koordination der Gewaltpräventionsarbeit:

- Eine **Koordinationsstelle auf kommunaler Ebene** sollte möglichst bei der Verwaltung und dort an einer Stelle angesiedelt sein, die selbst in der Präventionsarbeit tätig ist und durch diese Aufgabe Synergien nutzen kann. Falls dies nicht möglich ist, ist eine Ansiedlung z. B. bei der Jugendhilfe oder in einer anderen Institution denkbar, die einen Mehrwert durch diese Koordination erreichen kann. Von einer alleinigen Ansiedlung bei der Polizei – ein wichtiger und unverzichtbarer Akteur der Gewaltprävention - ist jedoch abzusehen⁴¹.
- Für die Koordination sollte es eine **Stellvertretung** geben.

- Die Koordination sollte als „**moderierende Koordination**“ verstanden werden, entsprechende Kompetenzen sollten vorliegen.
 - Wenn die Koordinationsrolle nicht hauptamtlich vergeben werden kann, muss offen mit eventuell resultierenden Interessenskonflikten umgegangen werden. So könnte z. B. das institutionelle Eigeninteresse der Entsendeorganisation hinderlich für eine offene und unvoreingenommene Koordination des Gremiums sein. Mit den unterschiedlichen Interessen und Konflikten sollte explizit und mittels geeigneter Moderationsmethoden umgegangen werden.
 - Bedeutsam ist die Moderation auch im Zusammenhang mit bestehenden Machtgefällen. Diese können durch Positions- und soziale Statusunterschiede entstehen, aber auch auf der unterschiedlichen Verteilung von Wissen und Hintergrundinformationen beruhen. Zu denken wäre in diesem Zusammenhang z. B. an Machtunterschiede zwischen Verwaltung und Polizei auf der einen Seite und Vertreter/innen von Vereinen und Ehrenamtlichen auf der anderen.
 - Insgesamt müssen die moderierenden Koordinatoren alle zum Sprechen, zur Teilnahme motivieren.
- Die Koordination sollte mit einem **Stundendeputat** versehen werden, falls sie von einem Mitglied neben der hauptamtlichen Funktion übernommen wird. Bei vollständiger Ehrenamtlichkeit wäre an eine **Aufwandsentschädigung** zu denken. Insgesamt wäre an eine gemeinsame Finanzierung z. B. durch Kommune, beteiligte Institutionen und dem Land zu denken.
- **Vernetzung mit Gremien** außerhalb der eigenen Gebietskörperschaft. Deren Arbeit sollte wahrgenommen und Synergien genutzt werden. Dies ist auf Landesebene v. a. Aufgabe der Leitstelle „Kriminalprävention“ (siehe 4.2).
- Aufgabe des Koordinators bzw. der Koordinatorin ist es auch, sich mit der **Leitstelle „Kriminalprävention“ und dem Landespräventionsrat auszutauschen und zu koordinieren.**

4.3.6 Institutionelle Verankerung der Gremien

Sofern möglich, sollte die Gremienarbeit an den geeigneten Stellen (z. B. in den Stellenbeschreibungen der Mitglieder) institutionell verankert sein. Dies beugt dem vor, dass eine hervorragende, über Jahre und Jahrzehnte geleistete Präventionsarbeit mit dem/der engagierten Mitarbeiter/in „in Pension geht“.

4.3.7 Bereitstellung von Ressourcen

- Für die Gremienarbeit müssen angemessene finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden, durch
 - die Kommune und soweit möglich durch die Mitgliedsorganisationen (z. B. kirchliche Träger),
 - die Nutzung des Unterstützungsangebot der Leitstelle „Kriminalprävention“,
 - Nutzung externer Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen von Förderprogrammen.
- Bereitstellung zeitlicher Ressourcen für Mitarbeiter/innen für die Gremien- und Netzwerkarbeit.
- Kreative Nutzung weiterer Ressourcen: z. B. leer stehende Räume und Materialspenden für bestimmte Maßnahmen.

4.3.8 Struktur und Arbeitsweise

- Je nach Größe der Gebietskörperschaft, Anzahl der Mitwirkenden und Beschaffenheit der Themen und Problemlagen sollten **neben einem Plenum feste themenspezifische Arbeitsgruppen und/oder befristete Projektgruppen** installiert werden. Bei kleinen Gremien können Arbeitsaufträge auch an einzelne Personen oder Kleingruppen vergeben werden.
- Der Austausch aller beteiligten Gruppen und Mitglieder sollte **mindestens jährlich** im Plenum stattfinden, gerade bei kleineren Gremien wenn möglich häufiger. Neben dem Plenum können andere Informationswege eingerichtet werden (z. B. Newsletter).
- Weiterhin kann die Einrichtung einer **Planungsgruppe** bzw. Steuerungs-/Lenkungsgruppe sinnvoll sein, die Inhalte in kleiner Runde vorbereitet und ins Plenum einbringt. Alternativ wäre an eine **Exekutivgruppe** zu denken. Diese Gruppen können z. B. aus Geschäftsführung und – wenn vorhanden - Arbeits- und Projektgruppenleitungen bestehen und sollten in jedem Fall interinstitutionell und interdisziplinär besetzt sein. Lenkungsgruppen sind nicht nur in großen Gebietskörperschaften und großen Gremien sinnvoll, sondern können ggf. auch in kleineren Gebietskörperschaften sinnvoll sein.⁴²
- **Angemessene Größe und Kontinuität:** Die einzelnen Gruppen (außer das Plenum) sollten nicht zu groß (ca. maximal 20 Personen) und die Besetzung möglichst kontinuierlich sein.
- Die **Leitung der Arbeitsgruppen** sollte von geeigneten, methodisch und fachlich qualifizierten Personen bzw. Institutionen wahrgenommen werden und muss nicht in der Verwaltung bzw. an der gleichen Stelle wie die Hauptkoordination angesiedelt sein. So können z. B. unabhängige Bündnisse leichter eingebunden und als Arbeitsgruppe angegliedert werden, ohne dass diese ihre Leitung abgeben müssen.
- **Kerngremium und erweitertes Netzwerk:** Es ist nicht sinnvoll, alle Akteure ständig in alle Themenprozesse einbinden zu wollen. Dies sollte nach Bedarf in der jeweiligen Situation und nach Möglichkeiten und Interesse der Akteure entschieden werden.
- Ein Gremium benötigt **demokratische Strukturen** und explizite, gemeinsam abgestimmte und dokumentierte **Regeln** der Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung (z. B. nach dem Mehrheits- oder Konsensprinzip).
- Im Gremium und in den Mitgliedsinstitutionen sind **Ansprechpartner/innen** für bestimmte Belange zu bestimmen. Transparenz sollte gewährleistet sein. Die Ansprechpartner/innen müssen ihre **Erreichbarkeit** sicherstellen.

4.3.9 Kooperation und Kommunikation in den Gremien

- Gremien sind sinnvoller Weise interdisziplinär besetzt. Personen mit unterschiedlichen fachlichen und persönlichen Wissens- und Erfahrungshintergründen und auch mit unterschiedlichen Verpflichtungen (z. B. Strafverfolgungspflicht der Polizei, Vertrauensschutz der Jugendhilfe) treffen hier aufeinander. Genau diese Konstellation macht das Interessante und Fruchtbare in der Gremienarbeit aus. Um mit der Vielfalt von Sichtweisen konstruktiv umzugehen, bedarf es einer **Klärung der unterschiedlichen institutionellen, fachlichen und persönlichen Hintergründe, Positionen, Kenntnisse, Interessen, Einstellungen und auch der Erwartungen** an die Gremienarbeit und an die in ihr vertretenen Akteure. Das Verständnis für die unterschiedlichen Herangehensweisen muss durch eine offene Kommunikation, bestenfalls durch eine aktive Moderation gefördert werden. Andererseits muss auch

die Kommunikation der Gremienmitarbeiter/innen mit ihren Kolleg/innen in den Entsendeorganisation gut funktionieren und gestaltet werden. Aus diesem Grund ist eine zu starke Verwischung und Angleichung der fachlichen Identitäten und Rollen im Gremium zu vermeiden.

- „Kriminalpräventionsräte sind so gut wie die Kommunikationskompetenz ihrer Mitglieder“⁴³; **Kommunikation muss gelernt, geübt und aktiv gestaltet werden.** Die gemeinsame Teilnahme an Kommunikationstrainings und anderen Fortbildungen ist sinnvoll. Das Gremium und ggf. seine Untergruppen sollten sich auf gemeinsame Kommunikationsregeln einigen, die auch Vereinbarungen über Anwesenheit und Konfliktbearbeitung enthalten. Die Regeln können in einer formalen Geschäftsordnung festgehalten werden, es reicht aber auch deren Protokollierung. Wichtig ist, dass Regeln nicht von oben herab, sondern gemeinsam unter allen dauerhaft Beteiligten erarbeitet werden.
- **Klärung der Begrifflichkeiten:** Die unterschiedlichen beruflichen, fachlichen und persönlichen Hintergründe beeinflussen auch unterschiedliche Verständnisse von „Gewalt“ und „Prävention“ und von mit ihnen zusammenhängenden Konzepten. Auch hier ist eine Klärung, im Idealfall eine gemeinsame Definition erforderlich. Allerdings ist gerade bei dem Gewaltbegriff ein einheitliches Konzept schwierig und möglicherweise auch gar nicht sinnvoll. Zumindest muss aber mit den unterschiedlichen Verständnissen offen umgegangen und die Begrifflichkeiten eingegrenzt werden. Zu vermeiden ist eine inflationäre Benutzung beider Begriffe nach dem Motto „Gewalt ist überall“ und „alles Gute, das wir tun, ist irgendwie Prävention“.
- Im Sinne einer angemessenen **Verantwortungs- und Arbeitsaufteilung** innerhalb des Gremiums ist eine klare **Definition der Rollen** und Aufgaben der einzelnen Mitglieder notwendig. Insgesamt ist darauf zu achten, dass Gremienmitglieder nicht die Aufgaben der anderen Akteure übernehmen. So sollte etwa z. B. eine offizielle Ansiedlung in der Verbandsgemeindeverwaltung nicht bedeuten, dass diese einzig hauptverantwortlich für die Durchführung von Maßnahmen ist, eine Initiierung des Gremiums durch die Polizei sollte nicht bedeuten, dass diese nun Aufgaben der Jugendpflege übernimmt, die Jugendpflege darf ihre Arbeit nicht unter ein ordnungspolitisches Rational stellen etc.
- **Absprache über Form und Bedeutung der Protokolle**, inklusive der Verantwortlichkeiten (z. B. bei der Geschäftsführung oder rotierend).
- **Rahmenbedingungen für Sitzungen gestalten:** Sofern möglich sollten die Sitzungen des Gremiums und seiner Gruppen in regelmäßigen Abständen und am gleichen Ort stattfinden, um eine Kontinuität und Vertrautheit zu schaffen. Der Raum sollte geeignet sein (groß genug, hell etc.). An Pausen und ggf. an Getränke oder allgemein Verpflegung ist zu denken und kann z. B. auch abwechselnd durch die einzelnen Mitglieder besorgt werden. Denkbar wäre auch ein Treffen in wechselnden Räumen nach einem bestimmten Turnus bei den unterschiedlichen Mitgliedsinstitutionen, bei denen sich die einladende Institution für die Versorgung verantwortlich zeichnet. Dieses Verfahren bietet gleichzeitig die Möglichkeit, sich mit der Arbeitsumgebung der Mitstreiter/innen vertraut zu machen.

Insgesamt muss sich die konkrete Gestaltung der Treffen nicht sklavisch an bestimmte Regeln halten, es geht jedoch darum, die physische Arbeitsatmosphäre bewusst als wesentlichen Teil des Miteinanders zu gestalten.

- Positiv sind die durch die Vernetzung innerhalb der Gremien entstehenden **kleinen Dienstwege und informellen Kooperationen**, z. B. zwischen Polizei und Verwaltung. Mit dieser unbestreitbaren Errungenschaft geht allerdings die Gefahr von Klüngel und neuen, informellen Machtgefügen einher. Explizite Regeln und Bürokratie wurden u. a. auch deshalb geschaffen, um diese „Mikropolitik“ zu vermeiden. Zwischen diesen beiden Extremen ist eine **Balance** anzustreben.

4.3.10 Bedarfs- und Problemanalyse

- **Erarbeitung einer fundierten Bedarfs- und Problemanalyse:** Manchen kommunalen Akteuren der Gewaltprävention fällt die Auswahl geeigneter Themen für ihre Arbeit schwer. Zur Bestimmung von Arbeitsthemen und Aktivitäten müssen die Gremienmitglieder die Augen und Ohren offen halten und die lokale Situation genau betrachten und analysieren. Die Analyse sollte **ergebnisoffen** und aus einer **Konfliktperspektive** (s. o.) heraus gestaltet werden. Es ist darauf zu achten, keine übergestülpten Themen zu bearbeiten.
- Schwerpunkte orientieren sich nicht selten an relativ oberflächlich wahrgenommenen Problemlagen oder „Störungen“, die durch die Bevölkerung vorgetragen werden. Diese **Beschwerden** sind auf den **Prüfstand** zu stellen: Welche Beschwerden sind als Bagatelle anzusehen? Wie kann man die Vortragenden trotzdem in ihrem Anliegen ernst nehmen? Zur Filterung ist z. B. auch an eine schriftliche Einreichung von Beschwerden zu denken, so kann erkannt werden, was Bestand hat oder nicht. Nicht jedes Ärgernis sollte Gegenstand der Arbeit gewaltpräventiver Gremien sein.
- Bei der Analyse ist auf eine **Einbeziehung aller Betroffenen und Beteiligten** zu achten, alle Seiten müssen gehört werden (4.3.2). Eine konfliktspezifische Sichtweise, wie in 4.1 beschrieben, ist hier hilfreich.
- Hilfreich für eine Bedarfsanalyse sind **Befragungen**. Zu denken ist u. a. an Bürgerbefragungen, Schülerbefragungen und aktivierende Befragungen.

4.3.11 Zielsetzung und Anspruch

- Ist eine Fülle von Themen und Problemlagen vorhanden, sollte eine **Prioritätenliste** erstellt werden. Hektischer Aktionismus ist zu vermeiden. Die Prioritäten können dann **Schritt für Schritt** abgearbeitet werden. Dies beugt Überforderung und Frustration der Akteure vor.
- Wichtig für eine Schaffung und Aufrechterhaltung von Motivation ist die **Formulierung realistischer Zielsetzungen und Ansprüche**, die im Einklang mit den eigenen Ressourcen und Potentiale stehen, aber eine machbare Herausforderung darstellen. So kann z. B. nie Gewaltverhinderung, sondern nur Gewaltreduktion ein Ziel sein. Gewaltprävention geht sinnvoller Weise immer von Ursache-Wirkungs-Beziehungen aus und kann sich deshalb nur auf Wahrscheinlichkeitsaussagen stützen.
- Formuliert Ziele der Gewaltreduktion sollten **inhaltlich spezifiziert** (wer, wann, wo ...) und genauer qualifiziert bzw. quantifiziert, also **messbar** gemacht werden. Nur so können die eigenen Erfolge beurteilt werden.
- Insgesamt muss das Gremium auch seine Grenzen und allgemein **Grenzen kommunaler Gewaltprävention** kennen. Ggf. ist über diese Grenzen hinweg auch **Lobbyarbeit** bei den zuständigen Stellen gefragt (z. B. bei Themen der organisierten oder Wirtschaftskriminalität).

4.3.12 Projektarbeit und Durchführung von Maßnahmen

- Bei der Arbeit an konkreten Maßnahmen und Projekten sollten Arbeits- und Zeitpläne festgelegt, Meilensteine und Verantwortlichkeiten definiert und im Laufe der Arbeit kontrolliert werden (**durchführungsorientiertes Monitoring/Prozessevaluation**). Wenn diese Erfahrungen in die Arbeit zurückgespeist werden, führen sie zu einer Verbesserung der Arbeitsabläufe. Es gilt jedoch nicht, sklavisch an vorab festgelegten Details festzuhalten.
- Die **Durchführung** der Maßnahmen ist durch geeignete Mitgliedsinstitutionen vorzunehmen. In diesem Fall kann das Gremium als Initiator bzw. Kooperationspartner öffentlich auftreten. Nur wenn es sinnvoll ist, sollte das Gremium die Durchführung selbst übernehmen. (siehe 4.3.1).
- **Nachhaltigkeit durch Strukturbildung und Institutionalisierung** sichern. Auch Einzelveranstaltungen, wie z. B. Projekttag an der Schule, können nachhaltiger gestaltet werden, wenn Sie von anderen Maßnahmen umrahmt werden (z. B. durch intensive Vor- und Nachbereitung in der Klasse). Insgesamt ist jedoch eine Verlagerung von Einzelaktivitäten hin zu strukturbildenden Maßnahmen zu empfehlen (siehe 4.1).
- **Ausrichtung der Aktivitäten auf sekundäre und primäre Prävention:** Inhaltlich widmen sich die meisten kommunalen Akteure in Rheinland-Pfalz, aber auch bundesweit⁴⁴ v. a. der sekundären Prävention. Dies verwundert nicht, denn: Primäre Prävention ist schwer zu fassen und obliegt häufig bestimmten Institutionen, wie z. B. der Jugendpflege. Sie mag zudem oftmals „nicht notwendig“ erscheinen (es gibt ja noch kein Problem), der Handlungsdruck ist dann zu gering. Häufig bilden sich kommunale kriminalpräventive Gremien, um auf ein akutes Problem zu reagieren. In solchen Situationen ist auch die Bürgerschaft aufgrund des vorliegenden Leidensdrucks am besten zu mobilisieren; dies kann als Einstieg für die Gremienarbeit genutzt werden.
 - Häufig greift sekundäre Prävention jedoch zu kurz, wenn sie nur oberflächlich sichtbare Probleme aufgreift. Deshalb müssen sich Gremien **auch daran orientieren, was gemeinhin als Problem** bekannt ist (z. B. häusliche Gewalt).
 - Die Gremien sollten sich auch der **primären Prävention** widmen – falls diese nicht ausreichend von anderen Akteuren geleistet wird. Um diese Lücken zu identifizieren, dient der Austausch in dem Netzwerk; sie zu füllen ist Aufgabe des Gremiums bzw. seiner einzelnen Akteure. Bei der primären Prävention sind allgemeine Erfahrungen aus der Wissenschaft und Praxis zu beachten, die Aussagen darüber treffen, welche Situationenkonstellation unter welchen Bedingungen bei welchen Personen zu Gewalt führen kann und wie dieser Entwicklung entgegenzutreten ist.
 - Wenn gerade **keine akuten, sichtbaren Problemlagen** vorhanden sind, sollte sich das Gremium mit Themen der primären Prävention beschäftigen und/oder Informations- und Fortbildungsmaßnahmen für die Mitglieder (und andere Interessierte) organisieren. Diese Maßnahmen können verhindern, dass das Gremium mangels Problemdruck „einschläft“.
- **Orientierung an gesichertem Wissen aus Evaluation und Praxis:** Die Akteure sollten sich an zur Verfügung gestellten Handlungskonzepten und nutzbar gemachtem Wissen aus der internationalen und nationalen Forschung und Praxis der Gewaltprävention orientieren. Dazu bedürfen sie einer Unterstützung von außen in Form von Praxisberatungen und Fortbildungen, wie unter 4.2 beschrieben.

4.3.13 Aufklärende Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil gewaltpräventiver Gremien. Durch die dort vorhandene gebündelte Expertise ist eine fundierte nach außen gerichtete Informationsarbeit möglich. Diese sollte

- schon bei Planung der Maßnahmen mitbedacht werden,
- aufklärerisch und entdramatisierend sein,
- erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeits- und PR-Strategien aus der Wirtschaft nutzen,
- die lokalen und regionalen Medien durch Informations- und Sensibilisierungsarbeit einbeziehen,
- die Möglichkeiten der Mitgliedsinstitutionen nutzen,
- sich verschiedener Möglichkeiten der Darstellung bedienen, z. B. Artikel, Dauerrubrik, Einlage im Amtsblättchen, eigener Internetauftritt und Informationen auf lokalen Webseiten, Zeitungsberichte, Leserbriefe, Berichte im lokalen und regionalen Radio und Fernsehen, Ausstellungen, Plakate, Aushänge etc.

Bei der Öffentlichkeitsarbeit ist zu bedenken, dass sich nicht alle Maßnahmen gleichermaßen für eine Veröffentlichung eignen (z. B. Vermittlungsbemühungen und Schlichtungen in akuten Fällen sind nur bedingt geeignet).

4.3.14 Qualitätssicherung

- Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass ein differenziertes Verständnis für Qualität und Wirkungen der gewaltpräventiven Arbeit gefördert werden muss. Wenn auch umfassende Evaluierungen nach „harten“ wissenschaftlichen Kriterien für die meisten Akteure schon aufgrund ihrer Ehrenamtlichkeit oder Arbeitsauslastung nicht in Frage kommt, so gilt es jedoch, gangbare Wege der Qualitätssicherung zu beschreiten. Dies kann schon durch eine **fundierte Bestandsaufnahme bzw. Bedarfs- und Problemanalyse und eine gut durchdachte Maßnahmenplanung** entscheidend vorangebracht werden und benötigt keine komplizierten Verfahren.
- Auch eine **prozess- und ergebnisorientierte Evaluation** ist für viele kommunale Akteure ohne übermäßigen Aufwand möglich, etwa durch Dokumentation der Aktivitäten, Einbauen von Feedbackschleifen unter den Akteuren und Zielgruppen, Einsetzen einfacher Fragebögen etc.
- Für eine wissenschaftlich fundierte Begleitung und Wirkungsevaluation der Projekte sind jedoch **Kooperationen mit Instituten und Hochschulen** zu suchen, die – etwa im Rahmen von Forschungsprojekten - Unterstützung leisten können. Aber auch an eine Zusammenarbeit mit z. B. Praktikanten, Diplomanden und Doktoranden ist zu denken. An den Hochschulen finden sich in den relevanten Fachbereichen (z. B. Kriminologie, Soziologie und Psychologie) mit Sicherheit Studierende, die an der Bearbeitung eines praxisbezogenen Themas interessiert sind. Hierzu muss jedoch eine Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Personal der Hochschulen als Betreuer solcher Kooperationen veranlasst werden. Denkbar wäre z. B. ein regionales Treffen mit interessierten Forscher/innen und Dozierenden zur Initiierung einer Zusammenarbeit.
- Evaluation ist gerade in **Schulen** gut möglich, da die Zielgruppen dort über Jahre hinweg erreichbar sind (z. B. Schülerbefragungen) und Lehrpersonal durch kontinuierliche Beobachtung Rückmeldung über die durch bestimmte Maßnahmen initiierte Entwicklung geben kann.

- Man kann zwar nicht (bzw. nur beschränkt) in die Köpfe der Menschen hineinschauen, aber auch **subjektive Einschätzungen** z. B. in Befragungen zu Einstellungen etc. lassen Aussagen zu!
- Zur Qualitätssicherung gehört auch eine **Rückmeldung über Erfolge**, dies stärkt die Motivation der Beteiligten. Ein Feedback sollte auch an die unmittelbar Betroffenen und Beteiligten erfolgen, so z. B. auch an die Beschwerdeführer und Zielgruppen.
- Insgesamt ist in diesem Bereich die **Beratung und Fortbildung** der Akteure, wie unter 4.2 beschrieben, unerlässlich.

4.3.15 Organisations- und Personalentwicklung

Um den Herausforderungen der Gewaltprävention im Sinne der vorgenannten Empfehlungen noch effektiver und effizienter begegnen zu können, sind Maßnahmen der Organisations- und Personalentwicklung in den Gremien gefragt. Gremien und deren Mitglieder sollten dazu angeregt werden, an zu schaffenden Angeboten (siehe 4.2) wie

- Fortbildungen im Team und Teamentwicklungen,
- Supervisions- und Beratungsangeboten,
- moderierten Klausurtagungen zur Klärung von Zielen, Kapazitätenanalyse etc.

teilzunehmen.

Die folgende Übersicht gibt einige Empfehlungen, die bei der Gründung von gewalt- bzw. kriminalpräventiven Gremien eine Rolle spielen. Detaillierte Empfehlungen zu den einzelnen Punkten können sie anderen Abschnitten des Empfehlungskataloges entnehmen.

Empfehlungen zur Gründung eines kommunalen gewalt-/kriminalpräventiven Gremiums

1. Nehmen Sie Kontakt zu der Leitstelle „Kriminalprävention“ auf. Diese kann Sie bei den folgenden Aktivitäten unterstützen.
2. Überzeugen Sie ihre/n Bürgermeister/in, Chef/in, Mitarbeiter/in von der Sinnhaftigkeit von Gewaltprävention.
3. Falls vorhanden, nutzen Sie einen aktuellen Anlass/ein akutes Problem vor Ort, oder auch ein Thema, dass gerade in den Medien behandelt wird.
4. Berufen Sie eine kleine Initiativgruppe von potentiell interessierten und engagierten Personen ein, die aus verschiedenen Bereichen stammen, wie der Politik, Verwaltung, Polizei, Jugendarbeit, Kindergärten, Schulen, freie und kirchliche Träger, Friedensinitiativen etc.. Beachten Sie dabei auch die in einer akuten Problemlage direkt betroffenen Bevölkerungsgruppen und beziehen Sie bereits bestehende relevante Gremien mit ein.
5. Besprechen Sie mit dieser Gruppe Ihre Idee und vereinbaren Sie, weitere Interessierte aus einem breiten gesellschaftlichen und öffentlich-staatlichen Spektrum zu finden.
6. Besprechen Sie auch, wer ein solches Gremium leiten und wie ggf. Finanzen bereitgestellt werden könnten.
7. Laden Sie zu einem offiziellen und öffentlichen Treffen ein. Bewerben Sie dieses im Rathausblatt, in der lokalen Presse etc. Suchen Sie dabei Unterstützung des/der Bürgermeister/in und sprechen Sie Personen gezielt und persönlich an.
8. Gestalten Sie die erste Versammlung als Informationstreffen und Ideenbörse.
9. Veranstalten Sie mit den weiterhin Interessierten ein Treffen, um die Modalitäten der Zusammenarbeit gemeinsam festzulegen. Bestimmen Sie hierbei eine/n mögliche/n Koordinator/in und eine Stellvertreter/in für die Gremienarbeit. Legen Sie gemeinsam Regeln für die Zusammenarbeit, die Kommunikation und Entscheidungsfindung sowie den Turnus der Treffen fest.
10. Analysieren Sie gemeinsam den aktuellen Stand der Gewalt und der Gewaltprävention in ihrer Gebietskörperschaft. Vereinbaren Sie realistische, nicht überhöhte, lang-, mittel- und kurzfristige Ziele ihrer Gremienarbeit und Kriterien, anhand derer Sie ihren Erfolg messen können. Besprechen Sie auch, welche unbeabsichtigten negativen Wirkungen die Gremienarbeit haben könnten und wie diese zu vermeiden oder zu lindern sind. Beugen Sie Frustration vor, Projekte können auch mal scheitern!
11. Vereinbaren Sie Ihren Umgang mit der Öffentlichkeitsarbeit, beziehen Sie die lokalen Medien in Ihre Arbeit ein.
12. Richten Sie ggf. Arbeitsgruppen oder Projektgruppen zu bestimmten Themen ein. Innerhalb dieser Arbeitsgruppen sollten Schritte 9 und 11 gesondert stattfinden.
13. Die Gründungseuphorie lässt in der Regel nach einer Zeit nach. Halten Sie gemeinsam die dann häufig entstehenden Spannungen aus – denn insbesondere intensive Kooperation ist konfliktanfällig. Arbeiten Sie gemeinsam daran, die Spannungen zu bearbeiten und zu überwinden.⁴⁵
14. Greifen Sie auf die von der Leitstelle „Kriminalprävention“ und ihrer Kooperationspartner angebotenen Informationen, Praxisberatung und Fortbildungen zurück.

Schlussbemerkung

Die Aufgaben kommunaler Gewaltprävention sind grundsätzlich nichts Neues: die Verhinderung von Gewalt ist seit jeher eine zentrale Aufgabe von sozialen Systemen. Kommunale kriminalpräventive Gremien und andere Netzwerke der Gewaltprävention übernehmen neuerdings Aufgaben, die in der Vergangenheit in den Nachbarschaften und Kommunen auf andere Art und Weise geregelt waren. Heute verlangt die Zersplitterung gesellschaftlicher Aufgaben in vielfältige Institutionen solche neuen Formen der Kooperation und die Vernetzung relevanter Akteure. Der Ausbau und die Unterstützung dieser Netzwerke sind zentral, um Phänomenen der Gewalt entschlossen entgegenzutreten und ein friedliches Miteinander zu fördern.

Nach einer Zeit der Sensibilisierung für die Themen der (kommunalen) Gewaltprävention, vor allem seit den 1990er Jahren, geht es nun insbesondere darum, die Akteure und deren gewaltpräventive Arbeit zu qualifizieren. Hierzu muss das vorhandene Handlungswissen aus Wissenschaft und Praxis nutzbar gemacht und in Form von Praxisberatung und Weiterbildungsangeboten an die kommunalen und regionalen Akteure herangetragen werden. Um dies zu leisten, sind staatliche Institutionen auf Landes- und Bundesebene, aber auch zivilgesellschaftliche Anbieter gefragt. Vorhandene Kompetenzen müssen genutzt, neue müssen aufgebaut werden. Der vorliegende Projektbericht hat hierzu hilfreiche Erkenntnisse, Anregungen und konkrete Empfehlungen zusammengetragen. Nun liegt es an den Entscheidungsträgern, auf das vorhandene Wissen zu bauen und die aktuellen Herausforderungen anzugehen. Die Klaus Jensen Stiftung ist optimistisch, dass der vorliegende Bericht hierzu eine nützliche Basis liefert.

Anmerkungen

¹ „Gewalt ist ein vielschichtiger Begriff und lässt sich weder etymologisch (sprachhistorisch), noch empirisch oder philosophisch-phänomenologisch eindeutig definieren. Da Gewalt gemeinhin als verwerflich aufgefasst wird, setzt die Definition von Gewalt immer auch ein moralisches Urteil und damit einen normativen Standpunkt voraus, was auch bedeutet, dass das Gewaltverständnis historisch variabel ist. Für die Arbeit innerhalb des Projektes Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz ist dennoch eine Definition und begriffliche Eingrenzung als Arbeitsgrundlage von Vorteil. Sie soll der Orientierung für die an der Projektdurchführung beteiligten Personen dienen, bedeutet jedoch auch, dass das Verständnis der in die empirischen Erhebungen einbezogenen Personen davon abweichen kann.“

Fragen, die helfen, „Gewalt“ einzugrenzen lauten: Wer (übt Gewalt aus; Täter)? Was (geschieht; Phänomenologie)? Wie (wird sie ausgeübt)? Wem (gilt sie; Opfer)? Weshalb (Rechtfertigung)? Wozu (Ziel)? Warum (Ursache)? Nach Anton Hügli (2005) soll zwischen „Gewalt erfahren“ und „Gewalt ausüben“ unterschieden werden:

Gewalt erfahren heißt, „eine negative Einwirkung erfahren, die sich gegen Leib und Leben, gegen unsere Freiheit, gegen unser Hab und Gut oder gegen unsere soziale Existenz richten kann. Negativ heißt die Einwirkung, wenn sie entweder als leidvoll und schmerzvoll erlebt wird oder als objektiv schädigend, verletzend, zerstörend, vernichtend oder wie auch immer bezeichnet werden kann.“

Gewalt muss also nicht unbedingt als solche vom Opfer erfahren werden. Dennoch sollte ein Opfer eindeutig ausgemacht werden können. So wird z.B. Vandalismus als gegen öffentliches Gut gerichtete Zerstörung in diesen Zusammenhang nicht in die Untersuchung mit aufgenommen. Wer erfährt Gewalt? Jeder Mensch kann Gewalt erfahren (Gewalt gegen Tiere wird in der Studie nicht berücksichtigt). Menschen lassen sich je nach typischen Gewalterfahrungen oder Vulnerabilitäten („Verletzlichkeiten“) in Gruppen einteilen, z.B. Kinder, Jugendliche, Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Asylbewerber, Deviante („Norm-Abweichler“) u. v. m.

Nach der obigen Definition *übt Gewalt aus*, „wer absichtlich, sei es als Selbstzweck oder als Mittel zum Zweck oder zumindest als voraussehbare Nebenfolge seines Handelns, andere Personen Gewalt erleiden lässt.“

Im Allgemeinen muss zwischen Gewalt, Devianz und krimineller Tat unterschieden werden. Letztere Begriffe spielen für die Untersuchung nur insoweit eine Rolle, wenn sie Gewalt beinhalten. Weitere Begriffe von denen Gewalt unterschieden werden muss, sind u.a. Macht (Gewalt kann *ein* Mittel sein, Macht auszuüben) und Zwang (als Androhung von Gewalt).

Wer übt Gewalt aus? Neben personaler Gewalt kann von institutioneller Gewalt gesprochen werden (Gewalt durch Institutionen bzw. ihren Personen). Der Begriff der *strukturellen Gewalt* (Galtung) würde das Untersuchungsfeld zu weit ausdehnen. In diesem Zusammenhang wird in Anlehnung an Hügli von (Un)Gerechtigkeit gesprochen werden. Strukturelle Gewalt wird somit nicht als ausgeübte Gewalt betrachtet, sondern als erfahrene Ungerechtigkeit, die als eine mögliche Bedingung für Gewalthandeln gelten kann. In diesem Zusammenhang unterscheidet Avishai Margalit: zivilisierte Gesellschaften, in denen die Gewalt zwischen Menschen geächtet ist, gezügelte Gesellschaften, in denen auch die Institutionen keine Gewalt ausüben, anständige oder gerechte Gesellschaften, in denen es keine Demütigungen resp. keine Kränkungen gibt. Weiterhin werden die Begriffe der *symbolischen* (Bourdieu) und *kulturellen* (Passeron) *Gewalt* nicht berücksichtigt.

Ebenso wie bei Opfern der Gewalt können auch bei Tätern der Gewalt, neben der obigen Unterscheidung in personale und institutionelle Gewalt, verschiedene Gruppen gebildet werden, z.B. Gewalt durch Eltern, Jugendliche Gangs, Männer, Pflegepersonal, Rechtsextreme, Vigilanten (Menschen, die gegen Deviante handeln) etc.

Quelle: Jäger, J. A., Klaus Jensen Stiftung: Arbeitsgrundlage für das Projekt „Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz“ (2006).

² Bei drei der einbezogenen Fragebögen lagen keine Ortsangaben vor. Da die Daten anonym erhoben wurden, war die Herkunft der Fragebögen auch nicht ohne Zweifel nachzuvollziehen. 11 Fragebögen wurden aus der Analyse ausgeschlossen, da sie sich z.B. auf andere Institutionen oder Gremien als die kriminalpräventiven bezogen.

³ Korrelationskoeffizient $r = .298$, $p > .002$, $N = 108$; Determinationskoeffizient $r^2 = 8.88\%$

Der Korrelationskoeffizient gibt den statistischen Zusammenhang (die gemeinsame Varianz) zwischen zwei Variablen an. Er macht jedoch keine Aussage über Kausalität, indiziert also keine Ursache-Wirkungs-Beziehung. Die Angabe nach dem Koeffizienten betrifft die Fehlerwahrscheinlichkeit p , also die Wahrscheinlichkeit, dass der Korrelationskoeffizient fehlerbehaftet ist. N gibt die Anzahl der berücksichtigten Werte aus dem Fragebogen an. Der nachfolgende Determinationskoeffizient errechnet sich aus dem Korrelationskoeffizienten und gibt den prozentualen Anteil der Varianz der einen Variablen an, die durch die andere Variable erklärbar ist.

Für die Korrelationen wurden die beiden vierstufigen Items (Aktivität und Effektivität) in dreistufige Items umkodiert. Hierzu wurden die Antwortkategorien „sehr aktiv“, „sehr effektiv“ mit den Antwortkategorien „aktiv“ bzw. „effektiv“ zusammengefasst.

⁴ Korrelationskoeffizient $r = .645$, $p < .000$, $N = 110$; Determinationskoeffizient $r^2 = 41.6\%$

⁵ Korrelationskoeffizient $r = .405$, $p < .000$, $N = 113$; Determinationskoeffizient $r^2 = 16.4\%$

⁶ Korrelationskoeffizient $r = .315$, $p < .001$, $N = 104$; Determinationskoeffizient $r^2 = 9.9\%$

⁷ Korrelationskoeffizient $r = .464$, $p < .000$, $N = 101$; Determinationskoeffizient $r^2 = 21.5\%$

-
- ⁸ Korrelationskoeffizienten zw. $r = .29$ und $r = .415$; $p = .001$ bis $.017$; Determinationskoeffizient zw. $r^2 = 8.4$ und $r^2 = 17.2$
- ⁹ Korrelationskoeffizienten zw. $r = .29$ und $r = .399$; $p = .002$ bis $.036$; Determinationskoeffizient zw. $r^2 = 8.4$ und $r^2 = 15.9$
- ¹⁰ Chi² nach Pearson: zwischen $\chi = 16.15$ und $\chi = 5.21$, $p < .000$ bis $.022$, $N = 53$ bis $N = 63$ (aggregierte Daten)
- ¹¹ Korrelationskoeffizienten $r = .684$ und $r = .492$; $p = .000$; Determinationskoeffizient zw. $r^2 = 46.79$ und $r^2 = 24.21$
- ¹² Der Einfluss ist hier in beide Richtungen denkbar: Gremien sind deshalb aktiv und effektiv, weil sie „sich in der Szene auskennen“ und kooperieren, oder aber sie werden von anderen angesprochen, weil sie aktiv und effektiv sind.
- ¹³ Aus folgenden Landkreisen liegen Antworten vor: Vier Fragebögen kamen aus der Südlichen Weinstraße, drei jeweils aus dem Rheinpfalz-Kreis und aus Neuwied, jeweils zwei Antworten kamen aus Ahrweiler, Altenkirchen, Bad Kreuznach, Rhein-Lahn, Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg, Bad Dürkheim und dem Donnersbergkreis. Ein Fragebogen kam jeweils aus den Landkreisen Birkenfeld, Cochem-Zell, Rhein-Hunsrück, Westerwald, Bitburg-Prüm, Daun, Gernersheim, Kusel und Mainz-Bingen.
- ¹⁴ Siehe: www.rigg-rlp.de (aufgerufen am 11.05.2007)
- ¹⁵ Siehe: www.soziale-stadt.rlp.de und www.sozialestadt.de (aufgerufen am 11.05.2007)
- ¹⁶ Siehe: www.therapie-sociale.com (aufgerufen am 11.05.2007)
- ¹⁷ Siehe: www.agf-trier.de, www.eirene.org und www.ifgk.de (aufgerufen am 11.05.2007)
- ¹⁸ Siehe: www.konfliktbearbeitung.net (aufgerufen am 11.05.2007)
- ¹⁹ Schwind, H.-D. (Hrsg.) (1990). Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt: Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission) (Band I-IV). Berlin: Duncker & Humblot.
- ²⁰ Erstgutachten der Unterkommission Soziologie, in: Schwind, H.-D. (Hrsg.) (1990) S. 299 ff. Ibid.
- ²¹ Eckert, R. (2006) in: Egg, R. (Hrsg.): Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention. Wiesbaden: Kriminologische Zentralstelle. S. 107 ff.
- ²² Linder & Freud (2001) in: Van den Brink, H. (2005): Kommunale Kriminalprävention. Mehr Sicherheit in der Stadt? Eine qualitative Studie über kommunale Präventionsgremien. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft. S. 51
- ²³ Ziercke, J. (2003): Kommunale Kriminalprävention. Die künftige Rolle der Polizei aus kommunal- und kriminalpolitischer Sicht. In: Kriminalistik, Jg. 57, H.5. S. 270-276.
- ²⁴ Heinz, W. (2004): Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht in: Kerner, H.-J. & Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover. www.praeventionstag.de (aufgerufen am 08.05.2007)
- ²⁵ Beispielsweise sind Sport- und Freizeitprogramme im Allgemeinen nicht zur Gewaltprävention geeignet, wenngleich sie viele andere positive Wirkungen haben. Zum einen ist es kontraproduktiv, Risikogruppen von Jugendlichen zusammenzubringen. Sport alleine reicht zudem nicht aus, sondern braucht Zusatzangebote z.B. in Form von Sozialverhaltenstrainings. Einzelevents (z.B. „Midnightballs“) sind nicht erfolgreich, es sein denn in Verbindung mit kontinuierlicher Betreuung und Begleitung und mit einem klaren sozialpädagogischen Ansatz. Ein weiteres Problem stellt die Tatsache dar, dass gerade die eigentlichen problematischen Zielgruppen durch solche Maßnahmen nicht erreicht werden.
- ²⁶ Zum Beispiel: Gewalt durch Migranten/innen und Aussiedler/innen, ein beliebtes Thema. Jedoch: Gibt es sie? Laut Zweitem Periodischen Sicherheitsberichts der Bundesregierung gibt es keine, im Vergleich zu anderen Gruppen erhöhte „Spätaussiedlerkriminalität“. Ggf. vorhandene erhöhte Kriminalitätsstatistik bei Migranten lässt sich weitgehend durch eine Kombination von sozial-ökonomischen Faktoren wie Geschlecht, Alter, soziale Schicht etc. erklären – hinzu kommt das Anzeigeverhalten der Bevölkerung, das bei nicht-deutschen Tätern bis zu 18% höher liegt als bei deutschen. Nebenbei sei erwähnt, dass diesen Tätern längere Strafen zugemessen und häufiger Untersuchungshaft und unbedingte Freiheitsstrafen verordnet werden.
- ²⁷ Günstiger sind z.B. Trainingsprogramme für umfassende Verhaltenstechniken und Sozialkompetenz, die langfristig angelegt sind und viele Trainingseinheiten umfassen: Trenz, C. (2004): Qualitätsmerkmale von Gewaltprävention. Erkenntnisse aus der Evaluationsforschung, AJS Forum (1). S. 4 ff.
- ²⁸ Balsler et al. (Hrsg.) (1997): Schulprogramm Gewaltprävention. Ergebnisse aktueller Modellversuche. Luchterhand / bmb+f.
- ²⁹ Van den Brink, H. (2005): Kommunale Kriminalprävention. Mehr Sicherheit für die Stadt? Eine qualitative Studie über kommunale Präventionsgremien. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaften. S. 53
- ³⁰ Fuchs, M., Lamnek, S., Luedtke, J. & Baur, N. (2005): Gewalt an Schulen. 1994 - 1999 - 2004. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- ³¹ Schwind, Hans-Dieter (Hrsg.) (1990). Ibid.
- ³² Erstgutachten der Unterkommission Soziologie (1990). In Schwind, H.-D. (Hrsg.). Ibid.

-
- ³³ Kindler, H. & Unterstaller, A. (2006): Primäre Prävention von Partnergewalt: Ein entwicklungsökologisches Modell in: Kavemann, B. & Kreyssig, U. (Hrsg.): Handbuch Kinder und häusliche Gewalt. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- ³⁴ Eckert, R. (2006) in: Egg, R. (Hrsg.). Ibid
- ³⁵ Heinz, W. (2004): Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht in Kerner, H.-J. & Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover. www.praeventionstag.de (aufgerufen am 08.05.2007)
- ³⁶ Landespräventionsrat Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2005): Projektmacher. Ideen – Strategien – Konzepte. Mainz: Ministerium des Innern und für Sport / Leitstelle „Kriminalprävention“.
- ³⁷ Die Justiz ist zwar vorrangig im Bereich der tertiären Prävention gefragt, muss aber auch über Wissen der Ursachen von Kriminalität verfügen. Die Teilnahme an kriminalpräventiven Gremien würde sich schon aus Eigennutz lohnen. Aber auch die anderen Gremienmitglieder können von den Erfahrungen und Sichtweisen der Justiz profitieren, insbesondere eignen sie sich als Informanten und können einen wichtigen Beitrag zur Aufklärungsarbeit durch Entdramatisierung leisten. Ihre Einbeziehung kann basierend auf ihrem originären Auftrag zur tertiären Prävention beruhen.
- Siehe auch DVJJ in: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ) / AG Jugendkriminalprävention: Position der DVJJ zu Jugendkriminalprävention. (www.dvjj.de, aufgerufen am 12.04.2007).
- ³⁸ Püttner, N. (2002, S. 78): Kommunalpolitik als Kriminalpolitik. Über die Verwandlung des Politischen in der Präventionsgesellschaft in: Prätorius, R. (Hrsg.): Wachsam und kooperativ? Der lokale Staat als Sicherheitsproduzent. Baden-Baden: Nomos, S. 64-79. Zitiert nach Van den Brink, H. (2005, *ibid.*, S. 57).
- ³⁹ Kreyssig, U. (2006): Interinstitutionelle Kooperation – mühsam aber erfolgreich in: Kavemann, B. & Kreyssig, U. (Hrsg.): Handbuch häusliche Gewalt. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 225 ff.
- ⁴⁰ Kreyssig, U. (2006) (*Ibid.*)
- ⁴¹ Siehe hierzu z.B. die Argumentation des DVJJ in: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ) / AG Jugendkriminalprävention: Position der DVJJ zu Jugendkriminalprävention. (www.dvjj.de, aufgerufen am 12.04.2007)
- ⁴² Die deutschlandweite Studie zu kommunaler Kriminalprävention von Verena Schreiber hat gezeigt, dass sich Gremien mit Lenkungsgruppe unabhängig von ihrer Größe als effektiver bewerten. Schreiber, V. (2007): Lokale Präventionsgremien in Deutschland. Frankfurt: Forum Humangeographie 2. (www.humangeographie.de, aufgerufen am 09.05.2007)
- ⁴³ Pleiger, D. (2003): Verbesserung der Kooperation und Kommunikation von Kriminalpräventiven Räten in Mecklenburg-Vorpommern – Das Beispiel Rostock in: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): Evaluierter Kriminalitätsprävention in der Kinder- und Jugendhilfe. Erfahrungen und Ergebnisse aus fünf Modellprojekten. München: DIJ. S. 99 ff. (www.dij.de/jugendkriminalitaet)
- ⁴⁴ Obergfell-Fuchs, J. (2001): Ansätze und Strategien kommunaler Kriminalprävention: Begleitforschung im Pilotprojekt kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg anhand der Stadt Freiburg im Breisgau. Freiburg: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.
- ⁴⁵ Van den Brink, H. (2005) (*Ibid.*)

Anhang

Der Anhang beinhaltet die Internetseiten, Literatur, Projekte und Institutionen, die im Verlauf des Projektes recherchiert wurden. Die Rechercheergebnisse werden nach folgenden Themengebieten aufgeführt:

- | | |
|---|-------------------------------|
| 1. Übergreifende Themen | 7. Jugendgewalt |
| 2. Fremdenfeindlichkeit | 8. Kinder |
| 3. Gewalt gegen Frauen | 9. Kommunale Gewaltprävention |
| 4. Gewalt in engen sozialen Beziehungen | 10. Mobbing |
| 5. Gewalt in der Schule | 11. Sexueller Missbrauch |
| 6. Integration | 12. Sonstiges |

Innerhalb der einzelnen Themengebiete sind die Einträge nach Internetseiten, Literatur sowie Institutionen und Projekte untergliedert.

1. Übergreifende Themen

1.1 Datenbanken im Internet

Europäisches Netz für Kriminalprävention EUCPN

Die englischsprachige Seite informiert über bewährte Methoden im Bereich der Prävention und soll der Stärkung von Kriminalprävention auf EU-Ebene dienen. Sie beinhaltet auch eine Best-Practice-Datenbank.

<http://www.eucpn.org>

FODOK - Bundeskriminalamt

Die Infopool-Projekt Datenbank des BKA dient vor allem dem Ziel, solche Projekte/Initiativen oder auch angewandte Konzepte abzubilden, die aufgrund erzielter Wirkungen oder potentieller Wirkungen als in ihrer Art nachahmenswert anzusehen sind und die im Ausland häufig als "good practice" bezeichnet werden.

<http://infodok.bka.de>

PräVIS

Informationen über Projekte, Kampagnen, Veranstaltungen, Gremien, Institutionen, Arbeitsgruppen, Literatur und Medien zum Thema Prävention mit Suchmaske (Themen, Zielgruppen, Beteiligte, ...)

<http://www.praevis.de>

Präventionsdatenbank

Projekt Datenbank der Leitstelle „Kriminalprävention“.

<http://www.polizei.rlp.de/pol-db-inet/projekte2.jsp>

1.2 Literatur

Buchhandel

Bierhoff, Hans Werner, Ulrich Wagner (Hrsg.): Aggression und Gewalt. Phänomene, Ursachen und Interventionen, Stuttgart 1998.

Texte zu theoretischen Perspektiven, Anwendungsaspekten und Reduktion von Gewalt.

Bundeskriminalamt: Kriminalprävention in Deutschland. Länder-Bund-Projektsammlung. Ausgewählte Dokumente aus dem "Infopool Prävention", Neuwied 2000.

Enthält Informationen über wirkungsvolle Präventionsprojekte.

Heitmeyer, Wilhelm, John Hagan (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002.
Umfassende Aufsatzsammlung zur Gewaltforschung.

Küchenhoff, Joachim, Anton Hügli, Ueli Mäder (Hrsg.): Gewalt. Ursachen, Formen, Prävention, Gießen 2005.
Aufsätze zum Thema Gewalt unter philosophischen, therapeutischen und soziologischen Gesichtspunkten.

Schwind, Hans-Dieter (Hrsg.): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission). Endgutachten und Zwischengutachten der Kommission, Berlin 1990.

Sherman, Laurence W., David P. Farrington, Brandon C. Welsh, Doris Layton MacKenzie (Hrsg.): Evidence-Based Crime Prevention, London New York 2002.

Englischsprachiges Standardwerk zur Kriminalitätsprävention, enthält Aufsätze u.a. zu den Themen Gewalt in Familien, Schulgewalt, kommunale Kriminalprävention und Kriminalität auf öffentlichen Plätzen.

Internetliteratur

Allgemeines

Bundeskriminalamt: Kriminalprävention. Sammlung ausländischer Präventionsprojekte, 2003.

http://www.bka.de/vorbeugung/pub/sammlung_auslaendischer_praeventionsprojekte_2003.pdf (gesehen am 30.4.2007)

Bundeskriminalamt: Kriminalprävention in Deutschland. Bund-Länder-Projektsammlung, 2003.

http://www.bka.de/vorbeugung/pub/laender_bund_projektsammlung_2003.pdf (gesehen am 4.5.2007)

Bundeszentrale für politische Bildung: Aus Politik und Zeitgeschehen 46/2005, Themenheft Kriminalitätsprävention.

Inhalt: Auf dem Weg in die Präventionsgesellschaft? (Hermann Strasser, Henning van den Brink), Verknüpfung von Repression und Prävention in Oberhausen (Heide Flachskampf-Hagemann, Norbert Schmidt), Staatlichkeit im Wandel am Beispiel der Kriminalprävention (Peter Kolbe), Ist Vorbeugen besser als Heilen? (Anja Mensching), Kriminalpräventive Maßnahmen bei jungen Aussiedlern (Thomas Schweer, Steffen Zdun).

Als Download unter <http://www.bpb.de> → Publikationen → Aus Politik und Zeitgeschehen.

Heitmeyer, Wilhelm, Monika Schröttle (Hrsg.): Gewalt - Beschreibungen, Analysen, Prävention, Bonn 2006.

Einführung zu verschiedenen Aspekten von Gewalt.

Für geringen Unkostenbeitrag zu bestellen bei der Bundeszentrale für politische Bildung <http://www.bpb.de> → Publikationen.

Berichte

Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2006.

Der Bericht wurde unter maßgeblicher Beteiligung namhafter Wissenschaftler verfasst und gibt ein umfassendes Bild der Kriminalitätslage und -entwicklung in Deutschland wieder.

Der Bericht kann in Lang- und Kurzfassung als pdf unter <http://www.bmi.bund.de> → Downloads herunter geladen werden.

Institut für Kriminalwissenschaften: Düsseldorfer Gutachten. Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen, Düsseldorf 2002.

U.a. Übersicht über 61 Studien zu Präventionsmodellen in aller Welt.; deutsche Zusammenfassung der Sherman-Studie (s.u.).

<http://www.duesseldorf.de/download/dg.pdf> (gesehen am 30.4.2007)

Kommission Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes: Jahresbericht 2005.

<http://www.polizei-beratung.de/mediathek/kommunikationsmittel/dokumentationen/> (gesehen am 4.5.2007)

Polizei Rheinland-Pfalz: Kriminalstatistik 2006

<http://www.polizei.rlp.de> → Statistiken → Kriminalstatistik

Sherman, Lawrence W. et al: Preventing Crime: What works, what doesn't, what's promising, 1997

Studie zur Kriminalprävention für den Kongress der USA mit wissenschaftlicher Wirkungsevaluation kriminalpräventiver Ansätze. Deutsche Zusammenfassung im Düsseldorfer Gutachten.

<http://www.ncjrs.gov/works/> (gesehen am 30.4.2007)

WHO - Weltgesundheitsorganisation: Recommendations from the World Report on Violence and Health, 2002.

Empfehlungen des Weltberichts Gewalt und Gesundheit auf zwei Seiten.

<http://www.who.int/violenceprevention/publications/en> (gesehen am 22.2.2007)

WHO - Weltgesundheitsorganisation: Weltbericht Gewalt und Gesundheit – Zusammenfassung, 2003
<http://www.who.int/violenceprevention/publications/en> (gesehen am 22.2.2007)

WHO: World Report on Violence and Health, 2002.

Weltbericht Gewalt und Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation mit Kapiteln u.a. zu Gewalt in engen sozialen Beziehungen, Jugendgewalt, Gewalt an älteren Menschen.

<http://www.who.int/violenceprevention/publications/en> (gesehen am 22.2.2007)

Evaluationen und Best Practices

Bässmann, Jörg: Best Practice in der Kriminalprävention, 2002.

http://www.kriminalpraevention.de/forum/archiv/Best_practice.pdf (gesehen am 4.5.2007)

Institut für Kriminalwissenschaften: Düsseldorfer Gutachten. Leitlinien wirkungsorientierter Kriminalprävention, Düsseldorf 2002.

<http://www.duesseldorf.de/download/dgll.pdf> (gesehen am 16.5.2007)

Linssen, Ruth, Anja Meyer: Evaluation. Wie kommt der Berg zum Propheten? Oder: Wie kommt die Qualität in die Präventionspraxis?
<http://www.beccaria.de> → Downloads.

Marks, Erich, Anja Meyer, Ruth Linssen (Hrsg.): Quality in Crime Prevention, Hannover 2005.

Englischsprachige Aufsatzsammlung zum Thema Evaluation und Qualitätssicherung in der Kriminalprävention.

<http://www.beccaria.de> (gesehen am 23.5.2007)

Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat): Leitfaden zur praxisorientierten Erfolgskontrolle, 2005.

<http://www.landespraeventionsrat.hessen.de> → Publikationen (gesehen am 30.4.2007)

Trenz, Carmen: Qualitätsmerkmale von Gewaltprävention. Erkenntnisse aus der Evaluationsforschung, in AJS-Forum 1/2004, S. 4-6.

<http://www.ajs.nrw.de/presse/blatt.html> (gesehen am 20.4.2007)

Zentrale Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes: Leitfaden Evaluation. Eine Arbeitshilfe für die Evaluation, Stuttgart 2003.

Der rund 100 Seiten umfassende Band enthält, neben grundlegenden Informationen zum Thema, einen aus 14 Arbeitsschritten bestehenden Leitfaden zur Evaluation. Darüber hinaus werden Hilfestellungen für die praktische Anwendung des Leitfadens sowie Hinweise zur Durchführung von Evaluationen gegeben.

<http://www.polizei-beratung.de/mediathek/kommunikationsmittel/dokumentationen> (gesehen am 4.5.2007)

1.3 Institutionen und Projekte

Archiv Forum Kriminalprävention

Hier stehen die Infohefte des Deutschen Forums Kriminalprävention zum kostenlosen Download zur Verfügung.
<http://www.kriminalpraevention.de/forum/index.html>

Beccaria Programm

Das Beccaria-Programm vermittelt Basiskompetenzen für die Präventionsarbeit, Know-how für die Planung, Durchführung und Überprüfung von Projekten, entwickelt Module für ein Trainingsprogramm und konzipiert einen Masterstudiengang Crime Prevention.

<http://www.beccaria.de>

Blueprints for Violence Prevention

Die englischsprachige Seite des Center for the Study and Prevention of Violence (CSPV) der Universität Colorado informiert über Projekte, die vom CSPV evaluiert und für gut befunden wurden.

<http://www.colorado.edu/cspv/blueprints>

Bundesarbeitsgemeinschaft Prävention & Prophylaxe e.V.

Netzwerk mit den Themenschwerpunkte: sexualisierte Gewalt, Kindesmisshandlung, Kindesvernachlässigung, emotionaler Missbrauch, Sucht- und Suchtentwicklung, Gewalt unter Kindern und Jugendlichen, Gewaltdarstellungen in den Medien, Einflussnahme durch Sekten, Selbstverletzung.

<http://www.praevention.org>

Bundeskriminalamt - Kriminalprävention

Unter Kategorie Kriminalwissenschaften >> Kriminalprävention: Informationen des BKA zur Kriminalprävention.

<http://www.bka.de>

Dekade zur Überwindung von Gewalt

Die Dekade zur Überwindung von Gewalt: Kirchen für Frieden und Versöhnung 2001 - 2010 (DOV) ist eine Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen. Die Dekade ist eine weltweite Bewegung, die versucht, bereits bestehende Friedensnetzwerke zu stärken und zur Entstehung neuer Netzwerke anzuregen.

<http://gewaltueberwinden.org/de.html>

Deutscher Präventionstag

Webseite des Deutschen Präventionstages mit Dokumentationen der Präventionstage seit 1995 mit den jeweiligen Schwerpunktthemen und anderen Publikationen.

<http://www.praeventionstag.de>

Europäisches Zentrum für Kriminalprävention e.V.

Praxisorientiertes Forschungs- und Beratungsinstitut, gegründet u.a. von der Universität Münster und Enschede/NL. Arbeitet hauptsächlich zur technischen Prävention.

<http://www.ezkev.de>

Gütesiegel Gewaltprävention

Das Gütesiegel bietet Leistungsnachweise für Programme zur Prävention von Gewalt, Rechtsextremismus sowie interkulturellen Konflikten und wird vom Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen betreut.

<http://www.bdp-politische.de/aktuell/guetesiegel.html>

Kriminalprävention im Bundesministerium für Justiz

Informationen des Bundesministeriums der Justiz zur Kriminalprävention.

http://www.bmj.bund.de/enid/a1e505f555391c687d3911b12c66b32c,0/Strafrecht/Kriminalpraevention_oj.html

Kriminologisches Forschungsinstitut

Das unabhängige, interdisziplinär arbeitende Forschungsinstitut unter der Leitung von Prof. Christian Pfeiffer betreibt als selbständige Forschungseinrichtung praxisorientierte kriminologische Forschung.

<http://www.kfn.de>

Kriminologische Zentralstelle

Forschungs- und Dokumentationseinrichtung des Bundes und der Länder für den Bereich der Strafrechtspflege.

<http://www.krimz.de>

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Informationen über die Stiftung und deren Projekte, Zeitschrift, PräViS-Datenbank etc.

<http://www.kriminalpraevention.de>

Werkstatt für gewaltfreie Aktion

Friedenspolitische Bildungseinrichtung, die mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Berufsgruppen und Initiativen Seminare und Trainings in gewaltfreier Konfliktaustragung durchführt.

<http://www.wfga.de>

WHO-Violence Prevention Alliance

Netzwerk von Mitgliedsstaaten der Weltgesundheitsorganisation und Nichtregierungsorganisationen zur Gewaltprävention.

<http://www.who.int/violenceprevention/en>

2. Fremdenfeindlichkeit

2.1 Literatur

Buchhandel

Bundesministerium der Justiz: Projekt Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige - insbesondere: junge Menschen, Berlin 2006.

Bericht in vier Bänden: 1. Endbericht der Arbeitsgruppe, 2. Einführung und Empfehlungen der Arbeitsgruppe (Lang- und Kurzfassung) und das Gutachten "Maßnahmen zur Kriminalprävention im Bereich Hasskriminalität unter besonderer Berücksichtigung primär präventiver Maßnahmen", 3. Workshop-Reader, 4. Tagungsband Symposium.

Bundeskriminalamt: Kriminalprävention. Rechtsextremismus - Antisemitismus – Fremdenfeindlichkeit, Neuwied 2000.

Stellt u.a. ausgewählte nationale Präventionsprojekte und Institutionen zusammen.

Eckert, Roland: Extremismus und kein Ende. Zur Dynamik von Radikalisierung, in: Egg, Rudolf: Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention, Wiesbaden 2006.

Klees, Katharina, Fritz Marz, Elke Moning-Konter: Gewaltprävention. Praxismodelle aus Jugendhilfe und Schule, Weinheim/München 2003.

Stellt vor dem Hintergrund rechter Gewalt die praktische Arbeit in Rheinland-Pfalz vor.

Internetliteratur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus", 2006.

http://www.entimon.de/content/e28/e45/e826/Abschlussbericht_zum_Aktionsprogramm.pdf (gesehen am 23.4.2007)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Gemeinsam für Demokratie, Berlin 2006.

<http://www.bmfsfj.aktiv-gegen-hass.de/ergebniskonferenz/babcom/> (gesehen am 23.4.2007)

Bundeszentrale für politische Bildung: Vorurteile, Themenheft Informationen zur politischen Bildung 271/2005.

Bestellbar bei infoservice@franzis-online.de

Decker, Oliver, Elmar Brähler: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, 2006.

Studie der Friedrich Ebert Stiftung.

http://www.fes.de/rechtsextremismus/pdf/Vom_Rand_zur_Mitte.pdf (gesehen am 2.5.2007)

Kuntze, Gerhard, Stéphanie Jouteux: Aktiv in der Kommune gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Der Aktionsplan und die Workshop-Methode, Mainz 2002.

<http://www.kriminalpraevention.de/download-data.htm> (gesehen am 4.5.2007)

Pilz, Gunter A.: "Deutschland den Deutschen" – Gedanken und Fakten zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der Fußballszene.

<http://www.sportwiss.uni-hannover.de/start/Forschung/Online-Publikationen> (gesehen am 18.4.2007)

Scheer, Albert: Pädagogische Interventionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Eine Handreichung für die politische Bildungsarbeit in Schulen und der außerschulischen Jugendarbeit.

http://home.ph-freiburg.de/scherrfr/paed_interv_scherr (gesehen am 28.5.2007)

Schweer, Thomas, Steffen Zdun: Kriminalpräventive Maßnahmen bei jungen Aussiedlern in: Aus Politik und Zeitgeschehen 46/2005.

<http://www.bpb.de/publikationen/7K8K4B,,0,Kriminalit%E4tspr%E4vention.html> (gesehen am 28.5.2007)

Wagner, Hartmut: Drogen-, Gewalt- und Kriminalprävention der Mobilen Jugendarbeit bei Jugendlichen aus Aussiedler-Familien - Das Beispiel Buckenberg-Haidach in Pforzheim in: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention: Evaluierte Kriminalitätsprävention in der Kinder- und Jugendhilfe. Erfahrungen und Ergebnisse aus fünf Modellprojekten, München 2003, S. 129-173.

<http://www.dji.de/jugendkriminalitaet> (gesehen am 18.4.2007)

2.2 Institutionen und Projekte

Aktiv gegen Hass - Aktionsprogramm "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus"

Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Es besteht aus den drei Teilprogrammen CIVITAS, ENTIMON und XENOS.

<http://www.bmfsfj.aktiv-gegen-hass.de>

Arbeitsstelle Rechtsextremismus Sachsen-Anhalt

Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus – kompetente Zivilgesellschaft bietet interessierten Akteuren/innen aus Jugendarbeit, Schule und Kommunalpolitik, Beratung und Unterstützung in der Auseinandersetzung mit den Aktivitäten rechtsextremer Gruppen an.

<http://www.miteinander-ev.de>

Bündnis Demokratie und Toleranz

Initiative der Bundesregierung gegen Extremismus und Gewalt.

<http://www.buendnis-toleranz.de>

Civitas

CIVITAS fördert Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kultur und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Unterstützt wird die Entwicklung örtlicher zivilgesellschaftlicher Projekte und Initiativen, deren zentrale Elemente auf den Werten von Pluralität, Humanität, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung basieren.

<http://www.jugendstiftung-civitas.org>

entimon - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus

Das Programm entimon ist Teil des Aktionsprogramms der Bundesregierung "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus".

<http://www.entimon.de>

Jugendforum Rhein-Lahn e.V.

Initiative für mehr Toleranz, Menschlichkeit, gegen Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus.

<http://www.jugendforum-katzenelnbogen.de>

Miteinander e.V. Sachsen-Anhalt

Der gemeinnützige Verein Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Er arbeitet gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist die Stärkung von Migranten/innen und von alternativen, nicht-rechten Jugendkulturen.

<http://www.miteinander-ev.de>

Schritte gegen Tritte

Projekt für eine Kultur des Friedens und der Gerechtigkeit. Angebot zum globalen Lernen an Schulen und Gemeinden.

<http://bs.cyty.com/elmbbs/Schritte.htm>

Wer, wenn nicht wir? Schülerbilder gegen Gewalt und Rassismus

Das Buch- und Ausstellungsprojekt mit Bildern von Schülerinnen und Schülern aller Jahrgangsstufen und Schulformen thematisiert die Gewalt in unserer Gesellschaft und ihre zunehmend rassistische Ausformung. Es ist ein länder- und parteiübergreifendes Projekt, das 1992 von der Ludwigshafener Grafikerin Silvia Izi ins Leben gerufen wurde. Als Wanderausstellung und mobile Demonstration wirbt es für mehr Toleranz und ein friedliches Miteinander. Kinder und Jugendliche sollen dazu ermuntert werden, ihre Ängste und Hoffnungen, Wünsche oder Visionen bildnerisch auszudrücken.

<http://www.werwenn.de>

Xenos

Das aus dem Europäischen Sozialfonds geförderte Bundesprogramm XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt zielt darauf ab, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung in der Gesellschaft nachhaltig entgegenzuwirken. XENOS verknüpft an der Schnittstelle von Schule, Ausbildung und Arbeitswelt arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

<http://www.xenos-de.de>

3. Gewalt gegen Frauen

3.1 Literatur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Gewalt gegen Frauen

Auf der Seite können der „Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen“ und ein Bericht über dessen Umsetzung herunter geladen werden. Die Seite enthält noch viele weitere Informationen zum Thema „Gewalt gegen Frauen“. Über den Link Forschung können außerdem diverse Studien, u.a. die erste repräsentative Studie zu Gewalt an Frauen in Deutschland oder die wissenschaftliche Begleitung der „Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt“ eingesehen werden.

<http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Gleichstellung/gewalt.html>

Frauenbüro Mainz: Mainz zeigt Initiative - Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen. Dokumentation der Mainzer Jahreskampagne, Mainz 2003.

www.kriminalpraevention.de/download/Gewalt_an_Frauen.pdf (gesehen am 23.5.2007)

3.2 Institutionen und Projekte

Frauenhäuser Rheinland-Pfalz

<http://www.frauenhaeuser-rlp.de/>

Frauenhauskoordinierung

Die Frauenhauskoordinierung unterstützt die Frauenhäuser aller Träger mit Materialien, Arbeitshilfen, Fachveranstaltungen, fördert die Vernetzung der Frauenhäuser und stellt einen Arbeitsraum zum Erfahrungsaustausch und zur Bündelung ihrer Positionen zur Verfügung.

<http://www.frauenhauskoordinierung.de>

Interventionsstelle Trier (IST)

Die IST ist eine Fachstelle für Frauen, die von körperlicher und/oder psychischer Gewalt betroffen sind. Hauptaufgabe ist eine erste Beratung und Information der Betroffenen auf der Grundlage des Gewaltschutzgesetzes.

<http://www.interventionsstelle-trier.de>

S.I.G.N.A.L.

Mit dem S.I.G.N.A.L.-Interventionsprogramm soll die gesundheitliche Versorgung von Gewalt betroffenen Frauen verbessert werden. Ein Handbuch für die Praxis und der wissenschaftliche Bericht beinhalten u. a. den aktuellen Forschungsstand zu häuslicher Gewalt und Daten zum Versorgungsbedarf aus Sicht der Patientinnen.

<http://www.bmfsfj.de> → Forschungsnetz → Forschungsberichte → Suchmaske (Stichwort „Signal“)

SOLWODI e.V.

Der Verein SOLWODI (56154 Boppard-Hirzenach) hilft Frauen, die als Opfer von Menschenhändlern, Sextouristen und Heiratsvermittlern nach Deutschland gekommen sind.

<http://www.solwodi.de>

4. Gewalt in engen sozialen Beziehungen

4.1 Literatur

Buchhandel

Farrington, David; Brandon Welsh: Family-based crime prevention, in: Sherman, Laurence W. et al: Evidence-Based Crime Prevention, London/New York 2003, S. 22-55.

Geeraert, Liesl, Wim van den Noortgate, Hans Grietens, Patrick Onghena: Effects of early prevention programs for families with young children at risk for physical child abuse and neglect: A Meta-Analysis, in: Child Maltreatment 9/2004, S. 277-291.

Kavemann, Barbara, Ulrike Kreyszig: Handbuch Kinder und häusliche Gewalt, Wiesbaden 2006.

Aufsätze zu den Oberthemen I. Zusammenhänge zwischen Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen Kinder - der Blick der Forschung; II. Fortschritt und Stagnation - Ein kritischer Blick auf die (familien-)rechtlichen Rahmenbedingungen; III. Herausforderungen an die soziale und pädagogische Arbeit; IV. Unterstützung für Mädchen und Jungen bei häuslicher Gewalt; V. Modelle der Unterstützung für Mütter bei häuslicher Gewalt; VI. Die Folgen für die Kinder als Thema in der Täterarbeit; VII. Konsequenzen und Perspektiven.

Whitaker, Daniel J., Shannon Morrison, Christine Lindquist, Stephanie R. Haewkins, Joyce A. O'Neill, Angela M. Nesius, Anita Mathew; Leroy Name Reese: A critical review of interventions for the primary prevention of perpetration of partner violence, in: Aggression & Violent Behavior 2/2006, S. 151-166.

Stellt 11 Programme zur Prävention von Gewalt in Partnerbeziehungen an Schulen vor.

Wolfe, David A., Peter G. Jaffe: Emerging Strategies in the Prevention of Domestic Violence, in: The Future of Children: Domestic Violence and Children 3/1999, S. 133-144.

Forschungsübersicht zum Thema häuslicher Gewalt.

Internetliteratur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Gemeinsam gegen häusliche Gewalt - Kooperation, Intervention, Begleitforschung. Berlin 2004.

Vorstellung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von zehn verschiedenen interdisziplinären Interventions- und Kooperationsprojekten gegen häusliche Gewalt.

<http://www.bmfsfj.de> → Forschungsnetz → Forschungsberichte → Suchmaske (Stichwort „häusliche Gewalt“) (gesehen am 28.5.2007)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Mehr Schutz bei häuslicher Gewalt.

Die Broschüre informiert über die rechtlichen Möglichkeiten durch das Gewaltschutzgesetz.

<http://ww.interventionsstelle-trier.de/download.htm> (gesehen am 16.2.2007)

Ministerium für Bildung Frauen und Jugend RLP: Gewalt in engen sozialen Beziehungen beenden, 2003.

Broschüre mit Informationen für Interessierte und Betroffene.

<http://www.interventionsstelle-trier.de/download.htm> (gesehen am 16.2.2007)

RIGG: Rahmenkonzeption für eine ganzheitliche, geschlechtsspezifische, gender-orientierte Prävention im Bereich "Gewalt in engen sozialen Beziehungen", 2003.

<http://www.rigg-rlp.de/downloads.html> (gesehen am 18.4.2007)

Weißer Ring e.V.: Gewaltfreie Erziehung, 2001.

Broschüre

<http://www.weisser-ring.de> → Aktuelles → Publikationen → Broschüren (gesehen am 18.4.2007)

4.2 Institutionen und Projekte

Gewalt gegen Frauen, Gewalt gegen Männer

Im Zeitraum 2002 bis 2004 wurden im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zwei Studien zu den Themen Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen Männer durchgeführt. Diese stehen im Zusammenhang einer Reihe von Untersuchungen zum Thema häuslicher Gewalt und sind nun für wissenschaftliche Sekundäranalysen im Zentralarchiv archiviert.

http://www.gesis.org/datenservice/Themen/53-Gewalt/Studien_zu_Gewalt/index.htm

Guter Start ins Kinderleben

Länderübergreifendes Modellprojekt zur frühen Förderung elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenzen in prekären Lebenslagen und Risikosituationen, insbesondere zur Prävention von Vernachlässigung und Kindeswohlgefährdung im frühen Lebensalter.

<http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/familie>

RIGG - Rheinland-pfälzisches Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen

Das RIGG hat die Zielsetzung, die Bekämpfung von Gewalt in engen sozialen Beziehungen als öffentliche Aufgabe herauszustellen. Ein umfassendes Präventions- und Interventionskonzept soll dabei die Maßnahmen der staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen, die in diesem Bereich tätig sind, auf neue polizeiliche, zivil- und strafrechtliche sowie sozialkonzeptionelle Grundlagen stellen.

<http://www.rigg-rlp.de>

Viva Familia

Initiative des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen RLP zur Stärkung der Familienkompetenz, Gesundheit für Kinder und Familien, Arbeit und Ausbildung für junge Menschen, familienbewusste Arbeitswelt und Hilfen für Familien in Notlagen.

<http://www.vivafamilia.de>

5. Gewalt in der Schule

5.1 Internetseiten

Demokratie lernen und leben

Schulentwicklungsprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung mit Materialsammlungen für den Unterricht.

<http://www.blk-demokratie.de>

Lernarchiv Gewalt-Gewaltprävention

Das neue Lernarchiv "Gewalt - Gewaltprävention" bietet Zugänge zu Hintergrundinformationen, Unterrichtszugängen und Institutionen, die sich mit der Thematik befassen. Es ist im Lernarchiv für den Ethikunterricht angesiedelt, bietet aber Impulse für viele andere Fächer und die pädagogische Alltagsarbeit.

http://lernarchiv.bildung.hessen.de/archiv/sek_i/ethik/themen/gewalt

Visionary - Gewalt in der Schule

VISIONARY ist ein europäisches Kooperationsprojekt zum Thema "Gewalt, Mobbing und Bullying in der Schule", das sich vor allem an Lehrer, Eltern, Experten und Schüler richtet. Das Portal möchte alle unterstützen, die Informationen zu diesem Thema suchen oder sich mit Anderen, die ähnliche Probleme oder Interessen haben, austauschen möchten - sowohl im deutschsprachigen Raum wie auch international.

<http://www.gewalt-in-der-schule.info>

5.2 Literatur

Buchhandel

Balser, Hartmut, Hartmut Schrewe, Roland Wegracht: Regionale Gewaltprävention. Strategien und Erfahrungen, Neuwied 1997.

Bericht zum Modellprojekt „Schule ohne Gewalt“ in Mittelhessen.

Balser, Hartmut, Hartmut Schrewe, Nicole Schaaf: Schulprogramm Gewaltprävention. Ergebnisse aktueller Modellversuche, Berlin 1997.

Eckert, Roland: Der Beitrag des Bildungssystems zum Zusammenhalt der Gesellschaft in: Molt, Peter, Helga Dickow: Kulturen und Konflikte im Vergleich, Baden-Baden 2007, S. 894-904.

Fuchs, Marek, Siegfried Lamnek, Jens Luedtke, Nina Baur: Gewalt an Schulen. 1994-1999-2004, Wiesbaden 2005.

Gute Zusammenstellung zu Gewalt an Schulen inkl. deren Hintergründe mit theoretischen Modell und Ansatzpunkten zur Intervention. Daten von 1994-1999-2004.

Gottfredson, Denise; David Wilson; Stacy Najaka: School-based crime prevention, in: Sherman, Laurence W. et al.: Evidence-Based Crime Prevention, London/New York 2003, S. 56-164.

Ising, Josef, Hans Jürgen Ladinek: Deeskalationstraining. Handlungsorientierte Bausteine zur Gewaltprävention, Ludwigshafen 2004.

Olweus, Dan: Gewalt in der Schule. Was Lehrer und Eltern wissen sollten - und tun können, Bern 2002.

Eine Anleitung zum Umgang mit Gewaltopfern und zur Gewaltprävention für Lehrer, Eltern, Psychologen.

Schick, Andreas, Isabel Ott: Gewaltprävention an Schulen - Ansätze und Ergebnisse in: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie 51/2002, S.766-791.

Internetliteratur

Balser, Hartmut: Verbesserung des Klassen- und Schulklimas, 2001.

<http://www.verantwortung.de> (gesehen am 22.2.2007)

Bundeszentrale für politische Bildung: Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen! in: Themenblätter im Unterricht 8/2001.

Bestellung: infoservice@franzis-online.de

Hoge, Ulrike: Pilotprojekt "Gewaltfreie Klasse als Konfliktschlichter"

<http://www.forum-kriminalpraevention.de> (gesehen am 18.4.2007)

Karsch, Antje Jeanette: Die Evaluation des Schulpräventionsprojekts "easi", 2004

<http://www.polizei.rlp.de>

Landeskriminalamt RLP: Projekt EASI - Erlebnis, Aktion, Spaß, Infos, 2004.

<http://www.polizei.rlp.de>, gesehen am 22.2.2007.

Landespräventionsrat RLP: Landespräventionstag 2003 „Gewalt an Schulen – Prävention und Strategien“. Dokumentation, Mainz 2003.

Zu beziehen über die Leitstelle für „Kriminalprävention“ des Ministeriums des Innern und für Sport, Rheinland-Pfalz.

Pilz, Gunter A.: "Bewegte Schule" - Ein Beitrag zur Gewaltprävention in der Schule.

<http://www.sportwiss.uni-hannover.de/start/Forschung/Online-Publikationen>, gesehen am 18.4.2007.

Schwind, Hans-Dieter: Aktivitäten der Gewaltprävention in der Schule, Ein Überblicksreferat in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks: Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover 2004

www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/schwind/index_9_schwind.html, gesehen am 4.5.2007

Weißer Ring: Mediation auch in unserer Schule? 2002.

Broschüre

http://www.weisser-ring.de/bundesgeschaeftsstelle/aktuell/publikationen/broschueren/mediation_auch_in_unserer_schule/index.php, gesehen am 18.4.2007.

5.3 Institutionen und Projekte

Evaluation Schulmediation

Bundesweite Evaluation von Schulmediationsprojekten, gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit Praxishandreichung.

<http://www.evaluation-schulmediation.de>

Fairplayer - gegen Gewalt an Schulen und für soziale Kompetenz

Die Initiative Fairplayer wurde mit dem Ziel gegründet, etwas gegen Gewalt an Schulen und die Auswirkungen von Gewalt zu unternehmen sowie Kompetenzen von Jugendlichen zu stärken.

<http://www.fairplayer.de>

Gewaltprävention an Hamburger Schulen

Wie Hamburger Schulen mit dem Thema Gewaltprävention umgehen, ist auf dieser Seite des Hamburger Bildungsservers dargestellt. Man findet Projekte, Schulregeln und Schulprogramme, Kooperationsmöglichkeiten und Informationen über Aktivitäten des Elternrates.

<http://www.hamburger-bildungsserver.de/welcome.phtml?unten=/innovation/hrschulen/gewalt.html>

Ich und Du und Wir

Mit dem neuen Schulprogramm "Ich und Du und Wir" soll an rund 200 Grundschulen in Rheinland-Pfalz künftig das soziale Miteinander der Kinder gefördert werden.

Netzwerk Verantwortungsübernahme und Gewaltprävention/Verein Verantwortung statt Gewalt

Diese Internet-Seiten informieren über Schulprojekte des Netzwerks zur Gewaltprävention und Verantwortungsübernahme in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen.

<http://www.verantwortung.de/>

Projekte zur Gewaltprävention in Baden-Württemberg

Eine Aufstellung mit über 50 Vor-Ort-Projekten des Kontaktbüros Gewaltprävention am Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg.

<http://www.schule-bw.de/unterricht/paedagogik/gewaltpraevention/kbuero/projekte.html>

Seniorpartner in School

Verein zur Konfliktlösung und Gewaltprävention durch bürgerschaftliches Engagement von jungen Alten, bildet kostenlos Mediatoren aus, die ihre Dienste dann ehrenamtlich in Schulen anbieten. Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

<http://www.seniorpartnerinschool.de>

SMOG e.V. – Schule machen ohne Gewalt

Osthessischer Verein zur Gewaltprävention. U.a. Training "Cool sein, cool bleiben". U.a gefördert vom Bundesprogramm "Jugend für Toleranz und Demokratie". Ausführliches Internet-Portal.

<http://cms.smogline.de>

Streitschlichtungskongress

Kongress für Lehrer/innen, Multiplikatoren/innen etc. Die Webseite enthält Materialien zu verschiedenen Themen und Infos zu vergangenen Kongressen.

<http://www.streitschlichtungskongress.de>

6. Integration

6.1 Literatur

Franziskanerorden: Interkulturelles Zusammenleben – Muslime und Christen in Deutschland, Themenheft Tauwetter 4/2006.
<http://www.tauwetter-online.de> (gesehen am 7.5.2007)

Miteinander e.V.: Integration - Übungen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, Magdeburg 2004.
<http://www.miteinander-ev.de> (gesehen am 16.2.2007)

Servicestelle Kommunen in der einen Welt: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune in: Dialog global Nr. 6, Bonn 2006.
<http://www.service-eine-welt.de/publikationen/publikationen-start.html> (gesehen am 4.5.2007)

6.2 Institutionen und Projekte

Anders? – Cool! Wanderausstellung
Multimediale Wanderausstellung der BAG Jugendsozialarbeit für zugewanderte und einheimische Jugendliche.
<http://www.anders-cool.de/index.html>

Dialogbereit
Das Projekt Dialogbereit ist eine Initiative der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. zum interkulturellen und interreligiösen Dialog. Die Idee ist: besseres Kennen lernen, Vorurteile abbauen und das respektieren, was anderen heilig ist.
<http://www.dialogbereit.de>

Multikulturelles Zentrum e.V. Trier
Das Zentrum bietet Beratung, Sprachkurse u. v. m. zum großen Teil ehrenamtlich an.
<http://www.multicultural-center.de>

7. Jugendgewalt

7.1 Internetseiten

basta.net
Internetplattform gegen Gewalt und Extremismus, für Jugendliche konzipiert mit Chat, Ratgeber, Selbsttest ...
http://www.basta-net.de/webcom/show_article.php/_c-5/i.html

Jörg Schmitt-Kilian
Kriminalhauptkommissar aus Koblenz, der freiberuflich Jugendbücher zu den Themen Drogen und Gewalt schreibt und Trainings anbietet. Auf der Seite findet sich eine Übersicht seiner Arbeiten. Dort können auch kostenlos Unterrichtsmaterialien bestellt werden.
<http://www.schmitt-kilian.de>

Sportangebote als Prävention von Jugendgewalt und -kriminalität
Die Seite bietet einen Überblick über den Stand, die Umsetzung und Wirkungen von sportbezogenen Präventionsmaßnahmen in Deutschland, Spanien und Portugal.
<http://www.sports4non-violence.eu>

7.2 Literatur

Buchhandel

Autrata, Otger: Prävention von Jugendgewalt. Nicht Repression, sondern verallgemeinerte Partizipation, Opladen 2003.

Autrata, Otger: Jugendgewalt und Gewaltprävention: Das Bundesmodellprojekt ‚Gewaltprävention und Gewaltbekämpfung im kommunalen Sozialraum‘ in: Ders.: Prävention von Jugendgewalt, Opladen 2003.

Dünkel, Friedrich, Bernd Geng: Jugendgewalt und Kriminalprävention, Mönchengladbach 2003.
Enthält eine Fallstudie zur kommunalen Prävention mit Schwerpunkt Rechtsextremismus in Greifswald.

Durlack, Joseph A. & Wells, Anne M.: Primary Prevention Mental Health Programs for Children and Adolescents: A Meta-Analytic Review in: American Journal of Community Psychology 25/1997, S. 115-152.

Fiedler, Hans S.: Jugend und Gewalt. Sozialanthropologische Genese - personale Intervention - therapeutische Prävention, München 2003.

Dissertation mit konkreten Methodenbeschreibungen im Anhang.

Grimm, Andrea: Gewaltprävention durch Kooperation. Locomer Protokolle, Loccum 1996.

Rademacher, Helmut: Prävention durch Entwicklung von Konfliktkultur in: Bundesministerium der Justiz: Projekt Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere: junge Menschen, 2006, S. 121-136.

Internetliteratur

Allgemeines

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention: Literaturdokumentation von Arbeitsansätzen der Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention, 1998.

Die Literaturdokumentation gibt einen Überblick über kriminalpräventive Arbeitsansätze aus relevanten Fachzeitschriften. 110 Ansätze sind nach primärer, sekundärer und tertiärer Kriminalprävention gegliedert und beschrieben, kurze Einführungstexte zu den Gliederungspunkten sowie ein Schlagwortregister erleichtern die Einordnung.

<http://www.dji.de/jugendkriminalitaet> (gesehen am 7.5.2007)

Baier, Dirk, Christian Pfeiffer: Gewalttätigkeit bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen - Befunde der Schülerbefragung 2005 und Folgerungen für die Prävention, 2007.

<http://kfn.de/versions/kfn/assets/fb100.pdf> (gesehen am 20.4.2007)

Böckmann, Christine: Aktiv gegen Angsträume von Jugendlichen. Opferorientierte Gewaltprävention im ländlichen Raum in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks: Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover 2005.

<http://www.miteinander-ev.de> (gesehen am 16.2.2007)

Trenz, Carmen: Welche Programme zur Gewaltprävention gibt es? in: AJS-Forum 4/2006.

<http://www.ajs.nrw.de/presse/blatt.html> (gesehen am 20.4.2007)

Trenz, Carmen: Forschung und Statistik zur Jugendgewalt in Deutschland in: AJS-Forum 4/2006.

<http://www.ajs.nrw.de/presse/blatt.html> (gesehen am 20.4.2007)

Best Practice und Evaluation

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention: Evaluierte Kriminalitätsprävention in der Kinder- und Jugendhilfe. Erfahrungen und Ergebnisse aus fünf Modellprojekten, München 2003.

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=150> (gesehen am 18.4.2007)

Holthusen, Bernd, Christian Lüders: Evaluation von Kriminalitätsprävention - eine thematische Einleitung, in: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention: Evaluierte Kriminalitätsprävention in der Kinder- und Jugendhilfe. Erfahrungen und Ergebnisse aus fünf Modellprojekten, München 2003, S. 9-30.

<http://www.dji.de/jugendkriminalitaet> (gesehen am 18.4.2007)

Hyde, Justeen: A Retrospective Look at the Violence Prevention Initiative's Community Action Programs, 2003.

<http://www.tcvf.org/publications/evaluations.htm> (gesehen am 22.2.2007)

Thornton, Timothy et al: Best Practices of Youth Violence Prevention: A Sourcebook for Community Action, Atlanta 2002

Best Practice-Sammlung zu Gewaltprävention bei Jugendlichen, inklusive Kapitel zu Planung, Implementierung und Evaluation eines Projektes.

<http://www.cdc.gov/ncipc/dvp/bestpractices.htm#Download> (gesehen am 22.2.2007)

Vogler, Hermann: Kommunale Kriminalprävention - Erfahrungen und Ergebnisse in Ravensburg mit dem Schwerpunkt Jugend in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks: Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, 2003.

<http://www.praeventionstag.de> (gesehen am 18.4.2007)

Wallack, Lawrence: The Policy and Public Education Program of The California Youth Violence Prevention Initiative, 2003.
<http://www.tcfw.org/publications/evaluations.htm> (gesehen am 22.2.2007)

Sport in der gewaltpräventiven Jugendarbeit

Pilz, Gunter A.: Netzwerke in der sport-, körper- und bewegungsbezogenen Gewaltprävention.

Zeigt Möglichkeiten und v. a. Grenzen gewaltpräventiver Wirkung von Vereinssport auf. Fordert Vernetzung von Vereinsarbeit und Jugend-, bzw. Jugendsozialarbeit. Gibt konkrete Handlungsvorschläge, wie das aussehen könnte.

<http://www.sportstattgewalt.de/> (gesehen am 22.2.2007)

Pilz, Gunter A.: Bewegung, Spiel und Sport als Bausteine einer gewaltpräventiven Jugendkultur, 2000.

<http://www.sportwiss.uni-hannover.de/start/Forschung/Online-Publikationen> (gesehen am 18.4.2007)

Pilz, Gunter A.: Vernetzung gewaltpräventiver Vereinsjugendarbeit und aufsuchender Jugendsozialarbeit, 2003.

<http://www.sportwiss.uni-hannover.de/start/Forschung/Online-Publikationen> (gesehen am 18.4.2007)

7.3 Institutionen und Projekte

AG Starthilfe e.V. Trier

Der Verein beschäftigt sich mit der Betreuung von schwierigen und gefährdeten Jugendlichen und jungen Volljährigen sowie mit der Sozialisierung und Resozialisierung von jungen Straffälligen, Strafgefangenen und Straftentlassenen.

<http://www.starthilfe-trier.de>

Arbeitsgemeinschaft Kinder und Jugendschutz Landesstelle Nordrhein-Westfalen e.V.

Newsletter und mehr zum Thema Gewaltprävention.

<http://www.ajs.nrw.de>

Bündnis gegen Gewalt

Konzept zur Gewaltprävention bei Kindern mit Hilfe ostasiatischer Kampfsportarten.

<http://www.buendnisgegengewalt.de>

Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention.

In der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention werden vorhandene Praxisansätze und -erfahrungen im Bereich präventiver Arbeit erhoben und dokumentiert, Informationen über Ansätze und Konzepte weiterverbreitet, der Stand der Evaluation von Praxisprojekten beschrieben, Erfahrungsaustausch organisiert, Vorschläge für die Evaluation vorhandener Praxisansätze entwickelt, Angebote zur Beratung und Weiterbildung geschaffen und Forschung angeregt.

<http://www.dji.de/jugendkriminalitaet>

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V. - DVJJ

Die Vereinigung hat das Ziel, die mit der Jugendkriminalität zusammenhängenden Fragen unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen zu erörtern und ihre Lösung zu fördern. Themenschwerpunkte: Kriminalprävention, Stellungnahmen zur Geschlossenen Unterbringung, aktuelle Gesetzesinitiativen & Gesetzentwürfe zum Jugend(straf)recht, Jugendstrafvollzugsgesetz, Diversionsrichtlinien

<http://www.dvjj.de>

E&C – Programm

Bundesmodell Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten, eine Programmplattform des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Partnerprogramm von "Soziale Stadt".

<http://www.eundc.de>

Haus Niedersburg

Jugendhilfeeinrichtung der Diakonie, Boppard.

<http://www.rg-diakonie.de/jugendhilfeeinrichtungen/niedersburg/index.htm>

IGel - Initiative gegen Gewalt im Landkreis Bitburg-Prüm

IGel ist ein Projekt des Kreisjugendamtes Bitburg-Prüm in Kooperation mit der Polizeidirektion Wittlich.

<http://www.bitburg-pruem.de/igel>

Jugendbahnhof Remagen

Den Jugendbahnhof Remagen, eine Einrichtung der Stadt Remagen, gibt es seit Oktober 2002. Der Jugendbahnhof ist ein Treffpunkt für Kinder, Jugendliche und Junggebliebene!

<http://www.jugendbahnhof-remagen.de>

Kick it cool

KICK IT COOL ist ein Wettbewerb der Fußballverbände Rheinland und Südwest für Jugendmannschaften aus Rheinland-Pfalz, die in Videoclips NEIN zu Gewalt und Diskriminierung auf ihren Sportplätzen sagen. Unterstützt wird der Wettbewerb von LOTTO Rheinland-Pfalz.

<http://www.kickitcool.de>

Mächtig gewaltig - Hannover

Das Projekt gewaltpräventiver Theaterarbeit ist vom "Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt" als vorbildliches Projekt ausgezeichnet und zertifiziert worden.

<http://www.maechtiggewaltig.net>

NCBI - Adulthood

Das National Coalition Building Institute Deutschland setzt sich für den Abbau von Vorurteilen, von Rassismus und Diskriminierung jeglicher Art sowie für Gewaltprävention und konstruktive Konfliktlösung ein. NCBI bietet ein Konzept für Kurse, Weiterbildungen und Beratungen. Zielgruppen sind Behörden, Firmen, Lehrkräfte, Jugendgruppen, Schulen, kirchliche Institutionen u.a.

<http://www.ncbi.de/index.html>

Schleswig-Holstein Aktion Kinder und Jugendschutz

Arbeitsbereiche: Prävention Rechtsextremismus, Gewaltprävention (Selbstbehauptungs-/Selbstverteidigungskurse), Elternschaft lernen, Mobbing, Faustlos Plus, Prävention von Autoaggression und Suizid, Globales Lernen/Agenda 21, Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage, Interkulturelle Pädagogik um Jugendschutz, Jugendmedienschutz und Internet, Handy.

<http://www.akjs-sh.de/>

8. Kinder

8.1 Literatur

Ammer, Barbara, Christian Diener: „Mein Kind ist unschlagbar“ in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks: Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover 2004.

www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/ammerdiener/index_9_ammerdiener.html (gesehen am 4.5.2007)

Lösel, Friedrich, Andreas Beelmann: Effects of Child Skills Training in Preventing Antisocial Behavior: A Systematic Review of Randomized Evaluations in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Mai 2003, S. 84-109.

Programm polizeiliche Kriminalprävention: Wege aus der Gewalt – So schützen Sie ihr Kind vor Gewalt.

Broschüre

<http://www.polizei-beratung.de/mediathek/kommunikationsmittel/broschueren/> (gesehen am 2.5.2007)

Programm polizeiliche Kriminalprävention: Wohin gehst Du? - So schützen Sie Ihr Kind.

Broschüre

<http://www.polizei-beratung.de/mediathek/kommunikationsmittel/broschueren/> (gesehen am 2.5.2007)

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention: Präventionseffekte sozialer Kompetenztrainings für Kinder, 2005.

<http://www.kriminalpraevention.de/service.htm> (gesehen am 18.4.2007)

8.2 Institutionen und Projekte

Faustlos

Faustlos ist ein für die Grundschule und den Kindergarten entwickeltes Curriculum, das impulsives und aggressives Verhalten von Kindern vermindern und ihre sozialen Kompetenzen erhöhen soll.

<http://www.faustlos.de>

Friedenspädagogik Trier

Verschiedene Veranstaltungsformate für Kinder, Erzieher und Eltern zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung. "Ich, du, wir - sind stark"; "Gewaltfreier Umgang mit Kindern"; "Cool sein - cool bleiben!" In Zusammenarbeit mit der AG Frieden Trier.

<http://www.agf-trier.de> → Angebote

Kinder aus sozialen Brennpunktgebieten - Präventions- und Interventionsangebot bei Verhaltensauffälligkeiten im Kindergarten: Versuch einer Evaluation

Teiluntersuchung der Frankfurter Präventionsstudie.

<http://www.sfi-frankfurt.de> → Forschung → alle Projekte

Kinderschutzbund

Verband, der sich für die Rechte aller Kinder und Jugendlicher auf gewaltfreies Aufwachsen und Beteiligung einsetzt.

<http://www.kinderschutzbund-rlp.de>

Mediation im Kindergarten Trier

Ein Projekt zur Gewaltprävention im Kindergarten; Fortbildungsprogramm für Erzieher/innen.

Notinsel

Netzwerk von Geschäften u.ä., die Kindern in Notlagen als Anlaufstelle zur Verfügung stehen.

<http://www.notinsel.de>

Papilio

Ein Programm zur Vorbeugung gegen die Entwicklung von Sucht- und Gewaltverhalten und Förderung sozial-emotionaler Kompetenz im Kindergarten.

<http://www.papilio.de>

Schutzburg - wir helfen Dir!

Ein kommunales Projekt in Südhessen, Aufbau eines Netzwerks an Ansprechpartnern in der Stadt für Kinder in Notfällen (z.B. Gewalt).

<http://www.schutzburg.net>

Sigmund-Freud-Institut Frankfurt: Frankfurter Präventionsstudie

Frankfurter Präventionsstudie in Kindergärten: Eine repräsentative, prospektive Präventions- und Interventionsstudie zur Verhinderung von psychosozialen Anpassungsstörungen (insb. von ADHS) bei Kindergartenkindern.

<http://www.sfi-frankfurt.de> → Forschung → alle Projekte

9. Kommunale Gewaltprävention

9.1 Internetseiten

Crime Reduction

Englischsprachige Projektdatenbank zu Kriminalprävention mit Informationen für Praktiker in den Kommunen, Zusammenfassungen von Forschungsergebnissen, Lernseite mit theoretischen und methodischen Modulen, Finanzierungsquellen etc.

<http://www.crimereduction.gov.uk>

International Center for the Prevention of Crime

Internationales Netzwerk für Kriminalprävention mit Sitz in Montreal, Kanada. U.a. Best Practice- Beispiele.

<http://www.crime-prevention-intl.org>

KODEX - Dt. Städte- und Gemeindebund

Kommunale Datenbank gegen Gewalt, Extremismus, und Fremdenfeindlichkeit des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Leider veraltet.

<http://www.kommunen-gegen-gewalt.de>

Thérapie Sociale

Die Seite informiert über den gewaltpräventiven Ansatz aus Frankreich. Die Seite bietet auch zahlreiche deutschsprachige Artikel zu dem Thema.

<http://www.therapie-sociale.com>

9.2 Literatur

Buchhandel

Bohn, Irina, Dieter Kreft, Gerhard Segel: Kommunale Gewaltprävention. Eine Handreichung für die Praxis, 1997.
Analyse, Erfahrungsberichte und Empfehlungen.

Brink, Henning van den: Kommunale Kriminalprävention. Mehr Sicherheit in der Stadt?, Frankfurt 2005.

Feltes, Thomas: Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg, Holzkirchen 1995.

Jäger, Joachim: Kriminalprävention im interkommunalen Vergleich, Münster 1998.

Knittel, Gudrun: Thérapie Sociale – Kreative Auswege für Frust, Zorn und Ohnmacht in der Gemeinwesenarbeit in: Stefan Gillich (Hrsg.): Nachbarschaften und Stadtteile im Umbruch, Gelnhausen 2006.

Obergfell-Fuchs, Joachim: Ansätze und Strategien kommunaler Kriminalprävention: Begleitforschung im Pilotprojekt kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg anhand der Stadt Freiburg im Breisgau, Freiburg 2001.

Stein, Stefan: Feldaktive Kriminalprävention, Duisburg/Köln 2005.

Welsh, Brandon, Akemi Hoshi: Communities and crime prevention in: Sherman, Laurence W. et al: Evidence-Based Crime Prevention, London/New York 2003, S. 165-197.

Internetliteratur

Überblick

Hermann, Dieter, Christian Laue: Wirkungen kommunaler Kriminalprävention – Ein Fallbeispiel in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover 2004.

www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/hermannlaue/index_9_hermannlaue.html (gesehen am 4.5.2007)

Hetger, Erwin: Kommunale Kriminalprävention - Netzwerke für mehr Sicherheit in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks: Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover 2004.

http://www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/hetger/index_9_hetger.html (gesehen am 20.4.2007)

Obergfell-Fuchs, Joachim: Wirkung und Effizienz Kommunaler Kriminalprävention in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover 2004.

www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/obergfellfuchs/index_9_obergfellfuchs.html (gesehen am 4.5.2007)

Schreiber, Verena: Regionalisierung von Unsicherheit in der kommunalen Kriminalprävention, in: Glasze, Georg, Robert Pütz und Manfred Rolfes: Diskurs-Stadt-Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie, Bielefeld 2005.

<http://www.geo.uni-frankfurt.de/ifh/Personen/wiss-mitarb/Schreiber/index.html> (gesehen am 18.4.2007)

Schreiber, Verena: Lokale Präventionsgremien in Deutschland, Frankfurt 2007.

<http://www.geo.uni-frankfurt.de/ifh/Personen/wiss-mitarb/Schreiber/index.html> (gesehen am 20.3.2007)

Steffen, Wiebke: Gremien Kommunaler Kriminalprävention – Bestandsaufnahme und Perspektive in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover 2004.

http://www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/steffen/index_9_steffen.html (gesehen am 4.5.2007)

Ziercke, Jörg: Kommunale Kriminalpolitik und Kriminalprävention - Kooperation und Vernetzung der Präventionsakteure aus polizeilicher Sicht.

<http://www.forum-kriminalpraevention.de> (gesehen am 18.4.2007)

Leitlinien, Empfehlungen, Kritik

Heinz, Wolfgang: Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks: Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover 2004.

http://www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/heinz/index_9_heinz.html (gesehen am 18.4.2007)

Heinz, Wolfgang: Kommunale Kriminalprävention – auf dem richtigen Weg? in: KKPaktuell 2/2004.

<http://www.polizei-bw.de/Vorbeugung/kkp-aktuell/downloads/> (gesehen am 2.5.2007)

Kempfer, Jacqueline: Leitlinien wirkungsorientierter Kriminalprävention für die Kommune, Vortrag vom 06.04.2005 auf dem Thüringer Präventionstag in Erfurt.

http://www.thueringen.de/imperia/md/content/kostg/thueringerpraeventionstag/vortrag_erfurt.pdf (gesehen am 2.5.2007)

Pleiger, Doris: Verbesserung der Kooperation und Kommunikation von Kriminalpräventiven Räten in Mecklenburg-Vorpommern - das Beispiel Rostock in: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention: Evaluierte Kriminalitätsprävention in der Kinder- und Jugendhilfe. Erfahrungen und Ergebnisse aus fünf Modellprojekten, München 2003, S. 99-132.

<http://www.dji.de/jugendkriminalitaet> (gesehen am 18.4.2007)

Rössner, Dieter: Wirkungsforschung: Konsequenzen für die kommunale Kriminalprävention in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover 2004.

http://www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/roessner/index_9_roessner.html (gesehen am 4.5.2007)

Schneider, Dieter: Ergebnisse des Workshops „Kommunale Kriminalprävention – Erfolgsfaktoren und Perspektiven des Vor-Ort-Ansatzes“, in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover 2004.

http://www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/schneider/index_9_schneider.html (gesehen am 4.5.2007)

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention: Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement - Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene, 2005.

<http://www.kriminalpraevention.de/service.htm> (gesehen am 18.4.2007)

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention: Impulse für das kommunale Präventionsmanagement – Vorstudie, 2005.

<http://www.kriminalpraevention.de/service.htm> (gesehen am 18.4.2007)

Handbücher

Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg: Standardinventar zur Durchführung kommunaler Opferstudien.

Handbuch mit Muster-Fragebogen für kommunale Befragungen zu Sicherheit und Sicherheitsgefühl.

<http://www.polizei-newsletter.de/documents/Handbuch.pdf> (gesehen am 2.5.2007)

Landespräventionsrat RLP, Leitstelle „Kriminalprävention“: Projektmacher. Ideen – Strategien – Konzepte, Mainz 2005.

Zu beziehen über die Leitstelle „Kriminalprävention“ des Ministeriums des Innern und für Sport, Rheinland-Pfalz:

Landeskriminalamt Baden-Württemberg: Handbuch zur Planung und Durchführung von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalitätsprävention, Stuttgart 2000.

http://www.kriminologie.com/kkpbw/index_kkp.htm (gesehen am 20.4.2007)

Einzelprojekte

Goldberg, Frank: Vernetzte Stadtteilprävention am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks: Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover 2004.

http://www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/goldberg/index_9_goldberg.html (gesehen am 20.4.2007)

Konstruktive Konfliktbearbeitung im kommunalen Zusammenhang - Projekt und Konzept.

Informationsbroschüre des Modellprojekts in Nordrhein-Westfalen.

<http://www.konstruktive-konfliktbearbeitung.de/konzept-info.htm> (gesehen am 18.4.2007)

Strobl, Rainer, Olaf Lobermeier: Abschlussbericht zur Evaluation des Projekts Konstruktive Konfliktbearbeitung im kommunalen Zusammenhang, 2005.

<http://www.konstruktive-konfliktbearbeitung.de/evaluation.htm> (gesehen am 18.4.2007)

9.3 Institutionen und Projekte

Konstruktive Konfliktbearbeitung im kommunalen Zusammenhang

Das Projekt zielte darauf, konstruktive Konfliktbearbeitungsformen in verschiedenen Einrichtungen auf kommunaler Ebene, wie Schulen, Jugendeinrichtungen und Sozialeinrichtungen zu verankern und bei akuten gewalttätigen Konflikten im Gemeinwesen konstruktive Konfliktbearbeitung anzuwenden.

<http://www.konstruktive-konfliktbearbeitung.de>

Peace to the city - Braunschweig

Netzwerk zur Überwindung von Gewalt - ein Gemeinschaftsprojekt des Ökumenischen Rats der Kirchen, der ev.-luth. Landeskirche Braunschweig, des ev.-luth. Missionswerks i. N., des Präventionsrats und des Arbeitskreises Gewaltprävention der Stadt Braunschweig.

<http://bs.cyty.com/elmb/pbs.htm>

10. Mobbing

10.1 Internetseiten

Mobbinginfo

Informationsseite über Mobbing mit Definitionen, Gesetzen, Beratungs- und Anwaltlinks.

<http://www.mobbinginfo.de>

No Blame Approach (Mobbing)

Informationen zu dem viel gerühmten Ansatz gegen Mobbing in der Schule.

<http://www.no-blame-approach.de>

10.2 Literatur

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.: Prima Klima? Themenheft Mobbing in: Thema Jugend 4/2005.

<http://www.thema-jugend.de/archiv.html> (gesehen am 28.5.2007)

Programm polizeiliche Kriminalprävention: Herausforderung Gewalt.

Handreichung für Lehrer und Erzieher.

http://www.polizei-beratung.de/mediathek/kommunikationsmittel/sonstige_medien/ (gesehen am 2.5.2007)

11. Sexueller Missbrauch

11.1 Literatur

Heynen, Susanne: Mir passiert schon nichts - Sexuelle Aggression und Vergewaltigung in der Adoleszenz - eine Herausforderung für die Jugendhilfe in: DGgKV, Kindesmisshandlung und -vernachlässigung 2005/ 1/2.

Görgen, Thomas, Barbara Nägele: Ältere Menschen als Opfer sexualisierter Gewalt, KFN-Forschungsbericht Nr. 89, 2003.

<http://kfn.de/Publikationen/KFN-Forschungsberichte.htm> (gesehen am 2.5.2007)

Kindler, Heinz: Evaluation der Wirksamkeit präventiver Arbeit gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen, München 2003.

Zusammenschau internationaler wissenschaftlicher Ergebnisse, die Aufschluss über den momentanen Forschungsstand zur Wirksamkeit von Prävention gibt.

Bestellbar bei http://www.amyna.de/publikationen/publ_buecher.htm#evaluation (gesehen am 30.4.2007)

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen: "Ich habe gehofft, das wird besser mit den Jahren": Sexuelle Gewalterfahrungen älterer Frauen, 2005.

Die Broschüre informiert über: Formen sexueller Gewalt, von denen ältere Frauen betroffen sind, Kontexte, in denen solche Gewalt auftreten, Institutionen, die von diesen Gewalterfahrungen bislang Kenntnis erlangen, altersspezifische Probleme bei der Bewältigung der Erlebnisse und dem Aufsuchen von Hilfe, Besonderheiten des Umgangs mit älteren Opfern in beratenden, helfenden und schützenden Institutionen.

http://kfn.de/MitarbeiterInnen/WissenschaftlerInnen/Susann_Rabold.htm (gesehen am 2.5.2007)

11.2 Institutionen und Projekte

AMYNA e.V.

Verein zur Abschaffung von sexuellem Missbrauch und sexueller Gewalt e.V. Institut zur Prävention von sexuellem Missbrauch.

<http://www.amyna.de/>

Bundesverein zur Prävention von sexuellem Mißbrauch an Mädchen und Jugend e.V.

<http://www.bundesverein.de/>

Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen e.V.

Bundesweite Initiative mit Beratungs- und Fortbildungsangeboten.

<http://www.initiative-gegen-gewalt.de>

Kampagne Hinsehen.Handeln.Helfen!

Kampagne des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung. Homepage enthält u.a.: Datenbank mit Beratungseinrichtungen in Deutschland, aktuelle Meldungen, Informationsmaterialien, Aktionsplan.

<http://www.hinsehen-handeln-helfen.de>

Nationaler Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung

Um den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung sowie den Schutz der Opfer solcher Gewalttaten langfristig zu verbessern, hat das Bundeskabinett am 29. Januar 2003 einen Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung verabschiedet.

<http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/kinder-und-jugend,did=5898.html>

N.I.N.A.

N.I.N.A. ist eine Initiative des Bundesvereins zur Prävention von sexuellem Missbrauch an Mädchen und Jungen e.V. Der Bundesverein stützt sich bundesweit auf mehr als 100 Mitgliedsorganisationen, die vor Ort seit Jahren gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen aktiv sind.

<http://www.nina-info.de>

Schutzbär Bulli

Präventionsprojekt der Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kinder und Jugendlichen e.V.

<http://www.schutzbaer-bulli.de>

12. Sonstiges

12.1 Literatur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Gewalt gegen Männer, 2004.

Die Pilotstudie "Gewalt gegen Männer" liefert erste Erkenntnisse zur Frage der Forschungszugänge im bislang wenig systematisch erforschten Bereich der Gewalt gegen Männer.

<http://www.bmfsfj.de> → Forschungsnetz → Gleichstellung (Stichwort „Gewalt gegen Männer“) (gesehen am 2.5.2007)

Büttner, Christian (Hrsg.): Demokratie leben lernen - von Anfang an. Auf dem Weg zur Demokratieerziehung in Kindertagesstätten, HSKF Frankfurt 2006.

Broschüre

Kann bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung bestellt werden: <http://www.hsfk.de>

Coester, Mark: Gewalt gegen alte Menschen. Bestandsaufnahme und Ergebnisse des Workshops, 2003

<http://www.forum-kriminalpraevention.de> (gesehen am 18.4.2007)

Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.): Prävention von Folter und Misshandlung in Deutschland. Baden-Baden 2007.

In dem Band werden die unterschiedlichen Anwendungsbereiche des Zusatzprotokolls zur UN-Antifolterkonvention – Gefängnisse, Polizeistationen, psychiatrische Kliniken, Abschiebehafteinrichtungen und Pflegeheime – von Experten/innen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen auf Schutzlücken und strukturelle Gefährdungslagen hin analysiert.

Killias, Martin: Erklärung und Prävention von Verbrechen anhand situativer Faktoren in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks: Internetdokumentation Deutsche Präventionstag, Hannover 2004.

http://www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/killias/index_9_killias.html (gesehen am 20.4.2007)

Pilz, Gunter A.: Fußballfankulturen und Gewalt - Wandlungen des Zuschauerhaltens: vom Kutfan und Hooligan zum postmodernen Ultra und Hooltra.

<http://www.sportwiss.uni-hannover.de/start/Forschung/Online-Publikationen> (gesehen am 18.4.2007)

Pilz, Gunter A.: Die Wandlungen des Zuschauerhaltens im Profifußball – Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Reaktion, 2004.

<http://www.sportwiss.uni-hannover.de/start/Forschung/Online-Publikationen> (gesehen am 18.4.2007)

Pilz, Gunter A.: Sport und Prävention - Wie viel Soziale Arbeit, Prävention kann der organisierte Sport leisten? 2006.

<http://www.sportwiss.uni-hannover.de/start/Forschung/Online-Publikationen> (gesehen am 18.4.2007)

Steffen, Gabriele: Erfahrungen mit der sozialen Stadt. Konflikte und Störungen als städtebauliche und zivilgesellschaftliche Herausforderung in: Kerner, Hans-Jürgen, Erich Marks: Internetdokumentation Deutsche Präventionstag, Hannover 2004.

http://www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/steffengabriele/index_9_steffengabriele.html (gesehen am 4.5.2007)

12.2 Institutionen und Projekte

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz

Die Arbeitsstelle Frieden und Umwelt ist die Fachstelle der Evangelischen Kirche der Pfalz für Friedensdienst und Umweltarbeit. Ihre Schwerpunktthemen sind die Überwindung von Gewalt und die Bewahrung der Schöpfung, die als zentrale Anliegen christlicher Weltverantwortung vielfältig miteinander verbunden sind.

<http://www.frieden-umwelt-pfalz.de>

Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier

Die Arbeitsgemeinschaft Frieden ist ein regionaler Zusammenschluss von Menschen in Rheinland-Pfalz, die sich für die Verwirklichung von Frieden, Gerechtigkeit und die Wahrung der Menschenrechte einsetzen.

<http://www.agf-trier.de>

Begegnung - Christen und Juden Niedersachsen e.V.

In Begegnung – Christen und Juden. Niedersachsen e.V. haben sich Menschen zusammengefunden, die für eine Theologie ohne Antijudaismus und eine Welt ohne Antisemitismus eintreten.

<http://www.begegnung-christen-juden.de/homehtm/portrait/willkommen.html>

Bewährungshilfe Speyer e.V.

Bewährungshilfe, Resozialisierung, Straffälligenhilfe, Prävention

<http://www.speyer.de/de/leben/vereine/liste/bewaehrung>

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Kriminalität und Gewalt im Leben älterer Menschen.

Forschungsvorhaben und Zwischenergebnisse sind abrufbar.

<http://www.bmfsfj.de> → Forschungsnetz → Ältere Menschen

Bund für Soziale Verteidigung

Soziale Verteidigung wird vom BSV verstanden als Verteidigung der Institutionen und Werte der Zivilgesellschaft mit gewaltfreien Mitteln. Verteidigung bedeutet so die Bewahrung des Lebens und der Möglichkeiten zu sozialer Veränderung und den Widerstand gegen Unterdrückung und Ausbeutung, Militärgewalt und Menschenrechtsverletzungen hier und anderswo.

<http://www.soziale-verteidigung.de>

Deutsches Institut für Menschenrechte

Das Deutsche Institut für Menschenrechte wurde 2001 auf Empfehlung des Deutschen Bundestages gegründet. Es informiert über die Lage der Menschenrechte im In- und Ausland und trägt zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen sowie zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte bei.

<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de>

EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst

EIRENE ist ein ökumenischer, internationaler Friedens- und Entwicklungsdienst, der als Träger des Entwicklungsdienstes und des so genannten "Anderen Dienstes im Ausland" (anstelle des Zivildienstes in Deutschland) anerkannt ist. Der Verein arbeitet auch im Bereich des interreligiösen Dialogs zwischen Christentum und Islam in Deutschland.

<http://www.eirene.org>

Frauen wagen Frieden (Rumbach / Pfalzweitz)

Die Gruppe Frauen wagen Frieden ist eine pfalzweite Frauen-Friedensgruppe, die sich auf verschiedenen Feldern engagiert, die alle zu den Themen des konziliaren Prozesses gehören: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Friedensbildungswerk Köln

Bietet ein reiches Kursangebot an, u.a. Mediatoren-Ausbildung.

<http://www.friedensbildungswerk.de>

Friedenskreis Halle e.V.

Verein der Friedensarbeit leistet und u.a. Schulungen und Informationen zur Gewaltfreiheit anbietet.

<http://www.friedenskreis-halle.de>

Forum Ziviler Friedensdienst

Diese Organisation setzt sich für eine breite Anwendung des Instruments des Zivilen Friedensdienstes in der gesamten Welt, aber auch in Deutschland ein.

<http://www.forumzfd.de>

Institut für Auslandsbeziehungen

Das Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa) engagiert sich weltweit für Kunstaustausch, den Dialog der Zivilgesellschaften und die Vermittlung außenkulturpolitischer Informationen und wird vom Auswärtigen Amt gefördert.

<http://cms.ifa.de>

Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung e.V. (IFGK)

Das IFGK ist ein gemeinnütziger Verein von Wissenschaftler/innen, die ein Katalysator sein wollen für Lernen, Verstehen und Handeln in Gewaltfreiheit. Sie sehen sich als Teil einer weltweiten Bewegung für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Lebensgrundlagen.

<http://www.ifgk.de>

Institut für Friedenspädagogik

Das Institut bietet Beratung und Fortbildung im Bereich Friedenspädagogik.

<http://www.friedenspaedagogik.de>

Landstuhl - Friedensinitiative Westpfalz

Monatliches Friedensgebet an der Air Base Ramstein, 1. Samstag im Monat, 15 Uhr

<http://www.friedensinitiative-westpfalz.de>

LOS - Lokales Kapital für soziale Zwecke

Menschen beteiligen. Strukturen vernetzen. Mikroprojekte fördern. Projekt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

<http://www.los-online.de>

Netzwerk Friedenskooperative

<http://www.friedenskooperative.de>

Opferhilfe im Bundesministerium für Justiz

Informationen des Bundesministeriums für Justiz.

http://www.bmj.bund.de/enid/a1e505f555391c687d3911b12c66b32c,0/Strafrecht/Opferhilfe_q8.html

Peace Counts

Das Projekt hat zum Ziel, viel versprechende Ansätze der internationalen und nationalen Friedensarbeit zu recherchieren und zu dokumentieren.

<http://www.peace-counts.org>

Peace to the City

Internationales ökumenisches Netzwerk für Friedensarbeit und Gewaltprävention.

<http://www.wcc-coe.org/wcc/pcn/index-e.html>

Oekumenischer Dienst Schalomdiakoniat

Der OeD vermittelt in Grund- und Aufbaukursen sowie in Fachseminaren Kompetenzen in gewaltfreier/ziviler Konfliktbearbeitung.

<http://www.schalomdiakoniat.de>

Pfälzischer Verein für Straffälligenhilfe Frankenthal e.V.

Der Verein leistet konkrete Hilfestellungen bei der gesellschaftlichen Wiedereingliederung straffällig gewordener Menschen. Er bietet u.a. Anti-Gewalttrainings an.

<http://www.pfaelzischerverein.de>

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Bundesweites Netzwerk von ca. 60 Organisationen und zahlreichen Einzelpersonen aus der nationalen und internationalen Friedensarbeit, das sich u.a. auch mit den Themen der Entwicklungszusammenarbeit, Konfliktforschung, Humanitären Hilfe und Menschenrechten beschäftigt. Die Internetseite enthält vielfältige Informationen und Meldungen u.a. über aktuelle Veröffentlichungen und Veranstaltungen.

<http://www.konfliktbearbeitung.net>

Soziale Stadt Praxisdatenbank

Praxisbeispiele von Projekten im Rahmen des Programms Soziale Stadt.

<http://www.sozialestadt.de/praxisdatenbank>

Wegweiser Bürgergesellschaft

Internetportal der Stiftung Mitarbeit mit praktischen Hilfestellungen zum bürgerschaftlichen Engagement und Vereinsarbeit. U.a. auch Tipps zur zivilen Konfliktbearbeitung.

<http://www.wegweiser-buergergesellschaft.de>

Zur Veränderung anstiften - Lokale Friedensarbeit stärken

Das Projekt der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden möchte die regionale Vernetzung von Friedensinitiativen unterstützen.

<http://www.lokale-friedensarbeit.de>

